Nr. 115

DJI impulse

Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 1/2017

»Die Sensibilität für die Jugend wächst«
Die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks im Interview **S. 8**

Digital vernetzt
Wie Medienkompetenz stärker gefördert werden kann **S. 16**

Im Ungewissen
Junge Erwachsene leben oft in finanzieller Unsicherheit **S. 37**

Projekt: Erwachsen werden

Vor welchen Herausforderungen junge Menschen stehen und wie Gesellschaft und Politik sie unterstützen können

DJI impulse

// INHALT 1·2017

DJI THEMA
Projekt: Erwachsen werden

DJI THEMA

Thomas Rauschenbach
04 **Jugend – eine vernachlässigte Altersphase**
Die Lebensphase Jugend hat sich tiefgreifend verändert. Höchste Zeit, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen – ein Appell an Politik und Gesellschaft.

Caren Marks im Interview
08 **»Die Sensibilität für Jugendthemen wächst in allen Politikressorts«**
Die Parlamentarische Staatssekretärin über die jugendpolitische Strategie des Bundesfamilienministeriums.

Cathleen Grunert
12 **Jugendliche als Akteure**
Politik und pädagogische Institutionen orientieren sich zu wenig an Ausdrucks- und Handlungsformen junger Menschen.

Angela Tillmann
16 **Digital vernetzt**
WhatsApp, Snapchat und YouTube – Jugendliche nutzen soziale Medien intensiv. Für die Vermittlung von Medienkompetenz fehlt es aber häufig an Wissen und Ressourcen.

Stephan Maykus, Ludger Pieper
20 **Die jugendorientierte Ganztagsschule**
Weiterführenden Schulen fehlt immer noch ein klares Ganztagskonzept. Wie sie den Herausforderungen des Jugendalters gerecht werden können.

Ivo Züchner
23 **Mitgestalten, mitbestimmen, mitverantworten**
Vereine, Verbände und die Jugendarbeit spielen im Alltag vieler Jugendlicher eine bedeutende Rolle.

Stephan Groschwitz
26 **Mehr zweckfreie Zeit!**
Für die Lebensphase Jugend sind Freiräume zur selbstbestimmten Gestaltung und zum Experimentieren essenziell – ein Zwischenruf.

Gunda Voigts
28 **Beteiligung – eine Machtfrage**
Warum die Suche nach gelungenen Beteiligungsmodellen immer noch nicht beendet ist.

Klaus Schäfer im Interview
31 **»Demokratie braucht politische Bildung«**
Der Staatssekretär a.D. fordert mehr politische Bildung und zeigt auf, was Politik, Schule und Jugendarbeit verändern müssen.

Nicolle Pfaff
34 **Ungleiche Jugend**
Junge Menschen sind in besonderem Maße von sozialen Ungleichheiten betroffen.

Wolfgang Schröer
37 **Im Ungewissen: junge Erwachsene**
Die staatliche Unterstützung endet oft schlagartig mit der Volljährigkeit – und ohnehin benachteiligte junge Menschen werden sich selbst überlassen.

Karin Bock
40 **Bilder der Jugend**
Die Wissenschaft muss die Jugend wieder stärker als eigenständige Lebensphase erforschen.

DJI DOSSIER

Sabrina Hoops, Christian Lüders und Liane Pluto
43 **Jugend ermöglichen**
Die Sicht der Sachverständigenkommission des 15. Kinder- und Jugendberichts auf Jugendliche und junge Erwachsene – ein Werkstattbericht.

DJI KOMPAKT

48 Mitteilungen aus dem Deutschen Jugendinstitut

51 **Impressum**

Liebe Leserinnen und Leser,

diese Ausgabe der DJI Impulse ist etwas ungewöhnlich. Nicht wegen des Themas, denn dieses beschäftigt das Deutsche Jugendinstitut (DJI) schon seit seiner Gründung, wie unser Name unschwer erkennen lässt. Doch normalerweise schreiben in dieser Zeitschrift vor allem die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts: Sie stellen ihre Arbeiten vor, präsentieren ihre Thesen, bündeln die Forschung zu einem bestimmten Thema. In diesem Heft allerdings kommen überwiegend externe Autorinnen und Autoren zu Wort. Es sind zuallererst diejenigen, die an dem im Februar 2017 erschienenen 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB) mitgearbeitet haben.

Dieser Bericht mit dem Schwerpunktthema Jugend nimmt in seinen Inhalten eines der Traditionsthemen unseres Instituts in den Blick und ist in seiner Entstehung eng mit dem DJI verbunden. Denn die Fäden der Kinder- und Jugendberichte, die seit dem Jahr 1965 erscheinen – und damit eines der ältesten Formate parlamentarischer Berichterstattung in der Bundesrepublik sind –, laufen stets in unserem Haus zusammen. Eine am DJI eingerichtete Geschäftsstelle unterstützt die Arbeit der Sachverständigenkommissionen organisatorisch und inhaltlich; außerdem waren des Öfteren Direktoren des DJI Mitglieder oder Vorsitzende der Kommission. Die thematische Nähe, die inhaltlichen und organisatorischen Verbindungen, das Zusammenspiel von Kommission und Geschäftsstelle – all das war für uns Grund genug, das Thema des 15. KJB in dieser DJI-Impulse-Ausgabe in den Mittelpunkt zu stellen.

Der Kinder- und Jugendbericht nimmt unter den vielen politikberatenden Berichten eine Art Premiumstellung ein. Er wird – auch weil er qua Gesetz einmal pro Legislaturperiode dem Bundestag und Bundesrat vorgelegt werden muss – mit einer hohen Kontinuität veröffentlicht. Zudem hat sich in den fünf Jahrzehnten seines Erscheinens die Entstehungsweise nur wenig verändert: Die Bundesregierung beruft eine Kommission, der vor allem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, aber auch Sachverständige aus der Praxis angehören. Die Arbeit selbst beginnt dabei in jeder Kommission gewissermaßen bei null. Anders als etwa beim nationalen Bildungsbericht, der alle zwei Jahre erscheint, verfügt der Kinder- und Jugendbericht nicht über eine feststehende Kommission und ein bewährtes Raster an Indikatoren, die fortgeschrieben und mit Bund und Ländern abgestimmt werden.

Stets wird der Kommission von der Bundesregierung ein Thema vorgegeben, doch über die Umsetzung entscheiden die Sachverständigen selbst. Die wichtigsten Schwerpunkte des 15. KJB finden sich in dieser DJI-Impulse-Ausgabe wieder: Was kennzeichnet die Lebensphase Jugend heute? Wie sehen Jugendliche die Welt? Wie gehen sie mit digitalen Medien um? Was leistet die Ganztagsschule im Jugendalter, was müsste sie leisten? Wo steht die organisierte Jugendarbeit? Wie kann die politische Bildung für junge Menschen gezielt ausgeweitet und verbessert werden?

Im Rückblick auf die Arbeit der Kommission für den 15. KJB würde ich sagen: Es war, wie immer, eine anstrengende, aber gewinnbringende Arbeit. In einer Phase von nur 18 Monaten entstand der ambitionierte Versuch, auf mehreren hundert Seiten die Lage der Jugend, die pädagogischen Orte des Jugendalters und die damit verbundenen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen zu analysieren. Zentrale Themen des Berichts werden in diesem Heft aufgegriffen und von den Autorinnen und Autoren weiterentwickelt; insofern ist diese DJI-Impulse-Ausgabe keine in der Kommission abgestimmte Kurzfassung des mehr als 500 Seiten umfassenden Berichts, sondern eine Bündelung einiger Ideen und Befunde, die mit weiterführenden Überlegungen angereichert wurden. ×

THOMAS RAUSCHENBACH

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen
Thomas Rauschenbach

DJI-Direktor und Vorsitzender
der Sachverständigenkommission des
15. Kinder- und Jugendberichts

Jugend – eine vernachlässigte Altersphase

Die Kindheit steht seit Jahrzehnten im Mittelpunkt des politischen und fachlichen Interesses. Gleichzeitig hat sich die Lebensphase Jugend tiefgreifend verändert. Höchste Zeit, die notwendigen Konsequenzen daraus zu ziehen – ein Appell an Politik und Gesellschaft.

Von Thomas Rauschenbach

Was man im Allgemeinen unter Jugend versteht, ist als bekannt vorauszusetzen.« Dieser Satz – in Anlehnung an eine Formulierung des Theologen und Philosophen Friedrich Schleiermacher aus dem Jahre 1826 – ist ebenso richtig wie falsch. Selbstredend haben alle Menschen eine Vorstellung von Jugend, selbstredend gibt es aber ungemein viele Spielarten dessen, was jeweils mit Jugend in Verbindung gebracht wird. Wie so oft bei alltäglich verwendeten Begriffen wird es unübersichtlich, sobald man sich darüber ansatzweise verständigen will. Scheinbare Gewissheiten werden dann unsicher, ungeklärte Fragen tun sich auf.

Drei Epochen mit sehr unterschiedlichen Biografien

Wie unterschiedlich Jugend verstanden und erlebt werden kann und wie rasch sich die Jugendphase innerhalb weniger Jahrzehnte verändert hat, sei an drei verschiedenen – konstruierten, aber lebensgeschichtlich plausiblen – Werdegängen illustriert.

› Ein westdeutscher junger Mann, geboren 1945, begann im Alter von 14 Jahren seine Lehre und schloss sie mit knapp 18 ab. Danach stand der Wehrdienst an, anschließend die erste Arbeitsstelle und das erste eigene Geld; mit 21 Jahren dann die Volljährigkeit – sodass er mit 24 Jahren (!), 1969, zum ersten Mal bei einer Bundestagswahl wählen durfte. Seine Jugendphase war somit klar strukturiert: Nach Ausbildung und Militär wurde er zunächst ökonomisch eigenständig und mit 21 Jahren dann juristisch. Einer frühen Heirat stand daher auch nichts im Wege. Dieser Biografietypus weist auf eine überschaubare Jugendphase hin: Angehörige dieser Generation erlebten ihre Jugend in einem kurzen Zeitfenster zwischen Ende der Schulzeit und Erwerb der Volljährigkeit als einen linearen Prozess zunehmender Eigenständigkeit. Mit 21 Jahren war die Jugend definitiv vorbei.

› Etwas unübersichtlicher wird es beim nächsten Beispiel: Eine westdeutsche junge Frau, Jahrgang 1965, wurde bereits mit 18 Jahren volljährig. Dank der Bildungsexpansion zählte sie zu einer Generation junger Frauen, die vermehrt ein Gymnasium besuchte; nachdem sie dort eine Klasse wiederholen musste, machte sie ihr Abitur mit 20 Jahren. Weil danach das BAföG-geförderte Studium mehrere Jahre dauerte – klar war, dass man nebenher etwas dazuverdienen musste –, trat sie nach einer kurzen Phase von Arbeitssuche und Arbeitslosigkeit mit 27 Jahren ihre erste Vollzeitstelle an. Als Studentin, Mitte 20, war sie sicherlich keine »richtige« Jugendliche mehr. Aber in einer Studentenbude, ohne eigenes, geregeltes Einkommen und ohne feste Partnerschaft – war sie da schon erwachsen?

› Noch diffuser werden die Grenzen im dritten Fall: Ein junger westdeutscher Mann, Jahrgang 1992, wuchs in Niedersachsen auf und durfte im Alter von 16 Jahren zum ersten Mal bei einer Kommunalwahl seine Stimme abgeben. Mit 17 konnte er in einem Modellversuch seinen Führerschein machen, mit 18 war er volljährig. Ein Jahr später legte er erfolgreich das Abitur ab. Weil Bundeswehr oder Zivildienst inzwischen weggefallen waren, begann er sogleich ein Bachelorstudium, das er mit 23 Jahren abschloss. Seither arbeitet er – befristet angestellt und mäßig entlohnt – in einer Firma an seinem Heimatort. Daher wohnt er bis auf Weiteres wieder zu Hause in seinem alten Kinderzimmer. Ökonomische und räumliche Eigenständigkeit sind in weite Ferne gerückt, zumal der 25-Jährige demnächst ein Masterstudium beginnen will. Auf eigenen Füßen steht er noch nicht, pendelt er doch zwischen Eigenständigkeit und Abhängigkeit, und damit zwischen verschiedenen Lebensphasen.

Drei Epochen mit drei sehr unterschiedlichen Biografien: die Nachkriegs-Generation, die Babyboomer-Generation und die Nachwende-Generation. Spezifische Konstellationen ordnen jeweils die Anforderungen des Jugendalters und strukturieren diese Lebensphase (Schulzeit, Volljährigkeit, Studiendauer et cetera); mit jeder dieser Rahmungen sind typische Varianten des Jugend-Erlebens verbunden. Würde man die westdeutschen Beispiele um ostdeutsche Musterfälle ergänzen, würde es noch vielschichtiger werden.

Feste Altersgrenzen werden der Realität nicht gerecht

Erkennbar ist auch, dass die Konturen des Jugendalters als eigener Lebensabschnitt diffuser geworden sind. Und das in doppelter Hinsicht: Zum einen war die fachliche und politische Debatte der letzten 25 Jahre so stark von der Kindheit oder – pauschal und unterschiedslos – vom Kindes- und Jugendalter insgesamt geprägt, dass das Jugendalter als eigene Lebensphase aus der Wahrnehmung zu verschwinden drohte. Zum anderen gab es immer weniger markante Anhaltspunkte dafür, wann Jugend eigentlich endet. Um es zugespitzt zu formulieren: Seit Langem werden Jugendliche zu einem Zeitpunkt volljährig, zu dem nichts von dem umgesetzt ist, was einst typisch für den Weg vom Jugendlichen zum (jungen) Erwachsenen war: Abschluss der Schule, Beendigung einer Berufsausbildung, erste Vollzeitstelle, eigenes Einkommen, eigene Wohnung, feste Partnerschaft, vielleicht sogar Gründung einer Familie.

Das aber bedeutet: Der Übergang in die Volljährigkeit ist keine Statuspassage mehr, die Jugendliche zu Erwachsenen werden

»Wer im Jahr 2017 über das Jugendalter reden will, muss auch über junge Erwachsene und das dritte Lebensjahrzehnt reden.«

Der 15. Kinder- und Jugendbericht

Der im Februar 2017 veröffentlichte 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB) beschreibt die Lebenslagen und das Alltagshandeln Jugendlicher und junger Erwachsener sowie die Leistungen der Jugendhilfe. Er untersucht die Rahmenbedingungen des Aufwachsens sowie Einflüsse von Digitalisierung, demografischer Entwicklung und Globalisierung und analysiert alterstypische Problemlagen. Der Bericht mit dem Titel »Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagsschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter« wurde im Auftrag der Bundesregierung von einer unabhängigen Sachverständigenkommission aus Wissenschaft und Praxis unter der Leitung von Prof. Dr. Thomas Rauschenbach erarbeitet. Die Artikel dieser DJI-Impulse-Ausgabe stammen von den Mitgliedern der Kommission sowie der Geschäftsstelle am Deutschen Jugendinstitut (DJI), das die Sachverständigen beim Erstellen der Kinder- und Jugendberichte seit dem Erscheinen des ersten Berichts 1965 unterstützt. Der 15. Kinder- und Jugendbericht ist als Bundestagsdrucksache 18/11050 erschienen. Den mehr als 500-seitigen Bericht mit der Stellungnahme der Bundesregierung gibt es beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Internet unter www.bmfsfj.de/15-kjb.

In den Jugendbericht sind erstmals Sichtweisen junger Menschen eingeflossen. Ein Redaktionsteam der Jugendpresse Deutschland hat die zentralen Themen des Berichts aus ihrer Sicht in einer Jugendbroschüre aufbereitet (www.bmfsfj.de/jugend-ermoeglichen).

lässt – auch wenn die Politik gerne an scharfen Altersgrenzen festhält, unter anderem um den Verpflichtungen zur Förderung und Unterstützung junger Menschen möglichst früh zu entkommen (was übrigens einen deutlichen Unterschied zur Haltung der meisten Eltern darstellt: Sie würden heutzutage bei eigenen, gerade volljährig gewordenen Kindern nur selten völlige Eigenständigkeit einfordern und ihnen den Koffer vor die Tür stellen). Ein solches Verständnis von Jugend mag für Geburtsjahrgänge vor 1960 gepasst haben; an der Lebensrealität junger Menschen der Millenniumsgeneration geht es größtenteils vorbei. Vieles, was als soziale Ersterfahrung des Jugendalters bezeichnet werden kann, geschieht jenseits des 18. Geburtstags. Mit anderen Worten: Wer im Jahr 2017 über das Jugendalter reden will, muss auch über junge Erwachsene und das dritte Lebensjahrzehnt reden.

Drei zentrale Herausforderungen kennzeichnen die heutige Jugend

Die Konsequenzen sind folgenreich. Immer weniger lassen sich die charakteristischen Kennzeichen von Jugend mit dem Verweis auf die Pubertät oder das Zeitfenster der 14- bis 18-Jährigen – also zeitlich – benennen. Stattdessen muss das Jugendalter inhaltlich beschrieben werden: Was kennzeichnet das Aufwachsen von Jugendlichen heutzutage? Was sind die sozialen Herausforderungen dieser Lebensphase? Der 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB; siehe Informationskasten) geht diesen Fragen nach und diagnostiziert drei Eckpfeiler des Jugendalters.

Als universelles Muster des Jugendalters kann erstens die Qualifizierung gelten. Damit verbunden ist der Gedanke, dass junge Menschen durch Bildungsprozesse sozial und beruflich handlungsfähig werden. Auf diesem Weg erwirbt die nachfolgende Generation umfassende Kompetenzen zur Gestaltung der individuellen und gesellschaftlichen Zukunft. Aus Sicht der Sachverständigenkommission des 15. KJB ist der gesellschaftlich-politische Fokus derzeit allerdings zu sehr und zu einseitig auf diesen Qualifizierungsprozess junger Menschen ausgerichtet. Denn dadurch wird diese Anforderung tendenziell zum alleinigen und alles dominierenden Merkmal des Jugendalters.

Als eine zweite Konstante des Jugendalters gilt die Verselbstständigung. Mit ihr ist die Erwartung verbunden, dass junge Menschen soziale, politische und ökonomische Eigenständigkeit entwickeln, wodurch sich ihre Beziehungen zur Herkunftsfamilie, zu pädagogischen Institutionen und sozialen Diensten, aber auch zu Gesellschaft und Politik verändern. Bei diesem Thema stellt sich allerdings die Frage, ob an den Lebens- und Lernorten junger Menschen dafür ausreichend Gelegenheiten zur Verfügung stehen.

Als dritter wichtiger Schritt auf dem Weg des Erwachsenwerdens kommt schließlich die Selbstpositionierung hinzu. Damit ist die Erwartung verbunden, dass junge Menschen im Verhältnis zu ihren Mitmenschen, zur Gesellschaft, aber auch zu den gesellschaftlichen und politischen Werten einen Standpunkt und Urteilskraft entwickeln: eigene Haltungen finden, eigene Meinungen vertreten, eigene Wege gehen. Das betrifft persönliche Beziehungen ebenso wie politische Teilhabe, und es verlangt ein Ausbalancieren eigener Positionen innerhalb sozialer Zusammenhänge. Selbstpositionierung ist damit auch zentral, um Gesellschaft demokratisch mitzugestalten und sozialen Wandel zu ermöglichen. Auch diese Dimension des Jugendalters kommt nach Einschätzung der Kommission gegenwärtig häufig zu kurz.

Die drei genannten Dimensionen müssen gleichermaßen zu Leitlinien einer altersgerechten politischen Gestaltung der Jugendphase werden, zu Maßstäben also, die das Jugendalter nicht allein als individuell-biografisches Projekt betrachten, das jeder und jede Jugendliche in Eigenregie bewältigen muss. Bei allen Schwierigkeiten, sich auf eine zeitgemäße und einheitliche Beschreibung von Jugend zu einigen, ließ sich die Kommission des KJB von der Annahme leiten, dass die beschriebenen Herausforderungen das Aufwachsen aller jungen Menschen hierzulande prägen. Diesem Anforderungsprofil des Jugendalters, so könnte man es formulieren, entkommt niemand. Allerdings konzentriert sich der Blick dabei zu häufig allein auf die nachwachsende Generation – ohne zugleich die Aufmerksamkeit darauf zu richten, welche Verpflichtungen und Aufgaben daraus für Eltern, Pädagoginnen und Pädagogen oder politische Verantwortungsträger folgen, die den Rahmen für die Bewältigung dieser Herausforderungen abstecken. Insofern sind diese drei Kernherausforderungen zugleich Themen von erheblicher gesamtgesellschaftlicher Relevanz. Die damit verbundene jugendpolitische Frage lautet: Was müssen Politik und Gesellschaft leisten, um die Prozesse der Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung junger Menschen zu ermöglichen beziehungsweise zu unterstützen?

Die gesellschaftlichen Bedingungen für Jugend müssen verbessert werden

Die Antworten, die der 15. KJB darauf gibt, sind vielfältig; etliche davon werden in den Beiträgen dieser DJI-Impulse-Ausgabe detaillierter beleuchtet. Einige zentrale Forderungen seien dennoch kurz skizziert:

› Jugend muss stärker als eigenständige Lebensphase wahrgenommen und anerkannt werden. Vor allem der intensive Diskurs über Kinder und Kindheit in den letzten Dekaden hat die spezifischen Herausforderungen des Jugendalters aus der Wahrnehmung gedrängt. Die Politik ist gefordert, das Blickfeld zu weiten und die Besonderheiten des Jugend- und jungen Erwachsenenalters am Beginn des 21. Jahrhunderts wieder stärker zu berücksichtigen.

› Ein zentrales Ziel muss sein, die sich im Jugendalter manifestierenden sozialen Ungleichheiten zu verringern. Auch wenn sich die Lage junger Menschen insgesamt verbessert hat, kann von Chancengleichheit im Jugendalter – insbesondere mit Blick auf die Gewinner und Verlierer im Bildungssystem – keine Rede sein. Eine Sozial- und Bildungspolitik muss die Förderung von Jugendlichen im Gefüge des Aufwachsens gerechter gestalten (siehe auch S. 34 in dieser Ausgabe).

› Wichtig ist es, die Herausforderungen der Digitalisierung politisch und gesellschaftlich zu gestalten. Dazu ist unter anderem eine Jugendmedienpolitik notwendig, die sich als Anwältin der Jugend versteht, auf eine konsequente Medienbildung einerseits drängt und andererseits erreicht, dass die negativen Nebenwirkungen einer digitalisierten Welt limitiert und die entsprechenden Unternehmen in die Pflicht genommen werden (siehe auch S. 16 in dieser Ausgabe).

› Den Ganztagsangeboten in den weiterführenden Schulen fehlt es an einem überzeugenden Konzept, das auch Jugendliche anspricht. Gebraucht werden attraktive Konzeptionen für Ganztagsschulen, die alle Kernherausforderungen des Jugendalters mitgestalten und sich nicht auf Qualifizierungsprozesse beschränken (siehe auch S. 20 in dieser Ausgabe).

› Nachdrücklich verstärkt werden müssen die Anstrengungen um politische Bildung. Sie muss sehr viel stärker in den Alltag der Jugendlichen eingebunden sein – in die Angebote der Bildungsinstitutionen ebenso wie in ihre Medienpraxis –, und sie muss unmittelbar auf den Erwerb demokratischer Handlungskompetenzen ausgerichtet sein. Dazu bedarf es einer gezielten Neuausrichtung und Ausweitung der politischen Bildung (siehe auch S. 31 in dieser Ausgabe).

Insgesamt lässt sich der 15. KJB, der dieses Mal im Wortsinne ein Jugendbericht ist, als Appell an Politik und Gesellschaft verstehen: Es geht darum, Jugend zu ermöglichen. Denn Jugend ist nicht einfach naturwüchsig vorhanden, Jugend ist auch nicht nur ein individuell zu bewältigendes Projekt, das man getrost den einzelnen Jugendlichen überlassen kann. Jugend wird vielmehr geprägt von einer Vielzahl an Einflüssen und Rahmenbedingungen, die oft wenig jugendgerecht sind. Deren Gestaltung war in den letzten Jahrzehnten zu beiläufig, zu implizit. Hier ist ein neuer Fokus notwendig. ×

DER AUTOR

Prof. Dr. Thomas Rauschenbach ist Direktor und Vorstandsvorsitzender des Deutschen Jugendinstituts (DJI), Professor für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Dortmund sowie Leiter des Forschungsverbundes DJI/TU Dortmund und der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik. Beim 15. Kinder- und Jugendbericht war er Vorsitzender der Sachverständigenkommission, zuvor ist er mehrmals Mitglied dieser Expertengruppe gewesen.
Kontakt: rauschenbach@dji.de

»Die Sensibilität für Jugendthemen wächst in allen Politikressorts«

Junge Menschen fühlen sich von der Politik oft nicht ernst genommen – das will das zuständige Bundesministerium ändern. Die Parlamentarische Staatssekretärin Caren Marks über die neue jugendpolitische Strategie, ihre Skepsis gegenüber Jugendquoten in Parteien und notwendige Konsequenzen aus dem 15. Kinder- und Jugendbericht.

DJI Impulse: **Frau Marks, das Familienministerium hat im 15. Kinder- und Jugendbericht explizit die Jugend in den Fokus gerückt. Hat die Politik angesichts der verstärkten Aufmerksamkeit gegenüber der frühen Kindheit in den vergangenen Jahrzehnten die Jugend vergessen?**
Caren Marks: Nein, aber uns ist klar, wir müssen Jugendliche und junge Erwachsene stärker in den Blick nehmen. Und mit »wir« meine ich nicht nur die Politik. Auch in der Kinder- und Jugendhilfe, in der Forschung und in der öffentlichen Diskussion über junge Menschen gab es seit den 1990er-Jahren eine zunehmende Konzentration auf die frühe Kindheit. Ohne nun das eine Politikfeld gegen das andere auszuspielen, steuern wir mit der Eigenständigen Jugendpolitik und unserer Jugendstrategie »Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft« dagegen und stellen die Interessen und Bedürfnisse der 12- bis 27-Jährigen in den Mittelpunkt. Der Auftrag, beim 15. Kinder- und Jugendbericht explizit den Schwerpunkt auf Jugend zu setzen, gehört dazu.

Was bedeutet »Eigenständige Jugendpolitik« – wird es demnächst ein gesondertes Jugendministerium geben?
Wir haben bereits eins – wenn es um Jugendpolitik geht, firmiert unser Haus sehr bewusst als »Bundesjugendministerium«. Aber angesichts der unterschiedlichen Politikfelder, die zusammenwirken müssen, um – wie es der 15. Kinder- und Jugendbericht ausdrückt – »Jugend zu ermöglichen«, ist es erforderlich, Jugendpolitik ressortübergreifend auszurichten. Eine solche Jugendpolitik in gemeinsamer Verantwortung braucht ein starkes, koordinierendes Jugendministerium. Als solches entwickeln wir beispielsweise gerade den Jugend-Check als wirksames Prüf- und Sensibilisierungsinstrument für Gesetzentwürfe der Bundesregierung. Wir wollen »checken«, ob die Maßnahmen mit den Interessen der jungen Generation vereinbar sind.

Politik ist ein zähes Ringen. Wenn mehrere Politikressorts an einem Strang ziehen müssen, um ein Ziel durchzusetzen, wird es nicht gerade einfacher. Nehmen Sie in den anderen betroffenen Ministerien eine neue Sensibilität für Jugendthemen wahr?
Ja, durchaus. Ein Beispiel: Im Rahmen der Demografiestrategie der Bundesregierung leite ich die Arbeitsgruppe »Jugend gestaltet Zukunft«. Dort sind Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Bundesministerien, der Länder und Kommunen, der Wirtschaft und Zivilgesellschaft versammelt. Ein Ergebnis sind Handlungsempfehlungen, die gemeinsam mit Jugendlichen erarbeitet wurden. Und tatsächlich nehmen wir eine zunehmende Sensibilität für Jugendthemen in allen Ressorts wahr. An den Themen der AG können Sie das gut erkennen: Mit Fokus auf ländliche Regionen ging es um den Zusammenhalt von Familien und Generationen, um Daseinsvorsorge und Jugendarbeit, um Mobilität, um Breitband-Internet und Mobilfunk, um Jugendbilder in Politik und Öffentlichkeit, um die Mitwirkung junger Menschen, um Bildung, Arbeitswelt und Integration sowie um Vielfalt. An diese Perspektive der gemeinsamen Verantwortung möchten wir anknüpfen, und zwar mit einer gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung.

ZUR PERSON

Caren Marks ist Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Die Diplom-Geografin ist seit dem Jahr 2002 Mitglied des Deutschen Bundestags. Im Zeitraum von 2008 bis 2013 war sie Sprecherin der Arbeitsgruppe »Familie, Senioren, Frauen und Jugend« der SPD-Bundestagsfraktion.

Sie wollen Ihre Politik an der Jugend selbst orientieren und sie stärker einbinden. Der Plan klingt gut, aber neu ist er nicht. Was macht Manuela Schwesig besser als ihre Vorgängerinnen?
Das Motto von Bundesjugendministerin Manuela Schwesig ist: Wir machen Politik für, mit und von Jugendlichen! So haben wir in dieser Legislatur bei jedem Jugendprojekt die Jugend beteiligt, auch beim Kinder- und Jugendbericht haben wir sie als Expertinnen und Experten in eigener Sache einbezogen. Mit dem »von« gehen wir also deutlich und konkret über die bisherigen Ansätze zur Jugendbeteiligung hinaus. Auch wenn es nicht einfach ist und wir noch lange nicht am Ziel sind: Wir wollen dem »Ernsthaftigkeitsproblem« beikommen, das Jugendbeteiligung immer dann hat, wenn Jugendliche zwar ihre Meinung sagen dürfen, aber nichts zu entscheiden haben.

Manche Nachwuchspolitiker fordern eine freiwillige Jugendquote in Parteien. Bei der Listenaufstellung sollten mindestens 20 Prozent der Kandidaten auf den vorderen Plätzen unter 35 Jahre alt sein. Was halten Sie von einer derartigen Verjüngung der Parlamente?
Im letzten Jahr haben wir im Jugendministerium zu diesem Thema eine Werkstatt mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Forschung und Zivilgesellschaft unter dem Motto »Jugend und Parteien« durchgeführt. Mit dabei waren die Jugendorganisationen der Parteien. Dort haben wir auch über eine mögliche Einführung von freiwilligen Jugendquoten diskutiert und das Für und Wider abgewogen. Ich stehe einer solchen Quote eher kritisch gegenüber. Jugend allein kann kein ausreichendes Kriterium für ein Mandat sein. Auch die Altersgrenze 35 kann zu Recht hinterfragt werden.

Die meisten jungen Menschen sind bei Ausbildungsbeginn bereits volljährig. Anschließend folgen nicht selten befristete Beschäftigungsmodelle mit niedrigem Lohn. Viele junge Menschen sind dadurch bis ins dritte Lebensjahrzehnt finanziell von den Eltern abhängig. Welche politischen Konsequenzen verlangt dieser Wandel?
Zuerst einmal möchte ich betonen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland mit 5,3 Prozent auf einem sehr niedrigen Niveau ist – niedriger sogar als die Gesamtarbeitslosenquote. Die Tatsache, dass junge Menschen später in den Beruf einsteigen, hängt auch damit zusammen, dass zum Beispiel die Zahl der Abiturientinnen und Abiturienten gestiegen ist und durch die so veränderten Bildungsbiografien eine längere finanzielle

»Ein großes Problem sind nach wie vor befristete Beschäftigungsmodelle – hier brauchen wir gesetzliche Veränderungen.«

Abhängigkeit von den Eltern besteht. Das häufig niedrige Lohnniveau für Jugendliche und junge Erwachsene hat sich durch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns verbessert. Ein großes Problem sind aber nach wie vor befristete Beschäftigungsmodelle – hier brauchen wir gesetzliche Veränderungen.

Studien zeigen, dass etwa ein Viertel der 20- bis 24-Jährigen von Armut betroffen ist. Wie wollen Sie das Erwachsenwerden gerechter gestalten?
Das Armutsrisiko von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist überwiegend an das Armutsrisiko der Eltern, sprich an die soziale Herkunft gekoppelt. Der Übergang von Schule zur Ausbildung und von Ausbildung in die Berufstätigkeit ist zudem von besonderer Armutsgefährdung geprägt. Hier setzt beispielsweise unser erfolgreiches Programm »Jugend stärken im Quartier« an. Dieses ESF-Modellprogramm (Europäischer Sozialfonds, Anm. d. Red.) unterstützt Kommunen dabei, in sozialen Brennpunkten sozialpädagogische Beratungs- und Begleitangebote für junge Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf aufzubauen. Dem Armutsrisiko von Kindern und Jugendlichen begegnet man jedoch insbesondere durch eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit der Eltern, frühkindlichen Bildungseinrichtungen, Schulen mit Schulsozialarbeit sowie guten Ganztagsbetreuungsangeboten.

Viele Unterstützungsangebote enden mit der Volljährigkeit. Das trifft vor allem jene hart, die ohnehin schon schlechte Startchancen ins Leben hatten: junge Menschen, die in Heimen groß geworden sind oder nicht auf die Unterstützung ihrer Eltern bauen können. Welche Hilfe wollen Sie ihnen künftig anbieten?
Grundsätzlich gilt nach der derzeitigen Gesetzeslage, dass auch jungen Volljährigen bis zum 21. Lebensjahr und im Einzelfall bis zum 27. Lebensjahr Hilfe gewährt wird. Wir wissen aber, dass diese Möglichkeit nicht immer im wünschenswerten Maße zum Tragen kommt, da manche Jugendämter den Jugendlichen diesen Weg nicht aufzeigen. Für viele junge Menschen, die ein stationäres Angebot der Jugendhilfe verlassen, die sogenannten Care-Leaver, ist der 18. Geburtstag daher ein Angstdatum. Das haben wir auch bei der Reform des Achten Sozialgesetzbuchs im Blick. Um den jungen Menschen den Übergang in das Erwachsenenleben zu erleichtern, soll für Care-Leaver ab Vollendung des 17. Lebensjahrs ein Übergangsmanagement durchgeführt werden. Außerdem soll eine Coming-Back-Option eingeführt werden, die es den jungen Erwachsenen ermöglichen soll, in die Kinder- und Jugendhilfe zurückzukehren und erneut Leistungen zu erhalten, wenn dies erforderlich ist.

Laut der Shell-Jugendstudie fühlen sich in Deutschland etwa 15 Prozent der 12- bis 25-Jährigen abgehängt von der Gesellschaft. Sie sind unzufrieden mit der eigenen Situation, aber auch mit der Demokratie. Nimmt die Politik dieses Problem ernst genug?
Der 15. Kinder- und Jugendbericht widerspricht der Einschätzung, die junge Generation sei politikverdrossen. Jugendliche zeigen wieder ein stärkeres politisches Interesse und Engagement. Dies schlägt sich aber noch nicht bezüglich der Mitarbeit in Parteien nieder. Der Bericht wirft die Frage auf, inwiefern die Belange von Jugendlichen durch Parteien, Gewerkschaften und ihre Jugendorganisationen vertreten werden und wie lebensweltbezogen sie für junge Menschen sind. Ich halte diese Frage für berechtigt und sehe hier Handlungsbedarf. Es ist wichtig, dass sich junge Menschen wieder mehr an unserer parlamentarischen Demokratie beteiligen. Jugendliche und junge Erwachsene müssen erleben, dass es sich lohnt, sich auch innerhalb von Parteien für unsere freie und offene Gesellschaft einzusetzen, da diese konstitutiv für unsere Demokratie sind. Demokratie muss gelebt und erlebt werden – das beginnt in der Familie, setzt sich fort in Kita, Schule und am Arbeitsplatz. Es besteht übrigens ein enger Zusammenhang zwischen politischer Jugendbeteiligung und politischer Bildung, die wir stärken wollen.

Die Sachverständigenkommission des Kinder- und Jugendberichts fordert eine gezielte Neuausrichtung und Ausweitung der politischen Bildung. Welche politische Antwort haben Sie darauf?
Politische Jugendbildung hat ja die Aufgabe, junge Menschen zu informieren, zu motivieren und zu befähigen. In der Regel kommt sie jedoch zu kurz und ist nicht integraler Bestandteil des Alltags von jungen Menschen. Daher brauchen wir eine neue Kultur der politischen Bildung mit mehr Zeit, mehr Engagement und neuen Konzepten. Wir müssen weg von der reinen »Institutionenlehre«; wir brauchen neue, attraktive Formen der Vermittlung demokratischer Werte. Offene Diskussionen, respektvoller Meinungsaustausch, Kompromissfähigkeit und Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen sowie die Wahrung von

Minderheitenrechten müssen die zentralen Inhalte einer solchen Demokratiebildung sein. Widerspruch gegen Unrecht und radikale Meinungen und Lebensformen müssen gelernt werden. Und: Politische Bildung gehört auch stärker als bisher in die Schulen. Schulen müssen Orte der Demokratiebildung sein und haben hier eine besondere Verantwortung.

Die Medienbildung soll in der Schule ebenso eine größere Rolle spielen. Die Politik hat gegenüber jungen Menschen eine besondere Schutzverantwortung – in analogen wie in digitalen Welten. Was sollte sich die künftige Bundesregierung für die nächste Legislaturperiode vornehmen?
Junge Menschen bewegen sich ganz selbstverständlich in der digitalen Welt. Es besteht eine zunehmende »Verschmelzung« zwischen digitaler und analoger Welt. Daher ist es umso wichtiger, dass in der digitalen Welt die gleichen Rechte gelten und auch durchgesetzt werden müssen – das umfasst Jugendmedienschutz, Datenschutz und Persönlichkeitsrechte ebenso wie Bildung und Teilhabe. Persönlichkeitsrechte und ihre Durchsetzung beschäftigen uns im Moment besonders, denn Hass und Mobbing sind im Netz sehr präsent. Auch der Kinder- und Jugendbericht fordert, dass Persönlichkeitsrechte in der digitalen Welt durchgesetzt werden müssen. Um dies zu erreichen, muss der Jugendmedienschutz bei sogenannten Kommunikationsrisiken – zum Beispiel Mobbing, Grooming, Sexting – bessere Lösungen anbieten, für mehr Prävention sorgen und wirksame Anbietervorsorge einfordern. Hier müssen Bund und Länder im Interesse von Kindern und Jugendlichen einen gemeinsamen Weg finden.

Jugendliche fühlen sich immer höherem Druck ausgesetzt: Jede Minute wird verplant und es mangelt an freier Zeit, die sie selbst gestalten und in der sie sich ausprobieren können. Wie wollen Sie jungen Menschen diese wichtigen Freiräume wieder öffnen?
Junge Menschen wünschen sich zu Recht mehr Zeiten und Räume, die sie selbst gestalten können. Es geht um Spiel- und Erprobungsräume, um Gegenwelten und Rückzugsorte, die sie oft vermissen: etwa wenn sie keine Begegnungsorte haben und von öffentlichen Plätzen verdrängt werden. Auf dem Land mangelt es oft an Mobilität, Internet und Freizeitangeboten. Jugendliche haben häufig ein sehr eng getaktetes Leben, auch durch verdichtete Bildungspläne. Dabei braucht gerade die junge Generation Zeit, sich auszuprobieren und den eigenen Platz in der Gesellschaft zu finden – wichtige Voraussetzungen für eine gelingende Verselbstständigung. Es gibt also Handlungsbedarf in verschiedenen Bereichen, etwa bei Bildung oder Stadtplanung. Wir setzen uns als Jugendministerium zum Beispiel für die Stärkung von Jugendbeteiligung ein und machen das Thema zu einem Schwerpunkt beim bundesweiten Prozess »Jugendgerechte Kommunen«.

Der Kinder- und Jugendbericht nennt eine Menge kluge Forderungen – viele Erkenntnisse teilt die Bundesregierung ausdrücklich. Warum tut sich die Politik dennoch häufig schwer mit dem, was Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler empfehlen?
Das sehe ich ein wenig anders. Mit der Jugendstrategie greift unser Haus bereits viele Empfehlungen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern auf. Als Jugendressort fordern wir mit der Eigenständigen Jugendpolitik bereits seit geraumer Zeit eine engere Kooperation in Jugendfragen, sowohl ressortübergreifend innerhalb der Bundesregierung als auch mit Blick auf eine bessere Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen. Die Jugendstrategie wirbt auch außerhalb von Politik für eine enge Kooperation zugunsten junger Menschen. Der Jugendbericht zeigt aber auch, dass Politik es nicht alleine richten kann, jungen Menschen »Jugend zu ermöglichen«. Hier sind viele verschiedene Akteurinnen und Akteure gefragt, ebenfalls ihren Beitrag zu leisten. Und so verstehe ich auch den Jugendbericht. Mit der den Kinder- und Jugendbericht begleitenden Jugendbroschüre, erstellt von der Jugendpresse, werden wir ein breiteres Publikum mit den wichtigen Botschaften erreichen. ×

Interview: Birgit Taffertshofer

Jugendliche als Akteure

Neben der Familie ist für Jugendliche vor allem die Peergroup wichtig. Mit Gleichaltrigen entwickeln sie eigene kulturelle und politische Praktiken. An diesen Ausdrucks- und Handlungsformen orientieren sich Politik und pädagogische Institutionen bislang zu wenig.

Von Cathleen Grunert

Bei der Bearbeitung gesellschaftlicher Anforderungen stellen die Familie und die Peergroup für Jugendliche wichtige Erfahrungsräume dar. Dies haben insbesondere die groß angelegten Jugendstudien der letzten Jahre gezeigt. Einerseits verweisen sie auf eine hohe Bedeutung vor allem der Beziehungen zu den Eltern und deren Orientierungsfunktion für Jugendliche. Im Rahmen der Shell-Studie gaben beispielsweise nur sieben Prozent der Jugendlichen an, häufig oder ständig Meinungsverschiedenheiten mit ihren Eltern zu haben (Leven u.a. 2015). Deutlich wird jedoch auch, dass das Erleben von Familie von der sozialen Herkunft abhängt. Für Jugendliche aus prekären Lebenslagen, die in problematischen Familienverhältnissen aufwachsen und bei denen materielle, soziale oder bildungsbezogene Risiken bestehen, sind die familialen Beziehungen oft weniger positiv besetzt. Als Zukunftsentwurf steht die Familie für sie aber dennoch in einem positiven Licht, auch wenn es sich um eine idealisierte Vorstellung handelt, die »kaum etwas mit dem zu tun hat, was die Jugendlichen tatsächlich erleben« (Calmbach u.a. 2012, S. 177). Welche Auswirkungen diese idealisierten Vorstellungen auf das familiale Alltagsleben haben und wie sich dieses gestaltet, ist bislang weitgehend unerforscht.

Sozial benachteiligte Jugendliche erleben ihre Familie darüber hinaus seltener als Unterstützungsinstanz, vor allem bei Fragen zur Qualifizierung und schulischen Bildung. Gleichzeitig wird die Familie aber gesellschaftlich als selbstverständ-

liche Ressource hierfür vorausgesetzt, sodass in vielen Familien schulische Themen einen großen Teil der gemeinsamen Zeit bestimmen (Fraij u.a. 2015) und auch hier Momente sozialer Ungleichheit auszumachen sind. Jugendlichen eröffnen sich damit innerhalb der Familie unterschiedliche Möglichkeiten, um mit den Herausforderungen von Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung umzugehen.

In der Peergroup bewältigen Jugendliche familiäre und schulische Probleme

Andererseits haben die Gleichaltrigen (Peers/Peergroup) eine wichtige Orientierungsfunktion für Jugendliche und bieten ihnen einen alternativen Erfahrungsraum zur Familie, in dem sie eigene Praktiken des Umgangs mit den genannten Herausforderungen entwickeln können.

Im Hinblick auf die Wahl der Peers erweist sich die Schule im frühen Jugendalter als eine »Zuteilungsapparatur für Gleichaltrigenbeziehungen« (Eckert 2012, S. 10). Das bedeutet, dass die Schule aufgrund ihrer sozialen Selektivität dazu beiträgt, dass die Bearbeitung gesellschaftlicher Anforderungen in diesem Alter eher in sozial homogenen Gruppen erfolgt. Jugendliche finden in Peergroups und engeren Freundschaftsbeziehungen nicht nur Gleichgesinnte in Bezug auf Kommunikation und Freizeit, sondern auch einen persönlichen Freiraum gegenüber der Familie sowie den funktionalen Anforderungen der Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen.

Gleichaltrige können bei Belastungen einen sozialen Kontext bieten, der zur Bewältigung problematischer familialer, aber auch schulischer Erfahrungen beitragen kann. Dass dies nicht immer über gesellschaftlich anerkannte Praktiken erfolgt, zeigen Peergroups, in denen Delinquenz und Gewalt als Bewältigungs- und Abgrenzungsstrategien akzeptiert sind. Peergroups sind somit auch ein Probe- und Übungsraum für grenzüberschreitendes Verhalten. Da je nach sozialer Herkunft unterschiedliche Sozialnormen herrschen, können die Gleichaltrigen einem risikobehafteten Verhalten entweder moderierend oder unterstützend begegnen. Während die meisten Gruppen gewaltaffines Handeln ablehnen, verweist es bei einer Minderheit der jugendlichen Peergroups oftmals auf die Bewältigung fehlender gesellschaftlicher Teilhabe sowie schulischer und familialer Problemlagen (Huber/Rieker 2015).

In der Peergroup können Jugendliche Normen, Werte und Deutungen aushandeln sowie Konflikte bewältigen und sich dadurch soziale Kompetenzen aneignen. Gleichzeitig finden bewusste, selbst organisierte Lernprozesse in der Auseinandersetzung mit spezifischen Gegenständen statt, die weit über die Themen hinausgehen, die Jugendlichen gemeinhin zugesprochen werden, wie etwa Medien, Musik oder Sport. Mit welchen Themen sich Jugendliche befassen, hängt von ihren sozialen, kulturellen und ökonomischen Ressourcen ab. Für Jugendliche hat die Peergroup damit eine zentrale Bedeutung: Sie bietet ihnen die Gelegenheit, ihre Lebensthemen und Lebenslagen sowie gesellschaftliche Erwartungen gemeinsam zu bearbeiten und dabei eigene kulturelle Praktiken und Werte zu entwickeln.

Die eigenen kulturellen Praktiken und Werte Jugendlicher zeigen sich am offensichtlichsten in Jugendkulturen als den jugendlichen Ausdrucksformen schlechthin: Über spezifische Sprach-, Kleidungs- und Körperpraktiken signalisieren junge Menschen nach außen Zugehörigkeit und tauchen unterschiedlich tief in die jeweiligen Szenen ein. Jugendkulturen werden stark über Medien vermittelt und dokumentieren gleichzeitig eigenständige Positionierungen Jugendlicher in der Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Erwartungen. Wie unterschiedlich diese Positionierungen ausfallen können, zeigt die aktuell kaum noch überschaubare Pluralität jugendkultureller Stile und Szenen (zum Beispiel Punk-, Gothic-, Metal-, Hip-Hop-, Skateboard-, BMX-Szene). Dabei erweisen sich einige Szenen durchaus auch als gewaltbereit und demokratiefeindlich und bewegen sich damit in ihren Selbstpositionierungen auf eher problematischem Terrain (zum Beispiel Hooligans oder rechtsextrem orientierte Szenen).

Jugendkulturen sind jedoch nicht nur Musik-, Mode- oder/und Körperkulturen, sondern sie versammeln immer auch Jugendliche, die sich sowohl gesellschaftlich als auch politisch engagieren.

Politische Ausdrucksformen Jugendlicher werden häufig nicht (an-)erkannt

Jugendliche setzen sich somit über verschiedene Formen des Engagements mit politischen Themen auseinander. Zu berücksichtigen sind nicht nur Mitgliedschaften in Parteien und Organisationen, sondern alle »Handlungen, in denen sich Jugendliche auf das Gemeinwesen in kritischer, verändernder oder gestaltender Absicht beziehen« (Deutscher Bundestag 2017, S. 230). Sie positionieren sich zu Themen, die sowohl ihren unmittelbaren Lebensalltag als auch globale soziale Konfliktlinien betreffen, wie zum Beispiel Umwelt- oder Tierschutz. Neben dem langfristigen Engagement in Vereinen und Verbänden, Parteien oder Gewerkschaften spielen zunehmend informelle und zeitlich begrenzte Formen von politischer Partizipation, auch im Kontext von Jugendkulturen, eine Rolle.

So waren beispielsweise im Jahr 2014 ein Drittel der Jugendlichen ehrenamtlich in Vereinen oder Verbänden tätig und vier Prozent der 18- bis 32-Jährigen in politischen Organisationen beziehungsweise Parteien aktiv (Deutscher Bundestag

2017). Gleichzeitig gaben in der Shell-Studie aber 34 Prozent der 12- bis 25-Jährigen an, bereits einmal Waren boykottiert zu haben, 28 Prozent hatten schon Petitionen unterzeichnet, 26 Prozent hatten sich an Unterschriftensammlungen beteiligt, 23 Prozent an Demonstrationen und 14 Prozent an Online-Aktionen (Schneekloth 2015).

Bei allen Formen politischer Beteiligung zeigt sich, dass Jugendliche in prekären Lebenslagen am seltensten involviert sind und mehr daran zweifeln, tatsächlich politisch Einfluss nehmen zu können. Aber auch sie engagieren sich für soziale oder andere Themen, die jedoch stärker auf die unmittelbare Umgebung bezogen sind. Ihren Haltungen verleihen sie eher in ästhetischer oder körperlicher Weise Ausdruck, zum Beispiel über Kleidungsstile, Musikpräferenzen oder über mediale Handlungen, wie etwa Kommentare in sozialen Netzwerken. Der Kulturwissenschaftler Stefan Wellgraf (2012) weist zudem auf politische Implikationen von Emotionen und Affekten hin, die teilweise als Reaktionen auf gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse verstanden werden können. All diese Handlungen werden gesellschaftlich jedoch oftmals gar nicht erst als politische Ausdrucksform (an-)erkannt (Calmbach u.a. 2012).

Peer- und jugendkulturelle Anschlussmöglichkeiten außer- und innerhalb institutioneller Angebote sind – trotz der großen Bedeutung medialer Kommunikationsmöglichkeiten – stark an die Bedingungen vor Ort gebunden. Die Ausbildung jugendkultureller und politischer Orientierungen ist dann, ebenso wie etwa die Möglichkeit, sich vereinsbezogen zu engagieren, immer auch von den sozialen und infrastrukturellen Gegebenheiten der Wohngegenden abhängig, in denen Jugendliche sich bewegen (können).

Jugendliche brauchen für ihre Themen Möglichkeiten der Mitbestimmung

Pädagogische Institutionen sollten sich vor diesem Hintergrund zum einen grundsätzlich ihrer Rolle als Ermöglichungskontext für Peerbeziehungen sowie damit verbundener gesellschaftlicher, kultureller und politischer Positionierungsprozesse Jugendlicher bewusst werden. Und sie sollten sich zum anderen überlegen, in welchem Maße sie Jugendlichen eigene Handlungsspielräume und Mitbestimmungsmöglichkeiten eröffnen können. Jugendliche werden zwar in der schulischen Ausbildung in erster Linie in einer spezifischen Funktionalität und damit als Schülerinnen und Schüler angesprochen, jedoch bleiben sie Akteure, die trotz des funktionalen und formalisierten Rahmens ihre politischen, jugendkulturellen und peerbezogenen Orientierungen einbringen und hierfür Räume und Partizipationsmöglichkeiten suchen. Mitbestimmung muss sich deshalb auch an den Themen und Ausdrucksformen der Jugendlichen orientieren und sich nicht zwingend an konventionelle Formen politischen Handelns binden.

Auf der anderen Seite ist zu klären, inwiefern Jugendlichen trotz der zunehmenden Institutionalisierung ihres Alltags noch zugestanden wird, sich in von gesellschaftlicher Funktion und Kontrolle unabhängigen Räumen zu bewegen, um ihnen die Suche nach ihren eigenen Wegen und Orientierungen zu ermöglichen.

Sowohl inner- als auch außerinstitutionell sollten eigene Ausdrucks- und peerbezogene Handlungsformen stärker anerkannt werden, auch wenn diese sich nicht immer über gesellschaftlich angepasste Wege entfalten. Politik und pädagogische Institutionen müssen Jugendliche als Akteure ihrer Lebenswelt begreifen, die ganz unterschiedliche Möglichkeiten und Formen haben, gesellschaftliche Anforderungen zu bearbeiten. Nur dann lässt sich erkennen, wie bildungs- beziehungsweise jugendpolitische Entscheidungen sowie gesellschaftliche Entwicklungen, etwa in Form von Ausdünnungsprozessen im ländlichen Raum oder sozialer Segregation in den Städten, die Bedingungen jugendlicher Handlungsmöglichkeiten bestimmen. ×

DIE AUTORIN

Prof. Dr. Cathleen Grunert ist als Professorin für Allgemeine Bildungswissenschaft an der FernUniversität Hagen am Institut für Bildungswissenschaft und Medienbildung tätig. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind Kindheits- und Jugendforschung sowie Professions- und Wissenschaftsforschung. Sie war Mitglied der Sachverständigenkommission des 15. KJB.
Kontakt: cathleen.grunert@fernuni-hagen.de

LITERATUR

↗ CALMBACH, MARC u.a. (2012): Wie ticken Jugendliche 2012? Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in Deutschland. Düsseldorf
↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.; 2017): Der 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050
↗ ECKERT, ROLAND (2012): Die Dynamik jugendlicher Gruppen. Über Zugehörigkeit, Identitätsbildung und Konflikt. Weinheim/Basel
↗ FRAIJ, AMINA / MASCHKE, SABINE / STECHER, LUDWIG (2015): Die Scholarisierung der Jugendphase – ein Zeitvergleich. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Heft 2, S. 167–182
↗ HUBER, SVEN / RIEKER, PETER (2015): Der sozialpädagogische Umgang mit Devianz zwischen Hilfe und Kontrolle. In: Dollinger, Bernd/Oelkers, Nina (Hrsg.): Sozialpädagogische Perspektiven auf Devianz. Weinheim/Basel, S. 68–86
↗ LEVEN, INGO / QUENZEL, GUDRUN / HURRELMANN, KLAUS (2015): Familie, Bildung, Beruf, Zukunft: Am liebsten alles. In: Shell Deutschland (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt a.M., S. 47–110
↗ SCHNEEKLOTH, ULRICH (2015): Jugend und Politik: Zwischen positivem Gesellschaftsbild und anhaltender Politikverdrossenheit. In: Shell Deutschland (Hrsg.): Jugend 2015. Eine pragmatische Generation im Aufbruch. Frankfurt a.M., S. 153–200
↗ WELLGRAF, STEFAN (2012): Hauptschüler: Zur gesellschaftlichen Produktion von Verachtung. Bielefeld

Deutsches Jugendinstitut

Das DJI sucht an den Standorten München und Halle/Saale regelmäßig

studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte (m/w)

für die Forschungsthemen Kindheit, Jugend und Familie.

Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt *mindestens 9 und höchstens 19 Stunden*. Eine flexible Zeiteinteilung ist möglich.

Voraussetzung ist ein laufendes sozial- oder erziehungswissenschaftliches Vollzeitstudium und Freude an der wissenschaftlichen Arbeit im Team.

Ihre Bewerbung senden Sie unter Angabe der jeweiligen Kennziffer vorzugsweise per E-Mail an *bewerbungen@dji.de*.

Das DJI ist eines der größten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitute Europas. Seit mehr als 50 Jahren erforscht es die Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien, berät Bund, Länder sowie Kommunen und liefert wichtige Impulse für die Fachpraxis.

www.dji.de/stellen

Digital vernetzt

WhatsApp, Snapchat und YouTube – Jugendliche nutzen soziale Medien, aber nicht alle profitieren davon. Für die Vermittlung von Medienkompetenz fehlt es in Familie, Schule und Jugendarbeit häufig an Wissen und Ressourcen.

Von Angela Tillmann

Jugendliche leben in einer digitalen Welt, in der nicht nur internetfähige Informations- und Kommunikationstechnologien, sondern auch immer mehr Gegenstände des Alltags miteinander vernetzt sind (Internet of Things). Das bedeutet, dass sowohl der technische Vernetzungs- als auch der kommunikative Verdichtungsgrad immer weiter zunehmen. Menschen sind überall und jederzeit erreichbar und können sich informieren. Digitale Medien und Technologien dienen dabei nicht nur als Kommunikationskanäle und Bedeutungstransporteure, sondern haben selbst befähigende und diszipli-

nierende Potenziale. Sie bieten damit einerseits einen Ermöglichungsraum, in dem Kernherausforderungen der Jugendphase – Selbstpositionierung in der Gesellschaft und Verselbstständigung – bewältigt werden können, der digitale Raum erfordert andererseits aber auch neue Kompetenzen.

Digitale Medien bieten Erprobungsräume für Jugendliche

An Bedeutung gewonnen hat für Jugendliche in den letzten Jahren vor allem die mobile Kommunikation: Nach den repräsentativen Ergebnissen der JIM-Studie gehen drei Viertel der 12- bis 19-jährigen Jugendlichen in Deutschland am häufigsten mit dem Smartphone online und nutzen dabei digitale Dienste und Plattformen (MPFS 2016). So verwenden 95 Prozent von ihnen täglich oder mehrmals die Woche WhatsApp, 51 Prozent Instagram, 45 Prozent Snapchat und 43 Prozent Facebook (ebd.). Fragt man die 12- bis 19-Jährigen nach dem beliebtesten Internetangebot, steht mit deutlichem Abstand YouTube an erster Stelle (64 Prozent). Am häufigsten angesehen und angehört werden Musikvideos, gefolgt von »lustigen Clips« und diversen Videos von YouTubern. Jungen tendieren insgesamt stärker zu Videos, in denen digitale Spiele gespielt und dabei kommentiert werden (Let's-Play-Videos), Mädchen zu Mode- und Beauty-Tutorials – das eröffnet ihnen die Möglichkeit, sich so zu verhalten, wie es für das jeweilige Geschlecht in der jeweiligen Situation als sozial und normativ angemessen gilt (Doing Gender). YouTube stellt darüber hinaus für immer mehr Jugendliche eine Plattform dar, um sich zu informieren (57 Prozent tun dies täglich oder mehrmals pro Woche). Nur Suchmaschinen werden im Vergleich der digitalen Dienste häufiger genutzt (87 Prozent) (ebd.).

Das Hauptmotiv Jugendlicher, sich in digitale Welten zu begeben, ist, über geografisch-räumliche Distanzen hinweg das persönliche Freundschaftsnetzwerk zu pflegen und zu erweitern. Eng damit verknüpft ist die Identitätsarbeit (Schmidt u.a. 2009), die zunehmend auch in transnationalen Kontexten realisiert wird (Hugger 2009). Digitale Medien bieten für Jugendliche attraktive Möglichkeiten, sich in verschiedenen Rollen zu erproben, beispielsweise als Bloggerin beziehungsweise Blogger. Sie stellen sich dar, tauschen sich aus, vernetzen sich, teilen ihr Wissen, produzieren selbst Texte, Videos oder Fotos und greifen mitunter auch in die Software und die Konsumkultur ein, zum Beispiel indem sie als Hacker den Programmcode verändern oder als Fan eine Geschichte nach eigenem Belieben online weitererzählen (Fanfiction) (Hugger 2014). Sie nutzen digitale Medien, um sich zu verorten und zugehörig zu fühlen und somit eigenständig an der Gesellschaft zu partizipieren.

Von diesem Autonomiegewinn und den neuen Formen sozialer Teilhabe profitieren allerdings nicht alle Jugendlichen gleichermaßen. Einen erschwerten Zugang zu digitalen Medien haben vor allem Menschen mit Behinderungen, wie eine unveröffentlichte Expertise des Sozialwissenschaftlers Ingo Bosse zeigt. Ähnliche Nachteile erleben Geflüchtete (Kutscher/Kreß 2015). Bei anderen sozialen Gruppen stellt die Forschung eine Differenz in der Art und Weise der Medienaneignung fest, die sich zwischen einem eher souveränen und vielseitigen und einem eher konsumorientierten und einseitigen Umgang mit Medien bewegt (Schmidt u.a. 2009, Shell Deutschland 2015).

Aber auch bezogen auf Zugangswege und Verbindungsgeschwindigkeiten zeigen sich Unterschiede: Östliche Bundesländer und ländliche Regionen sind nach wie vor schlechter ans Netz angeschlossen als westliche oder städtische Regionen (TÜV Rheinland Consulting 2015). Häufig werden die Differenzen erst deutlich, wenn bestimmte soziodemografische Merkmale in Kombination auftreten: So ist beispielsweise bei computerspielenden Jungen mit formal niedriger Bildung das Risiko größer, dass sie einen eher konsumorientierten und einseitigen Umgang mit Medien entwickeln. Gegenüber Mädchen, insbesondere schwarzen, nicht-heterosexuellen oder sozioökonomisch schlechter gestellten Mädchen, besteht das Risiko eher in Ausgrenzungsmechanismen: Indem man sie sexuell beleidigt und als »Schlampe« bezeichnet, sexualisierte Gewalt gegen sie befürwortet oder androht, echte oder manipulierte Nacktaufnahmen veröffentlicht oder sie verunglimpft und bedroht (Hate-Speech), werden sie aus öffentlichen Räumen gedrängt.

> Einen erschwerten Zugang zu digitalen Medien haben vor allem Menschen mit Behinderungen.

Datenklau, Fake-News und Cybermobbing – Schattenseiten des Internets

Die vernetzte Infrastruktur und digitale Kommunikation stellt Jugendliche auch vor neue kommunikationskulturelle Herausforderungen. Einerseits ist hier der Einfluss globaler, kommerzieller Machtkonzentrationen auf die Gestaltung der Hard- und Software sowie die Medieninhalte zu nennen. Das digitale Ökosystem junger Menschen beschränkt sich auf eine überschaubare Anzahl von Diensten, die sich in der Hand von wenigen Unternehmen wie etwa Google, Apple und Facebook befinden. Auf diese Weise haben die Unternehmen Zugriff auf eine unbe-

grenzte Menge an Daten (Big Data), die zunehmend automatisiert verarbeitet und analysiert werden (Big-Data-Analytics). Die Analysen lassen nicht nur Rückschlüsse auf einzelne Individuen zu, sondern berechnen Muster und stellen Prognosen auf, die auch normbildend und verhaltensbestimmend wirken können. Reichweiten und Konsequenzen des gegenwärtigen Handelns sind damit immer schwerer absehbar.

Offen ist, welche Auswirkungen die neuen Möglichkeiten der Selbstaufzeichnung und -vermessung (Self-Scoring, Social Scoring) auf das Individuum und das soziale Miteinander haben. Kommunikationskulturelle Schattenseiten des Internets zeigen sich zudem bei Phänomenen wie Social Bots, Fake-News und Filterblasen, die nicht nur die Öffentlichkeit zu täuschen versuchen und die Meinungsvielfalt einschränken, sondern auch das Risiko von individuellen Diskriminierungen und Manipulationen in sich bergen. Online-Phänomene wie Hate-Speech und Cybermobbing verweisen auf neue Formen von Gewalt. Die Folgen können für die Opfer aufgrund der Besonderheiten der digitalen Kommunikation (Anonymität, Dauerhaftigkeit, Reichweite, virale Verbreitung) mitunter schwerer wiegen als beim »traditionellen« Mobbing. Darüber hinaus erleichtern digitale Medien den Zugang zu entwicklungsbeeinträchtigenden, diskriminierenden Inhalten und zu menschenverachtenden Ideologien.

In Familie, Schule und Jugendarbeit zeigen sich große Defizite bei der digitalen Medienerziehung

Mit welcher Unterstützung können Jugendliche aktuell rechnen? Es zeigt sich, dass es Eltern schwerfällt, ein angemessenes erzieherisches Handeln in digital vernetzten Welten zu entwickeln und ihr Kontrollbedürfnis mit dem Autonomiebedürfnis der Kinder und Jugendlichen in Einklang zu bringen (Wagner u.a. 2016). Es fehlt ihnen einerseits an fundiertem Wissen über digitale Medien, andererseits fühlen sie sich vom Jugendschutz wenig unterstützt. Weiterhin wird deutlich, dass Medienerziehungsstile eng mit den familialen Ressourcen der Familie verbunden sind: Ein formal geringer Bildungsabschluss geht häufig mit einem unkritischeren Medienhandeln der Eltern und geringerem medienerzieherischem Engagement einher (Wagner u.a. 2013). Auffallend ist, dass Eltern die Verantwortung für die Medienerziehung mit zunehmendem Alter der Kinder stärker außerhalb der Familie, etwa bei der Schule sehen (Wagner u.a. 2016).

Die Schule erfüllt diese Erwartung allerdings nur bedingt. Nach wie vor fehlt es laut der international vergleichenden ICILS-Studie zu computerbezogenen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern an Internetzugängen und übergreifenden technischen und pädagogischen Konzepten. Zwei Drittel der Lehrerinnen und Lehrer fühlen sich nicht in der Lage, Unterricht unter Einbezug digitaler Medien vorzubereiten. Dies hat Konsequenzen: Nur etwa 30 Prozent der Schülerinnen und Schüler in Deutschland verfügen über die notwendige Medienkompetenz im Umgang mit digitalen Technologien und Informationen (Bos u.a. 2014).

Forderungen nach einer stärkeren Berücksichtigung digitaler Medien und Technologien werden auch zunehmend in Positionspapieren der Jugendhilfe formuliert (zum Beispiel AGJ 2014). Defizite deuten sich nicht nur im Hinblick auf die Ausstattung an (Seckinger u.a. 2015), sondern auch in Handlungsfeldern wie zum Beispiel der mobilen Jugendarbeit, in der virtuelle Räume für Jugendliche an Attraktivität gewin-

nen. Ein weiteres, damit eng verknüpftes Praxisfeld stellt die Online-Beratung dar. Mehr als ein Drittel der Jugendlichen geben an, dass sie nur im Internet Hilfe suchen (können) (Klein 2008), das Angebot an digitaler Beratung ist aber weiterhin dünn. Ein weiteres Feld, in dem Medienangebote und -konzepte rar sind, stellen stationäre Erziehungshilfen oder Einrichtungen der Eingliederungshilfe dar, wie beispielsweise Wohnheime für Menschen mit Behinderung. Auch in die Jugendhilfeplanung werden digitale Medien bislang nicht einbezogen. Und nicht zuletzt muss auch der erzieherische Jugendmedienschutz neu konzipiert werden, da die Risiken im Internet nun verstärkt auch auf der Interaktions- und Kommunikationsebene liegen.

Erforderlich ist eine Jugendmedienpolitik, die sich als Anwältin der Jugend versteht

Jugendliche und junge Erwachsene finden in den digitalen Medien somit soziotechnische Möglichkeitsräume, um selbstständig zentrale gesellschaftliche Anforderungen bewältigen zu können. Die Kompetenz, in digitalen Welten soziale Handlungsfähigkeit erlangen und gesellschaftliche und politische Verantwortung übernehmen zu können, erwerben sie allerdings in erster Linie außerhalb formaler und non-formaler Bildungsinstitutionen – im Kreise von Gleichaltrigen. Dadurch werden nicht nur bestehende strukturell begründete Problemlagen, sondern auch soziale Ungleichheiten reproduziert und verstärkt (siehe auch S. 34 in dieser Ausgabe).

Ein digitaler Ermöglichungsraum für Jugend erfordert daher eine Jugendmedienpolitik, die sich als Anwältin der Jugend versteht. Sie setzt sich für eine optimale Medienbildung ein und sorgt dafür, dass alle Jugendlichen gleichermaßen teilhaben und die notwendige Kompetenz erwerben können, um die Kommunikationskultur im demokratischen Sinne mitzugestalten. Hierfür müssen Unterstützungsstrukturen im sozialen und institutionellen Gefüge gefördert (Familienbildung, Fort- und Weiterbildung von Pädagoginnen und Pädagogen), die infrastrukturellen Rahmenbedingungen geschaffen (Zugang, regulierte Datenerhebung) sowie Persönlichkeitsrechte gestärkt werden. ×

DIE AUTORIN

Prof. Dr. Angela Tillmann ist Professorin am Institut für Medienforschung und Medienpädagogik (IMM) der Technischen Hochschule Köln. Sie leitet dort den Forschungsschwerpunkt Medienwelten und beschäftigt sich unter anderem mit Kinder- und Jugendmedienforschung, Prozessen der Mediensozialisation, Medienkompetenzforschung und -evaluation. Sie war Mitglied der Sachverständigenkommission des 15. KJB.
Kontakt: angela.tillmann@th-koeln.de

LITERATUR

↗ ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR KINDER- UND JUGENDHILFE (AGJ, Hrsg.; 2014): »Mit Medien leben und lernen – Medienbildung ist Gegenstand der Kinder- und Jugendhilfe!« Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ. Berlin

↗ BOS, WILFRIED u.a. (2014): ICILS 2013 – Computer- und informationsbezogene Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern in der 8. Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Münster/New York

↗ HUGGER, KAI-UWE (2009): Junge Migranten online. Suche nach sozialer Anerkennung und Vergewisserung von Zugehörigkeit. Medienbildung und Gesellschaft, Band 9. Wiesbaden

↗ HUGGER, KAI-UWE (2014): Digitale Jugendkulturen. Digitale Kultur und Kommunikation, Band 2. Wiesbaden

↗ KLEIN, ALEXANDRA (2008): Soziales Kapital online: Soziale Unterstützung im Internet. Eine Rekonstruktion virtualisierter Formen sozialer Ungleichheit. Dissertation an der Universität Bielefeld. Berlin

↗ KUTSCHER, NADIA / KRESS, LISA-MARIE (2015): »Internet ist gleich mit Essen«. Empirische Studie zur Nutzung digitaler Medien durch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Vechta

↗ MEDIENPÄDAGOGISCHER FORSCHUNGSVERBUND SÜDWEST (MPFS, Hrsg.; 2016): JIM-Studie 2016. Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisuntersuchung zum Medienumgang 12- bis 19-Jähriger. Stuttgart

↗ SCHMIDT, JAN-HINRIK / PAUS-HASEBRINK, INGRID / HASEBRINK, UWE (Hrsg.; 2009): Heranwachsen mit dem Social Web. Zur Rolle von Web 2.0-Angeboten im Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Schriftenreihe Medienforschung der Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen, Band 62. Berlin

↗ SECKINGER, MIKE u.a. (2015): Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Eine empirische Bestandsaufnahme. Weinheim/Basel

↗ SHELL DEUTSCHLAND (Hrsg.; 2015): 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015. Frankfurt am Main

↗ TÜV RHEINLAND CONSULTING (Hrsg.; 2015): Bericht zum Breitbandatlas Ende 2015 im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI). Berlin

↗ WAGNER, ULRIKE / GEBEL, CHRISTA / LAMPERT, CLAUDIA (2013): Zwischen Anspruch und Alltagsbewältigung: Medienerziehung in der Familie. Düsseldorf

↗ WAGNER, ULRIKE / EGGERT, SUSANNE / SCHUBERT, GISELA (2016): MoFam – Mobile Medien in der Familie. Kurzfassung der Studie. München

Die jugendorientierte Ganztagsschule

Ganztägig organisierte Schulen können Lern- und Lebensorte für Jugendliche sein – theoretisch. Praktisch fehlt bei den weiterführenden Schulen immer noch ein klares Konzept. Wie Ganztagsschulen den Herausforderungen des Jugendalters gerecht werden können.

Von Stephan Maykus und Ludger Pieper

In der Jugendphase spielt die Schule als gesellschaftliche Institution eine große Rolle. Mit dem Ausbau der Ganztagsschulen nimmt in Deutschland die institutionelle Prägung der Jugend zu. Wie und in welchem Maße sie sich konkret auf das Aufwachsen auswirkt, ist weithin offen. Die Erwartungen an Ganztagsschulen sind indes sehr hoch: Sie sollen möglichst optimal fachlich qualifizieren, individuell fördern sowie das soziale Lernen und die Gemeinschaftsfähigkeit der jungen Menschen in der Gesellschaft unterstützen. Dabei vollziehen sich aus Sicht der Jugendlichen immer auch Prozesse der Persönlichkeitsentwicklung in Form von Selbstpositionierung (Ausdruck von Werten, Interessen, Hal-

tungen) und Verselbstständigung (wachsende Spielräume der Autonomie). Wie die Ganztagsschule gerade diese beiden jugendspezifischen Prozesse unterstützt und in welchem Verhältnis sie zu den Herausforderungen des Jugendalters steht, hat der 15. Kinder- und Jugendbericht erörtert (Deutscher Bundestag 2017). Dabei zieht er eine Zwischenbilanz zur bisherigen Ganztagsschulentwicklung im Jugendalter aus einer jugendorientierten Perspektive.

Die Potenziale der Ganztagsschule bleiben unausgeschöpft

Inzwischen nutzt mehr als ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Deutschland schulische Ganztagsangebote. Während 56 Prozent der Grundschulen an allen fünf Wochentagen einen Ganztagsbetrieb anbieten, ist dies nur bei der Minderheit der weiterführenden Schulen der Sekundarstufe der Fall. Bei den Gymnasien trifft dies auf einen Anteil von 36 Prozent zu, bei den übrigen Schulformen lediglich auf 16 Prozent (StEG-Konsortium 2016).

> Die Rolle der Jugendarbeit in der Ganztagsschule ist nach wie vor ungeklärt.

Insbesondere der Ausbau der Ganztagsschulen in der Sekundarstufe erfolgt ohne inhaltliches Konzept und ohne erkennbare Basis gesellschaftlicher sowie bildungspolitischer Klärungen zur Bedeutung dieser Schulform für das Jugendalter. Das verwundert angesichts der hohen Erwartungen an die ganztägige Organisation, die potenziell deutlich erweiterte Möglichkeiten eröffnet, um Jugendlichen Lern- und Erfahrungsräume zu bieten und den Anforderungen der Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung gerecht zu werden. Mehr Zeit und Raum, die Einbeziehung außerschulischer Kompetenzen und Berufsgruppen, Partizipation und Engagement-Förderung, soziales Lernen und eine sozialräumliche Öffnung sind klare Vorteile ganztägiger Programme gegenüber der Halbtagsschule. Allerdings kommen diese bisher nur wenig zum Tragen.

Die vielfältigen Formen von Ganztagsschulen stehen im Bundesgebiet symbolisch für die fehlende Konzeption und vor allem für den Mangel an definierten Qualitätsmaßstäben für eine jugendorientierte Schule. Ohne eine solche Zielvorstellung kann auch die Einbeziehung der außerschulischen Partner nicht effektiv erfolgen, wie das Beispiel der Jugendhilfe zeigt: Ihre Rolle in der Ganztagsschule ist nach wie vor ungeklärt, die Bedingungen der Kooperation erweisen sich als unverändert schwierig und die Bemühungen um kommunale Bildungsnetzwerke, die einen strukturierten Rahmen für sozialräumliche Verzahnungen der Bildungsakteure vor Ort etablieren sollen, zeigen noch keine durchgreifenden Erfolge (Maykus 2011).

Charakteristisch für die Ganztagsschule im Jugendalter ist gegenwärtig eine doppelte Ambivalenz: Einerseits bietet diese Schulform weitreichende pädagogische Potenziale, die aber kaum genutzt werden und denen aktuell eher Unsicherheit, Unklarheit sowie ein Mangel an Zielorientierung jugendorientierter Konzepte gegenüberstehen. Die Schulentwicklung mit außerschulischen Partnern verläuft entsprechend diskontinuierlich: Konzepte werden entwickelt und wieder verworfen, Kooperationen werden geschlossen und wieder aufgekündigt und auch die Resonanz der Schülerinnen und Schüler ist schwankend. Andererseits erleben die Jugendlichen selbst Ganztagsschulen als einen ambivalenten Raum: Kontakte zu Freunden, Spaß und Interesse an der Schule gehören genauso dazu wie die Erfahrung mit wenig attraktiven Ganztagsangeboten und fehlenden Möglichkeiten der Mitgestaltung. Gleichzeitig gibt es den Wunsch nach Distanz zu einem Schulalltag, der aus Sicht der Jugendlichen bislang keinen hinreichenden Bezug zur eigenen Lebenswelt hat. So nimmt die Teilnahme an den Ganztagsangeboten mit wachsendem Alter der jungen Menschen auch deutlich ab (StEG-Konsortium 2016).

Ganztagsschulen kann es zukünftig nur gelingen, allen Menschen im Jugendalter eine soziale und faire Auseinandersetzung mit den Kernherausforderungen des Jugendalters zu ermöglichen, wenn sie diese doppelte Ambivalenz reflektieren. Gleichzeitig muss eine neue Organisationsform von Schule angestrebt werden, in der diese Kernherausforderungen nicht als Störfaktoren empfunden, sondern vielmehr zum Ausgangspunkt ihrer Konzepte genommen werden. Ganztagsschulen werden dann zu jugendorientierten Schulen, wenn sie Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung als jugendpädagogisch ermöglichenden Dreiklang ganztägiger Bildung anerkennen. Sie verstehen sich als multiprofessionell gestaltete Bildungsorte, an dem die Schulen und deren Partner

gleichermaßen Verantwortung für vielfältige jugendorientierte Lern- und Erfahrungsräume übernehmen, gegebenenfalls auch in lokalen Bildungsnetzwerken.

Ohne tiefgreifende Schulreform ist keine neue Qualität zu erreichen

Jugendorientiert, multiprofessionell, lebensweltorientiert – um diesen Maßstab in Ganztagsschulen erfüllen zu können, müssen zukünftig mehrere fachpolitische Voraussetzungen geschaffen werden: Jugend in der Ganztagsschule zu ermöglichen, bedeutet zum einen, Jugendbedürfnisse wahrzunehmen und diese bei der Schulgestaltung zu berücksichtigen; es bedeutet aber zum anderen auch, sie in konsequent partizipativ organisierten Strukturen aufzugreifen und zu gestalten (Sturzenhecker 2015). Derartige Ganztagsschulen des Jugendalters sichern Partizipation durch deren klare Verfasstheit in der Schule (demokratische Struktur). Sie geben der Jugendöffentlichkeit einen Raum und stehen in Beziehung zu den Lebenswelten der Jugendlichen, indem sie den Rahmen für alltägliche Kommunikation und Erfahrung schaffen. Das Jugendleben in- und außerhalb der Schule wird aufeinander bezogen und partizipativ sowie in weitestgehend demokratischen Strukturen von den Jugendlichen bearbeitet. Jugendliche wahrnehmen, ihre Themen mit ihnen besprechen, sie darüber entscheiden lassen und damit ihre Interessen aufgreifen – das ist der Inbegriff einer schul- und sozialpädagogischen Professionalität der Ganztagsschule des Jugendalters.

Um diesen Wandel der Schule voranzutreiben, ist in Wissenschaft, Politik und Praxis eine breit geführte Debatte zur Jugendperspektive der Schule und zu den daraus resultierenden Zielen einer Ganztagsschule im Jugendalter notwendig. Außerdem gilt es, deren gesellschaftlichen Stellenwert und Beziehung zu außerschulischen Erfahrungsräumen, etwa der Kinder- und Jugendhilfe, zu bestimmen. Nicht zuletzt bedeutet das, Entscheidungen über die Entwicklung der Ganztagsschulkonzepte, den Ausbau und die Erscheinungsformen ganztägigen Lernens zu treffen und entsprechende schul- und bildungspolitische Reformen einzuleiten. Das sollte auch der Impuls für eine nachhaltige Schulsystemreform sein, mit dem Ziel, die Lebenswelt der Jugendlichen stärker einzubeziehen und selektive Effekte der Bildungsgänge zu verringern. Beides ist ein unerlässlicher Rahmen für eine gelingende sozialpädagogische Förderung Jugendlicher in Kooperation von Schule und Kinder- und Jugendhilfe sowie weiteren Partnern.

Das Bild einer veränderten, lebenslagensensiblen und multiprofessionellen Schule sollte Gegenstand der Schulgesetze werden. Außerdem bedarf es dringend einer sozialrechtlichen Verankerung schulbezogener Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Eine derartige Jugendpädagogik betrachtet die Lebenslagen, Lebenswelten und institutionellen Bezüge Jugendlicher gleichermaßen. Sie kann zum konzeptionellen Orientierungspunkt für eine Ganztagsschule im Jugendalter werden. Dazu gehört aber auch eine gesellschaftliche Neubestimmung der Funktion von Ganztagsschule, die die soziale Seite der Bildung – das Demokratielernen, die Anerkennung und Erfahrung von Solidarität durch kooperatives Lernen sowie Freiräume für Jugendliche – als ebenso wichtig erachtet wie die fachliche Qualifizierung durch Unterricht. ×

DIE AUTOREN

Prof. Dr. Stephan Maykus ist Professor für Soziale Arbeit an der Hochschule Osnabrück und war Mitglied in der Sachverständigenkommission des 15. KJB. Seine zentralen Arbeitsschwerpunkte sind die schul- und bildungsbezogene Kinder- und Jugendhilfe sowie die Grundlegung einer kommunalen Sozialpädagogik.
Kontakt: s.maykus@hs-osnabrueck.de

Ludger Pieper ist ehemaliger Abteilungsleiter für Grundsatzangelegenheiten in der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft in Berlin und war Mitglied in der Sachverständigenkommission des 15. KJB.

LITERATUR

↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Der 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050

↗ MAYKUS, STEPHAN (2011): Kooperation als Kontinuum. Erweiterte Perspektive einer schulbezogenen Kinder- und Jugendhilfe. Wiesbaden

↗ STEG-KONSORTIUM (Hrsg.; 2016): Ganztagsschule: Bildungsqualität und Wirkungen außerunterrichtlicher Angebote

↗ STURZENHECKER, BENEDIKT (2015): Gesellschaftliches Engagement von Benachteiligten fördern – Band 1. Konzeptionelle Grundlagen für die Offene Kinder- und Jugendarbeit. Gütersloh

Mitgestalten, mitbestimmen, mitverantworten

Vereine, Verbände und die Jugendarbeit spielen im Alltag vieler Jugendlicher eine bedeutende Rolle. Darin sehen Forschung und Politik sozial- und bildungspolitische Chancen. Doch sozialer Benachteiligung und antidemokratischen Tendenzen können diese Organisationen nicht alleine entgegenwirken.

Von Ivo Züchner

Der Begriff Jugend ist seit seiner Etablierung eng verbunden mit Jugendorganisationen. Bis heute finden Alltag und Leben junger Menschen immer auch in organisierter Form jenseits der Schule statt, etwa in Vereinen, Jugendverbänden oder in der Offenen Jugendarbeit. Jugendliche und junge Erwachsene sind freiwillig Mitglied, wirken aus Interesse in Initiativen mit und nutzen aus eigenem Antrieb Angebote von Einrichtungen der Jugendarbeit. Junge Menschen gestalten Verbände, Vereine und Institutionen mit, gleichzeitig prägen die Organisationen und deren Einrichtungen als soziale Infrastruktur das Leben dieser Jugendlichen.

Um die »organisierte Jugend« zu betrachten, lassen sich zwei unterschiedliche Perspektiven einnehmen: zum einen auf die Jugendlichen, die in Organisationen und Einrichtungen aktiv

sind und »sich organisieren«, und zum anderen auf die Organisationen und Institutionen, die Kindern und Jugendlichen etwa Räume, Zeiten und Inhalte anbieten. Dabei geht es stets um ein breites und heterogenes Spektrum von Organisationen, das vom lokalen Sport- und Karnevalsverein und den Kirchengemeinden über eigenständige Jugendverbände bis zu Jugendfreizeitzentren und Jugendkunstschulen reicht, die unterschiedliche Träger, Organisationsstrukturen und Angebote haben.

Der Anteil der organisierten Jugendlichen wächst

Wenn sich Jugendliche in Vereinen, Verbänden und Institutionen organisieren, besuchen sie sporadisch eine Einrichtung, sind zeitweise in einem Verband oder Verein aktiv oder wirken ehrenamtlich in Gremien mit. Nach der Shell-Jugendstudie hat der Anteil der organisierten Jugendlichen zwischen 1965 und 2010 zugenommen: Im Jahr 1965 gaben knapp 55 Prozent der 14- bis 21-Jährigen in Westdeutschland an, Mitglied in einem Verein, Verband oder einer Jugendorganisation zu sein. Mit einem Anteil von 30 Prozent der Befragten war schon damals die Mitgliedschaft in einem Sportverein am weitesten verbreitet. 26 Prozent ordneten sich mindestens einem Jugendverband zu, wobei die Evangelische Jugend und der Bund der Katholischen Jugend am stärksten vertreten waren (Emnid 1965; eigene Berechnungen). Im Jahr 2010 gaben 75 Prozent derselben Altersgruppe an, in einer Organisation aktiv zu sein. Die Sportvereine spielten mit einem Anteil von inzwischen 50 Prozent immer noch die zentrale Rolle. Zudem ließen sich 20 Prozent der Jugendlichen als Aktive in einer Jugendorganisation beschreiben, wobei kirchliche Gruppen unberücksichtigt blieben (Albert u.a. 2011; eigene Berechnungen).

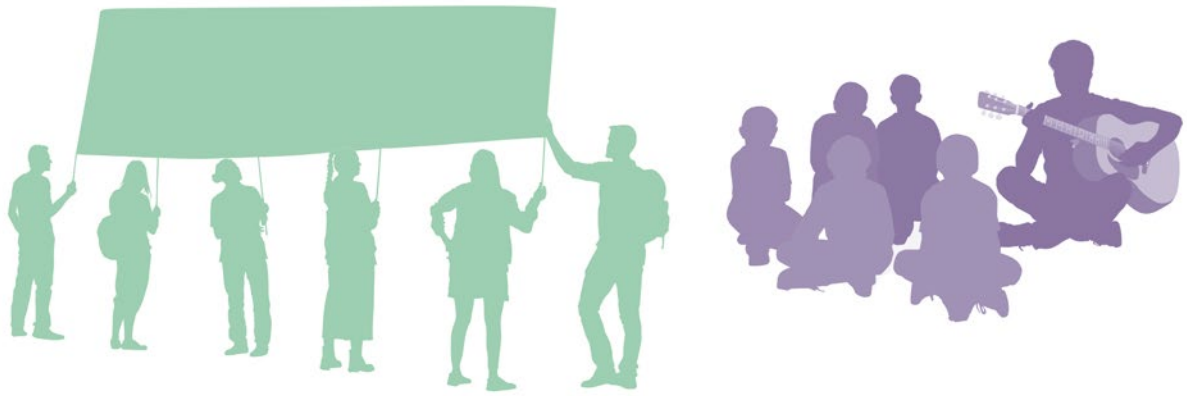
Auf vergleichbare Werte kam auch die Sachverständigenkommission des 15. Kinder- und Jugendberichts (KJB) auf Basis der Daten des DJI-Surveys »Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten« (AID:A) aus dem Jahr 2014 (Deutscher Bundestag 2017). Insbesondere durch die Sportvereine hat der Anteil organisierter Jugendlicher zugenommen. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass die Anzahl der Jugendlichen insgesamt in diesem Zeitraum zurückgegangen ist (Deutscher Bundestag 2017). Ähnliche Entwicklungen sind bei der Inanspruchnahme der Angebote von Jugendzentren zu beobachten.

Dies führt zu der Frage, wie Jugendliche die Angebote nutzen und was diese für sie attraktiv macht. Ist für sie beispielsweise die Pflege von Peerbeziehungen entscheidend oder sind es inhaltliche Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten? Fest steht: Solche Aktivitäten langfristig zu betreiben, ist ohne eine individuelle Motivation kaum denkbar, auch wenn diese stärker intrinsisch oder extrinsisch geprägt sein mögen (Krapp 2002). Den Aktivitäten in Jugendzentren, die Jugendlichen wichtig sind, wie beispielsweise »Freunde treffen«, »Leute kennenlernen«, »selbst was machen können« (wie sie im DJI-Survey AID:A abgefragt wurden), liegen Prozesse der Selbsterprobung, der sozialen Aushandlung, der Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen und Älteren sowie der Beschäftigung mit Inhalten und der Übernahme von Verantwortung zugrunde. Auch die Forschung der letzten Jahre weist darauf hin, dass die Mitwirkung in Verbänden und Einrichtungen Bildungsprozesse in der persönlichen Entwicklung sowie im sozialen und gesellschaftlichen Miteinander fördert (Düx u.a. 2008; Schulz 2010). Organisiert sein im Jugendalter hat für Jugendliche damit eine große Bedeutung.

> Die Forschung der vergangenen Jahre weist darauf hin, dass die Mitwirkung in Verbänden Bildungsprozesse fördert.

Gesellschaftliche Veränderungen zwingen die Jugendarbeit zur Neudefinition

Neben Vereinen und Verbänden engagieren sich verschiedene Organisationen, die als Träger der Kinder- und Jugendarbeit öffentliche Mittel erhalten und sich an der Zielsetzung des Achten Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) orientieren. Die öffentlichen und freien Träger, zumeist über Stadt- und Kreisjugendringe kommunal verankert, bilden das Grundgerüst der Kinder- und Jugendarbeit. Durch ihre Aktivitäten mit Jugendlichen sind sie



auch eine Stimme der Jugendlichen vor Ort. Die Stärke dieser Organisationen liegt darin, dass sie die unterschiedlichen Lebenslagen junger Menschen aufnehmen und abbilden und über die Prinzipien der Freiwilligkeit, der Selbstorganisation und der Partizipation eigene Anstöße jenseits der Schule geben (Deutscher Bundestag 2017). Darin liegen auch besondere bildungs- und demokratiepolitische Chancen.

Die Kinder- und Jugendarbeit ist – wie alle anderen Systeme – gesellschaftlichen Veränderungsprozessen unterworfen. Im 15. KJB werden die demografische Entwicklung der Gesellschaft, die Digitalisierung des Alltags, das veränderte Verhältnis zwischen Kinder- und Jugendarbeit und Schule sowie entstandene Spannungsverhältnisse innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit selbst dafür genannt. Beispielsweise gilt es, eine Balance zwischen Offenheit und Zielgruppenbezug herzustellen, zwischen Selbstorganisation und Angebot sowie zwischen Ehrenamtlichkeit und Beruflichkeit. In diesem Kontext sind auch die Grenzverschiebungen der Arbeitsfelder innerhalb der Kinder- und Jugendarbeit, aber zum Beispiel auch zu der angrenzenden Jugendsozialarbeit einzuordnen.

Politik und Gesellschaft konfrontieren die Organisationen der Jugendarbeit heute verstärkt mit ihrem Auftrag, »zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement an[zu]regen und hin[zu]führen« (Paragraf 11 SGB VIII). Denn sie bieten für Jugendliche vielfältige Möglichkeiten der individuellen Unterstützung, der gruppenbezogenen Organisation und der Mitgestaltung. Damit stehen sie auch in der Verantwortung, sich im Spannungsfeld zwischen jugendpädagogischen, bildungs-, sozial- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen zu positionieren. Der 15. KJB postuliert eine aktivere Rolle der Jugendarbeit beim Ausgleich sozialer Benachteiligungen und Bildungsungleichheiten sowie bei der politischen Bildung durch die Stärkung eines eigenen Politikverständnisses, das wesentlich auf Mit- und Selbstbestimmung und dem Erleben demokratischer Strukturen beruht (Deutscher Bundestag 2017). Allerdings können die Organisationen der Jugendarbeit nicht die sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitische »Feuerwehr« sein, die alleine mehr oder minder erfolgreich Ursachen der sozialen Benachteiligung und antidemokratische Tendenzen Jugendlicher bekämpft.

Die außerschulische Jugendarbeit ist für viele Jugendliche bis heute Teil des Aufwachsens und ein bedeutsamer Ort des Lernens und der sozialen Erfahrungen. Sie ermöglicht einer-seits die Entwicklung zu einer selbstständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, und andererseits trägt sie dazu bei, einen gesellschaftlichen Konsens in Bezug auf Teilhabechancen und Beteiligung am demokratischen Gemeinwesen zu finden. Auch wenn die organisierte Jugendarbeit nicht immer alle Ziele und nicht alle Jugendlichen erreicht, finden diese ganz besonderen Orte des Aufwachsens, des Mitwirkens, des Lernens und der demokratischen Mit- und Selbstbestimmung in der Gesellschaft keine Entsprechung. ×

DER AUTOR

Prof. Dr. Ivo Züchner ist Professor für außerschulische Jugendbildung im Fachbereich Erziehungswissenschaft an der Philipps-Universität Marburg und war Mitglied der Sachverständigenkommission des 15. KJB. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bildung im Kindes- und Jugendalter, Jugendarbeit, Ganztagsschule, Jugendforschung, Ausbildung und Arbeitsmarkt sozialer Berufe.
Kontakt: zuechner@staff.uni-marburg.de

LITERATUR

↗ ALBERT, MATHIAS / HURRELMANN, KLAUS / QUENZEL, GUDRUN (2011): Jugend 2010. GESIS Datenarchiv, Köln
↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Der 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050
↗ DÜX, WIEBKEN u.a. (2008): Kompetenzerwerb im freiwilligen Engagement. Eine empirische Studie zum informellen Lernen im Jugendalter. Wiesbaden
↗ EMNID (1965): Jugend, Bildung und Freizeit (1965)
↗ KRAPP, ANDREAS (2002): An educational-psychological theory of interest and its relation to SDT. In: Deci, Edward L./Ryan, Richard M. (Hrsg.): Handbook of self-determination research. Rochester, S. 405–427
↗ SCHULZ, MARC (2010): Performances: Jugendliche Bildungsbewegungen im pädagogischen Kontext. Wiesbaden
↗ ZÜCHNER, IVO (2006): Mitwirkung und Bildungseffekte in Jugendverbänden. In: Deutsche Jugend, Jahrgang 54, Nr. 5, S. 201–209

Mehr zweckfreie Zeit!

Für die Lebensphase Jugend sind Freiräume zur selbstbestimmten Gestaltung und zum Experimentieren essenziell – ein Zwischenruf.

Von Stephan Groschwitz

Der Begriff Freiräume nimmt im 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB) eine prominente Stellung ein: »Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagsschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter« lautet der Titel des Berichts. Man könnte den Eindruck gewinnen, Freiräume seien Räume wie alle anderen: klar identifizierbar, abgrenzbar, optimierbar, schaffbar. Tatsächlich sind Freiräume das gerade nicht, was es umso schwieriger macht, sie sicherzustellen.

Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) definiert Freiräume zum Beispiel anhand von Negationen: Freiräume dienen keinem bestimmten Zweck und unterliegen keinem Nutzen. Sie sind also jene anderen, sonstigen Räume und Zeiten, die jenseits klarer Funktionszuweisungen und fester Regeln existieren. Im 15. KJB wird Freiraum allgemein als das bezeichnet, »was relative Freiheit von Strukturierung und Definition ermöglicht« (Deutscher Bundestag 2017, S. 422). Diese relativen »Gegenwelten« (Deutscher Bundestag 2017, S. 423) können, wie der Bericht betont, individuell sehr unterschiedlich sein. »In solchen, von Einflüssen der Alltagswelt graduell geschützten, Räumen lassen sich daher auch zugespitztere Erprobungen und Gegenentwürfe von Selbstbestimmung und Selbstpositionierung entwickeln, als sie im Alltagsleben Jugendlicher allgemein möglich sind« (ebd.). Freiräume spielen also für junge Menschen – aber nicht nur für sie – eine besondere Rolle. Für die Lebensphase Jugend sind sie zur selbstbestimmten Gestaltung und zum Experimentieren essenziell. Allerdings sind sie in der heutigen Gesellschaft keinesfalls gesichert, vielmehr drohen sie zur Seltenheit zu werden angesichts der zunehmenden Zeit, die junge Menschen in Institutionen verbringen, sowie der steigenden Anforderungen in einer immer komplexer werdenden Welt und einer überwältigenden Vielfalt an Optionen für Lebensentwürfe.

Die Sachverständigenkommission des 15. KJB hat Jugend als »Integrationsmodus moderner Gesellschaften« beschrie-

ben, in dessen Mittelpunkt die Bewältigung der drei Kernherausforderungen Verselbstständigung, Selbstpositionierung und Qualifizierung stehen (Deutscher Bundestag 2017, S. 95 ff.). Damit nennt die Kommission die Herausforderungen, mit denen sich junge Menschen heute im Prozess des Erwachsenwerdens konfrontiert sehen, und verweist gleichzeitig auf die Rolle der vielfältigen Institutionen des Aufwachsens. Deren Bedeutung nimmt angesichts der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und der wachsenden individuellen Anforderungen zu, was letztlich dazu führt, dass Jugendliche immer mehr Zeit in vorgegebenen Strukturen verbringen. Dabei braucht die Bewältigung der Kernherausforderungen nicht nur Anpassung an und Übernahme von vorgegebenen Lösungen, sondern vielmehr ein kreatives Ausprobieren, insbesondere im Prozess der Verselbstständigung und Selbstpositionierung.

Es sollte also nicht überraschen, dass insbesondere Jugendliche in einer insgesamt an Freiräumen ärmer werdenden Gesellschaft spezifische Spannungen erleben und sich wünschen, mehr Zeiten und Räume autonom und ohne Verwertungsdruck gestalten zu können. Nur angerissen wird im 15. KJB (notwendigerweise), vor welchen Schwierigkeiten und Herausforderungen die Gesamtgesellschaft in ihrer derzeitigen Entwicklung steht und welche Konsequenzen dies für ein gelingendes Aufwachsen hat. Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung, weltweit wieder aufkeimender Nationalismus und vielfältige Demokratiedefizite sind dabei nur drei der zu nennenden Tendenzen.

Erschwerend kommt hinzu, dass den Jugendlichen selbst die Deutungshoheit darüber abhandengekommen zu sein scheint, was eigentlich »jugendlich« ist. Alljährlich wird beispielsweise vom Langenscheidt-Verlag das »Jugendwort des Jahres« gekürt, das mit den tatsächlichen sprachlichen Gepflogenheiten junger Menschen wenig bis gar nichts zu tun hat. Stattdessen spiegelt es die Vorstellungen der Erwachsenen von Jugend beziehungsweise die Phantasmen der Erwachsenen über die Coolness Jugendlicher. Zugespitzt formuliert, können Jugendliche heute sogar an den Erwartungen der Gesellschaft scheitern, authentisch jugendlich zu sein. Das zeigen zum Beispiel die ritualhaften Reaktionen auf Jugendstudien oder Vorstöße in der Rentendebatte: Mal ist die Jugend nicht pragmatisch, mal nicht revolutionär genug.

Schulen und Betreuungseinrichtungen müssen Freiräume respektieren

Vor diesem Hintergrund muss die Frage nach Freiräumen anders gestellt werden: Es geht nicht darum, ob Jugendliche Freiräume brauchen und wie diese zu gestalten sind. Vielmehr ist zu fragen, was das für eine Gesellschaft ist, die die Zeit junger Menschen immer weiter verplant, jedem Raum und jeder Zeit einen Zweck zuordnet und selbst der Forderung nach Freiräumen die Frage entgegnet, welchem Zweck Freiräume dienen sollen. Die Antwort auf diese Frage ist so einfach wie radikal: Freiräume haben keinen Zweck. Das genau macht sie aus, ist ihr Sinn, insbesondere in der Jugend. »Jugend ermöglichen« heißt deshalb vor allem auch: Freiraum ermöglichen!

Die Lösung liegt wohl darin, dass alle, vor allem aber die pädagogischen Institutionen des Aufwachsens, aktive und passive Selbstbeschränkung üben. In Schulen und Betreuungseinrichtungen werden freie Zeiten hingegen oft genug als Gelegenheit zur Optimierung genutzt – auch aufgrund des Drucks von Politik, Eltern und Wirtschaft. Es gilt immer noch etwas zu lernen, einzuüben und zu verbessern. Gefördert wird damit eine individuelle Anpassung an gesellschaftliche Erwartungen und bestehende Systeme – ganz im Sinne des Ideals des hochgradig marktflexiblen, immer unternehmerisch handelnden Subjekts, das in jeder Hinsicht für sich selbst die Verantwortung übernommen hat.

Die Sachverständigenkommission des 15. KJB plädiert dagegen für Freiräume, in denen junge Menschen eigene Wege finden dürfen, auf gesellschaftliche Bedingungen und Veränderungen zu reagieren. Die Gesellschaft und ganz besonders die Politik und die Institutionen des Aufwachsens sollten gegenüber Jugendlichen und ihren Freiräumen eine Kultur der Zurückhaltung entwickeln. Gleichzeitig ist es aber notwendig, dass Jugendliche beim Ringen um Freiräume unterstützt und deren Potenziale zur gesellschaftlichen Erneuerung entdeckt werden. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die Stärkung der Selbstorganisation in Jugendverbänden. Ebenso kann die Aneignung digitaler Medien den Charakter von solchen Freiräumen annehmen. Wenn Jugendliche sich öffentliche oder kommerzialisierte Räume aneignen, sollten nicht die vermeintlich verschwendeten zeitlichen Ressourcen im Mittelpunkt stehen oder gar die Bedeutung dieser Zeit für die Persönlichkeitsentwicklung oder die Qualifikation junger Menschen. Stattdessen sollte die Neugier darauf zielen, was junge Menschen mit solchen Räumen und Zeiten anzustellen vermögen. ×

DER AUTOR

Stephan Groschwitz ist Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) und war Mitglied der Sachverständigenkommission des 15. KJB. Der Soziologe ist hauptberuflich Referent für Kinder- und Jugendpolitik bei der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland.
Kontakt: stephan.groschwitz@dbjr.de

LITERATUR

↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Der 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050

Beteiligung – eine Machtfrage

Jugendliche und junge Erwachsene müssen politische und institutionelle Prozesse mitgestalten können – darüber sind sich alle einig. Warum die Suche nach gelungenen Beteiligungsmodellen trotzdem nicht beendet ist.

Von Gunda Voigts

Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat im 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB) in zweierlei Weise Bedeutung erlangt: erstens durch das inhaltliche Faktum, dass eine Beschreibung von Herausforderungen im Jugendalter »Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagsschule und virtuellen Welten« nicht stattfinden kann, ohne der Frage nach den Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten von jungen Menschen in politischen Prozessen und gesellschaftlichen Institutionen nachzugehen. Zweitens kommt der Beteiligung junger Menschen Bedeutung durch die Maßgabe zu, Jugendliche direkt in den Prozess der Berichterstellung einzubeziehen. Beide Dimensionen werden im Folgenden beleuchtet.

Die »Ermöglichung von Jugend«, wie der 15. KJB sie in den Mittelpunkt rückt, vollzieht sich im Kontext gesellschaftlicher Machtbezüge. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist mehr denn je zu diskutieren, welche Handlungsräume eine Gesellschaft der jungen Generation zubilligt. Voraussetzung für eine ernst gemeinte Beteiligung ist, das Jugendalter nicht als Phase der Integration junger Menschen in festgeschriebene gesellschaftliche Strukturen und Institutionen zu verstehen. Vielmehr muss die Lebensphase Jugend die Option eröffnen, Bestehendes infrage zu stellen, um damit wichtige Veränderungsimpulse zu ermöglichen. Junge Menschen sind als kompetente Akteurinnen und Akteure in dieser Gesellschaft zu akzeptieren. Grundlegend dafür ist die Abgabe von Macht – und zwar von Erwachsenen an Kinder und Jugendliche.

Junge Menschen als Ko-Produzenten der Zukunft verbindlich einbeziehen

Obwohl die Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen politisch immer wieder gefordert wird, gelingt es selten, zufriedenstellende Strategien und Konzepte zu finden. Zwar wird häufig von einer Beteiligung junger Menschen gesprochen, die Umsetzung erfolgt dann aber in festen Rahmen, die nicht selten der pädagogischen oder politischen Verzweckung dienen. Jugendbeteiligung fungiert in diesen Fällen – und das wird im 15. KJB kritisiert – »einer Herstellung von Passungsverhältnissen

in den Bildungs- und Hilfearrangements« und nicht der notwendigen »Demokratisierung institutionalisierter Prozesse« einschließlich »entsprechender Strategien des Machtausgleichs« (Deutscher Bundestag 2017, S. 113).

Doch nur wenn Beteiligung reale Entscheidungs- und Veränderungsoptionen einschließt, kann sie ernsthaft umgesetzt werden. Sie zielt dann nicht (nur) auf die politische Bildung zukünftiger Wählerinnen und Wähler oder mediale Inszenierungen. Stattdessen erfordert echte Beteiligung »ein klares Konzept, in dem eindeutige Wege zur Entscheidungsfindung markiert und auch tatsächliche Einflussnahme auf Entscheidungen vorgesehen ist« (ebd., S. 474). In dieser Konstruktion verliert Beteiligung den Charakter einer ausschließlich spielerischen, öffentlichkeitswirksamen Einbindung von Jugendlichen: Sie wird zu einer zentralen Frage im Prozess der »konzeptionelle[n] Neuausrichtung einer Politik für Jugendliche und junge Erwachsene« (ebd., S. 461), wie die Kommission des 15. KJB sie fordert.

Neben Qualifizierung und Verselbstständigung wird Selbstpositionierung im 15. KJB als eine Kernherausforderung des Jugendalters gesehen. Sie verbindet sich mit der Beteiligungsfrage, denn »der Prozess der Selbstpositionierung verlangt geradezu nach einer Fähigkeit, Positionen auch öffentlich zu machen und zu vertreten. Es bedarf aber auch der Notwendigkeit, dass solche Möglichkeiten und Gelegenheiten tatsächlich bestehen« (ebd., S. 472).

Echte Beteiligung erfordert ein klares Konzept, das Wege zur Entscheidungsfindung beschreibt und Veränderungen ermöglicht.

Der 15. KJB zeigt noch einen anderen wichtigen Zugang zur Beteiligungsdebatte auf: Das Leben im Jugendalter wird »grundlegend durch ein institutionelles Gefüge von Bildungseinrichtungen, zivilgesellschaftlichen Akteuren, sozialen Dienstleistungen, Unternehmen und Firmen strukturiert« (ebd., S. 75). Im Umkehrschluss muss der Fokus darauf gerichtet werden, wie Jugendliche dort, wo sie viel Zeit verbringen, mehr mitentscheiden können: beispielsweise in Schule, Ausbildungsbetrieben oder Hochschulen, in der Kinder- und Jugendarbeit oder in kommunalen Entscheidungsprozessen (siehe auch S. 20 in dieser Ausgabe). Maßstab der Beteiligung wird dabei ihr möglicher Beitrag zu »sozial gerechte[n] Bedingungen des Aufwachsens für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen« (ebd., S. 461).

Im 15. KJB wird die Beteiligungsfrage auch noch aus anderer Perspektive beleuchtet: Die Konfrontation mit der Erwartung von Erwachsenen, sich ständig beteiligen zu sollen oder gar zu müssen, kann bei Jugendlichen zu einer Überforderung führen. Jungen Menschen Gelegenheiten zu bieten, in denen sie als Ko-Produzenten der Zukunft betrachtet und verbindlich einbezogen werden, bedeutet gleichzeitig, ihnen Freiräume zuzugestehen und zu ermöglichen (siehe S. 26 in dieser Ausgabe). Das betont die Kommission auch deshalb, weil sie einen Gegenentwurf zu der immer stärkeren Subjektivierung von Verantwortung für die soziale Teilhabe und die gesellschaftliche Integration mit Blick auf Jugendliche und junge Erwachsene für immens wichtig erachtet (ebd., S. 463).

Formen der Beteiligung Jugendlicher an der Jugendberichterstattung

Die Sachverständigenkommission des 15. KJB wurde mit dem Anliegen konfrontiert, selbst als »innovatives Element […] die Sicht junger Menschen – als Expertinnen und Experten in eigener Sache« (BMFSFJ 2014, S. 2) zu berücksichtigen. Flankiert wurde das durch die dezidierte Bitte der Bundesjugendministerin, junge Menschen in geeigneter Form kontinuierlich in die Berichterarbeitung einzubeziehen. Um das zu gewährleisten, wurde auch ein Vertreter des Deutschen Bundesjugendrings in die Sachverständigenkommission berufen. Die Kommission kommt jedoch zu dem Schluss, dass »Partizipation im Sinne eines wirklichen Beteiligungsprozesses« (Deutscher Bundestag 2017, S. 117) in diesem Rahmen nicht stattfinden konnte. Es wird lediglich auf »Formen der Beteiligung [mit] exemplarischem Charakter« (ebd., S. 118) verwiesen. Wie lässt sich das erklären?

Zum einen ist die Berichterstellung auf Bundesebene weder gesetzlich als Beteiligungsprozess angelegt noch entsprechend finanziell ausgestattet. In Paragraf 84 des Achten Sozialgesetzbuchs (SGB VIII) wird die Ausarbeitung durch ein Sachverständigengremium zugrunde gelegt. Als Sachverständige werden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Praktikerinnen und Praktiker aus Kommunalverwaltungen, Verbänden und Spitzenorganisationen verstanden (Wiesner 2015). Als Grundlage der Bestandsaufnahme und Analyse sind bisher Ergebnisse der Jugendforschung, statistische Daten sowie aufbereitetes Wissen in Form von Expertisen und eventuell gesonderte Erhebungen vorgesehen (ebd.).

Will man Jugendliche als Expertinnen und Experten ihrer Lebenslagen und ihrer Lebensphase einbeziehen, sind andere

Rahmungen notwendig. Angesichts der anspruchsvollen Leistungen, welche die Sachverständigen und das Deutsche Jugendinstitut (DJI) als Geschäftsführung bei der Erstellung des Berichts in einem sehr begrenzten Zeitraum erbringen müssen, ist fraglich, wie sinnvoll und realistisch in diesem Rahmen eine Beteiligung junger Menschen ist. Inwiefern sie sowohl für Jugendliche als auch für Sachverständige eine überhaupt leistbare Herausforderung wäre, wurde in der Kommission unter der Metapher des Beteiligungsdilemmas diskutiert. Ergebnis ist die Einsicht, dass dies ohne konzeptionelle Vorarbeiten, die generell die Beteiligung Betroffener und ihrer zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüsse an der Sozialberichterstattung zwischen Politik und Forschung verorten, wenig realistisch erscheint.

Ein möglicher Ansatz wäre, Organisationen von Jugendlichen, wie beispielsweise Jugendverbände, Schülerinnen- und Schüler- oder Studierendenvertretungen, mehr in die Verantwortung zu nehmen. In anderen Politikfeldern ist es durchaus üblich, Organisationen wie etwa Wohlfahrts-, Umwelt- und Wirtschaftsverbände, Gesundheitslobbyisten, Gewerkschaften oder Kirchen einzubeziehen. Der intensivere Austausch wäre zugleich ein längst überfälliges Zeichen dafür, die vorhandene Nähe von Jugendorganisationen zu den Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen politisch stärker zu berücksichtigen.

Schließlich bietet der Rückgriff auf partizipative Jugendstudien, die Jugendliche von Beginn an als Aktive im Forschungsprozess verstehen, eine Möglichkeit, ihre Perspektive aufzunehmen. Eine punktuelle, unsystematische Einbeziehung einiger weniger Jugendlicher in eine Kommission kann das nicht leisten. Bedingung für eine partizipative Forschung wäre, dass nicht nur über Jugendliche, sondern mit ihnen geforscht wird. Sie selbst müssen den Gegenstand der Forschung bestimmen und befragt werden (Bergold/Thomas 2012). Das setzt deutlich andere finanzielle wie zeitliche Ressourcen als Grundlage für einen Kinder- und Jugendbericht voraus als bisher – und muss politisch gewollt sein.

Notwendig ist eine klare konzeptionelle Grundlage – und Zeit

Ob die Erstellung eines wissenschaftlich basierten Parlamentsberichts als Erprobungsfeld für eine Beteiligung junger Menschen eine gute Wahl ist, ist kritisch zu hinterfragen. Als Analyse- und Empfehlungsinstanz fehlen einer Kommission die Rahmenbedingungen und die Instrumentarien, Macht zugunsten von jungen Menschen umzuverteilen: Das ist aber zentraler Kern der erforderlichen neuen Austarierung von Macht zwischen den Generationen.

Fest steht: Beteiligung braucht Zeit. Beteiligung muss von Beginn an umgesetzt werden. Mandate der Interessenvertretung müssen eingelöst werden können, soll es nicht bei einer Stellvertreterbeteiligung bleiben. Es könnte ein starker Impuls für die Kinder- und Jugendberichterstattung sein, wenn künftig neben der Stellungnahme der Bundesregierung, die zuweilen einer affirmativen Leistungsbilanz gleicht, auch Platz für eigenständige Stellungnahmen von Interessenvertretungen von Jugendlichen wäre. Das würde vielleicht nicht zu einem generellen Innovationsmotor der Jugendbeteiligung werden, könnte aber mit Blick auf andere Berichterstattungen – wie beispielsweise die Teilhabe-, Bildungs-, Armuts- und Reichtumsberichte – eine Vorbildfunktion einnehmen. Ansonsten gilt es einfach, die Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ernst zu nehmen, an deren Erarbeitung neben vielen anderen auch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend selbst beteiligt war (BMFSFJ 2012). ×

DIE AUTORIN

Prof. Dr. Gunda Voigts ist Professorin für Soziale Arbeit mit den Schwerpunkten »Theorien Sozialer Arbeit« und »Offene Kinder- und Jugendarbeit« an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg und war Mitglied der Sachverständigenkommission des 15. KJB. In der Kinderkommission des Niedersächsischen Landtags setzt sie sich für die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein. Weiterhin gehören Jugendverbandsforschung, Kinder in der Kinder- und Jugendarbeit, Inklusion in der Kinder- und Jugendhilfe wie die Organisation und Finanzierung Sozialer Arbeit zu ihren Schwerpunktthemen.
Kontakt: gunda.voigts@haw-hamburg.de

LITERATUR

↗ BERGOLD, JARG / THOMAS, STEFAN (2012): Partizipative Forschungsmethoden: Ein methodischer Ansatz in Bewegung. Forum Qualitative Sozialforschung, 13. Jahrgang, Heft 1
↗ BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ, Hrsg.; 2012): Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Berlin
↗ BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ, Hrsg.; 2014): Berichtsauftrag für die Sachverständigenkommission zur Ausarbeitung des 15. Kinder- und Jugendberichts. Berlin
↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Der 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050
↗ WIESNER, REINHARD (2015): SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe. 5., überarbeitete Auflage. München

»Demokratie braucht politische Bildung«

Es gibt viele Gründe, politisches Interesse bei jungen Menschen zu fördern. Dennoch wird dieses Bildungsziel bislang vernachlässigt. Was Politik, Schule und Jugendarbeit verändern müssen – ein Interview mit Staatssekretär a.D. Professor Klaus Schäfer.

DJI Impulse: **Herr Schäfer, erst der Brexit, dann Trump – die Populisten haben Erfolg und holen die Verunsicherten ab. Auch in Deutschland ist das Vertrauen in Parlamente und Parteien gerade unter Jugendlichen anhaltend niedrig: Bei der jüngsten Shell-Jugendstudie stimmten 69 Prozent der 12- bis 25-Jährigen der Aussage zu, dass sich Politiker und Parteien nicht darum kümmern, was sie denken. Wie kann wieder Vertrauen aufgebaut werden?**

Klaus Schäfer: Wenn man sich auf parteipolitische Strukturen konzentriert, stimmt die Shell-Studie eher pessimistisch. Aus deren Ergebnissen kann jedoch nicht der Schluss gezogen werden, dass Jugendliche nicht politisch sind. Im Gegenteil: Sie interessieren sich für zentrale gesellschaftliche Fragen und zeigen eine große Bereitschaft, sich hierfür auch zu engagieren. Es stellt sich also die grundlegende Frage für Parteien und Politiker: Wie gelingt es der Politik, auf junge Menschen zuzugehen und sie zu gewinnen? Ich denke, dass der Kontakt zwischen Politikern und Jugendlichen für den Erhalt unserer Demokratie ein wichtiger Schlüssel sein wird.

Was sollte Ihrer Meinung nach getan werden?

Parteien müssen ihre Entscheidungen an den Lebensrealitäten der jungen Menschen ausrichten und diese mitnehmen. Hier besteht großer Nachholbedarf. Die Institutionen des Aufwach-

»Das jährliche Kämpfen um die finanziellen Ressourcen schwächt die Jugendarbeit und damit ihr Engagement, Jugendliche mit politischer Bildung zu erreichen.«

sens können zudem eine wichtige Mittlerrolle spielen. Die Schule und die Jugendarbeit sollten Kontakte mit der Politik ermöglichen. Man kann zum Beispiel Stadtteilkonferenzen mit Jugendlichen durchführen, Themen aufgreifen und diskutieren, die eine zentrale Bedeutung für sie haben, etwa Wohnungsnot. Bei Jugendlichen ist die Verselbstständigung immer eng verbunden mit der Frage, ob sie eine Wohnung bekommen, die sie finanzieren können, gerade in den Großstädten Deutschlands. Wir wissen, dass Teilhabe für junge Menschen einen ganz bedeutenden Eigenwert hat. Allerdings wird sie zu zögerlich praktiziert.

Teilhabe setzt politische Bildung voraus. Der Kinder- und Jugendbericht fordert eine deutlich verstärkte politische Bildung. Was bedeutet das konkret?
Politische Bildung ist Demokratiebildung. Man wird nicht als Demokrat geboren, auch nicht mit einer bestimmten politischen Ausrichtung. Man muss demokratisches Denken und Handeln entwickeln beziehungsweise sich aneignen; das ist ein Prozess. Junge Menschen dabei zu unterstützen, Demokraten zu werden und auch Solidarität mit ihren Anliegen zu erfahren, ist daher eine wichtige Aufgabe der Institutionen, in denen Kinder und Jugendliche aufwachsen. Denn Demokratie braucht politische Bildung. Es gibt zwar eine ganze Reihe an Projekten zur Demokratiebildung in weiterführenden Schulen, in der Jugendarbeit, an Volkshochschulen. Aber ich glaube, man müsste schon früher anfangen, etwa in den Kindergärten und Grundschulen, beispielsweise mit Kinderräten oder Kinderparlamenten, damit Heranwachsende von klein auf politische Bildung praktisch erleben können. Es reicht nicht aus – auch wenn das eine gute Grundlage ist –, politische Strukturen zu verstehen, sie sich gewissermaßen intellektuell anzueignen. Ich muss als Mensch mit sehr unterschiedlichen Herausforderungen umgehen, und das kann ich nur, wenn ich in demokratischen Entscheidungsprozessen, beispielsweise in der Schule, in der Jugendarbeit oder in der Kommune, erfahre: »Ich kann Verantwortung übernehmen, und ich werde ernst genommen.«

Momentan steht aber im Schulunterricht das Erlernen politischer Strukturen im Vordergrund und nicht das Übernehmen von Verantwortung. Wie kann die politische Bildung an Schulen verbessert werden?
Es gibt in Deutschland rund 50.000 Schulen: Darunter sind solche mit sehr guter Demokratiebildung, aber auch welche, die ausschließlich strukturelles Wissen vermitteln und wenig Möglichkeiten für Partizipation und Verantwortungsübernahme eröffnen. Schülermitwirkungsgesetze können das nicht ausgleichen. Politische Bildung kann auch nicht nur auf ein Unterrichtsfach konzentriert werden. Stattdessen muss es Gelegenheiten geben, in denen Jugendliche Demokratie üben, gesellschaftliche Fragen diskutieren und sich mit politischen Positionen auseinandersetzen können. Wer erfährt, dass politische Antworten nie einfach sind, ist fähig, Populisten zu entlarven. Ganztagsschulen haben nicht nur den Vorteil, dass sie mehr Zeit zur Verfügung haben, sondern auch andere Angebotsformate neben dem Unterricht anbieten. Es fehlen aber dringend erforderliche Konzepte.

Inwiefern?
Möchte man in der Ganztagsschule gute und attraktive Nachmittagsangebote entwickeln und wirklich Partizipation ermöglichen, dann kostet das Geld: Es muss in Personal investiert werden und in Gestaltungsmöglichkeiten. Aber es ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Schulkultur. Schulen müssen Demokratie leben und Jugendlichen echte Möglichkeiten bieten, ihre Sichtweisen einzubringen, Veränderungen anzustoßen und Entscheidungen zu treffen. Das erfordert, dass Schulleitungen und Lehrer Jugendlichen auf Augenhöhe begegnen. Zu einer solchen veränderten Schulkultur müssen vor allem die Pädagogen bereit sein. Und dann geht es auch darum, junge Menschen dafür zu gewinnen, außerhalb des Unterrichts eigene Projekte zu entwickeln.

Sozial benachteiligte Gruppen nehmen Angebote der politischen Bildung meist weniger wahr als andere Jugendliche. Wie kann man sie besser erreichen?
Alle Studien weisen darauf hin, dass das Interesse an Politik genauso wie Bildungserfolge von der sozialen Herkunft bestimmt werden. Das ist in Deutschland immer noch ein großes Problem, obwohl die erste PISA-Studie bereits vor 16 Jahren darauf hinwies. Die Schule ist dennoch ein Ort, der von großer kultureller Vielfalt geprägt und deshalb ein guter Erprobungsraum ist: Hier können sich Jugendliche beispielsweise mit Integrationsfragen, dem Umgang mit geflüchteten Menschen und der Rolle von Religion auseinandersetzen. Es gibt viele Möglichkeiten, mit denen man auch Jugendliche aus sozial benachteiligten Milieus gewinnen kann.

Welche Möglichkeiten meinen Sie konkret?
Jugendliche müssen als Ko-Produzenten der Zukunft betrachtet werden. Dies ist besonders wichtig für Jugendliche, die Aus-

grenzung erfahren und deren Zukunftsperspektiven verloren zu gehen scheinen. Ein bundesweites Projekt, dem es beispielsweise sehr gut gelingt, alle Jugendlichen einzubeziehen, ist »Schule ohne Rassismus«. Hier können sie sich gegen rechtsextremes Denken und Handeln und für solidarisches Verhalten engagieren. Das Beispiel zeigt auch, dass Schule nicht politikabstinent sein muss. Sie muss nicht neutral sein, denn Positionierung geht immer einher mit Willensbildung und Entscheidungen. Schule darf nicht parteipolitisch beeinflussen, wohl aber darf sie Werte vermitteln. Dazu gehört auch, Haltungen zu erzeugen, die eine demokratische Persönlichkeit ausmachen. Im Übrigen sollten sich die Schulen auch mehr gegenüber der Kinder- und Jugendarbeit öffnen. Denn diese hat die Erfahrung und bringt die methodischen Voraussetzungen mit, um attraktive Formate der politischen Bildung anzubieten.

Was sind die Stärken der Jugendarbeit bei der politischen Bildung?
Die offene Jugendarbeit und die verbandliche Jugendarbeit sind Orte, an denen Demokratie ein Grundprinzip ist. Ein »Haus der offenen Tür« oder ein Jugendzentrum eröffnet viele Möglichkeiten der Mitbestimmung und der Gestaltung. Insbesondere bei der Kinder- und Jugendarbeit ist die Übernahme von Verantwortung durch Jugendliche ein konstitutiver Bestandteil des Selbstverständnisses. Dies ist eine wichtige Voraussetzung, Politik nicht nur spielerisch zu gestalten, sondern sich in konkrete politische Entscheidungsprozesse einzumischen. Interessenvertretung ist hierbei das zentrale Stichwort. Nicht zuletzt sind aber auch die Parlamente auf allen Ebenen gefordert, da politische Bildung auch Stabilität und Nachhaltigkeit braucht. Das jährliche Kämpfen um die finanziellen Ressourcen schwächt die Jugendarbeit und damit ihr Engagement, Jugendliche mit politischer Bildung zu erreichen.

Demokrat sein bedeutet auch, von seinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Die Wahlbeteiligung der 18- bis 30-Jährigen ist jedoch zwischen 1983 und 2013 von circa 80 Prozent auf rund 60 Prozent gesunken. Wie können junge Erwachsene wieder zu klassischen Beteiligungsformen motiviert werden?
Die Beteiligung an Wahlen, die Überzeugung, dass meine Stimme wichtig ist, hat viel damit zu tun, was zwischen den Wahlen passiert. Nur alle vier oder fünf Jahre zu mahnen: »Gebt eure Stimme ab und bezieht Position!«, ist zu wenig, wenn in der Zwischenzeit bei jungen Menschen die Enttäuschung wegen nicht eingelöster Versprechen zunimmt. Politiker müssen sich auch zwischen den Wahlen mit den Belangen junger Menschen auseinandersetzen. Sie tun das zu wenig und oftmals nicht nachhaltig genug. Das Zweite ist: Eine Wahl ist für viele zu abstrakt. Man wird mit Positionen konfrontiert, die man oftmals gar nicht einschätzen kann oder die einen kaum berühren. Eine Wahl ist kein Lern- oder Erfahrungsort, sondern eigentlich ein inaktiver Ort, an dem nur ein Stimmzettel ausgefüllt wird. Viel entscheidender ist daher: Wie begegnen sich Jugend und Politik vor Ort und zwischen den Wahlen?

Eine stärkere Beteiligung Jugendlicher an Politik wird immer wieder gefordert. Woran scheitert sie bislang?
Junge Menschen wollen mitmachen, sie wollen sich mit Umwelt- und Ausbildungsfragen befassen. Und sie wollen, dass man ihre Positionen ernst nimmt und ihre Anregungen aufgreift. Das geschieht leider nicht immer. Ein positives Beispiel habe ich in Köln erlebt, als eine Gruppe von Jugendlichen bei einem Rathausbesuch vorgeschlagen hat, die öffentlichen Busse und Straßenbahnen mit WLAN auszustatten. Das bedeutet natürlich enorme Kosten. Trotzdem werden die Kölner Verkehrsbetriebe dieses Anliegen aufgreifen. Das ist ein banales, aber konkretes Beispiel dafür, wie politische Beteiligung gelingen kann. Es gibt inzwischen etliche Beteiligungskonzepte im Rahmen der Jugendpolitik in Kommunen, die wiederum vielfältige Teilhabeansätze aufzeigen. Wenn man jungen Menschen Vertrauen in die Politik vermitteln will, ist das A und O, dass deren Anliegen am Ende tatsächlich Berücksichtigung finden.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten, was sollte die nächste Bundesregierung als Erstes angehen, um die politische Bildung zu stärken?
Mehr Beteiligungsprojekte, eine offensive Debatte über die Absenkung des Wahlalters, eine konsequente Anwendung des von der Bundesregierung geplanten Jugend-Checks, um die Interessen junger Menschen besser in der Gesetzgebung zu berücksichtigen, sowie eine Allianz mit den Bundesländern für eine neue Initiative zur Stärkung der politischen Bildung. ×

Interview: Uta Hofele

ZUR PERSON

Prof. Klaus Schäfer war von 2010 bis 2012 Staatssekretär im Ministerium für Familie, Kinder und Jugend in Nordrhein-Westfalen. Zuvor war er 20 Jahre lang in leitenden Positionen der Landesregierung für den Schwerpunktbereich Kinder- und Jugendhilfe verantwortlich. Neben seiner beruflichen Tätigkeit wirkte er ehrenamtlich in vielen Gremien der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit mit und war Mitglied in den Sachverständigenkommissionen des 14. und 15. Kinder- und Jugendberichts.

Ungleiche Jugend

Junge Menschen sind in besonderem Maße von sozialen Ungleichheiten betroffen. Bislang unternehmen Gesellschaft, Politik und Bildungsinstitutionen in Deutschland zu wenig dagegen, Benachteiligungen auszugleichen.

Von Nicolle Pfaff

Die Lebenslagen junger Menschen in unserer Gesellschaft sind in massiver Weise durch sozialstrukturelle Ungleichheiten gekennzeichnet: Es bestehen Unterschiede in der sozialen und ökonomischen Lage sowie im Zugang zu politischer und kultureller Teilhabe. Für Jugendliche und junge Erwachsene ergeben sich daraus verschiedene Chancen für ihre Qualifizierung, Verselbstständigung und gesellschaftliche Positionierung. Strukturelle Benachteiligungen von jungen Menschen in diesen Bereichen hängen wiederum zusammen mit ihrer Generationszugehörigkeit, ihrer sozialen Herkunft und ihrem Wohnort.

Für die 15- bis unter 25-Jährigen, die vor dem Hintergrund des demografischen Wandels im Jahr 2015 nur noch etwa elf Prozent der Bevölkerung der BRD ausmachten, bestehen zunächst Ungleichheiten im Verhältnis zu anderen Generationen (Deutscher Bundestag 2017). Das bedeutet zum Beispiel, dass junge Menschen einen geringeren politischen Einfluss haben und ihre Interessen und die Anerkennung ihrer Lebenswelten schwerer durchsetzen können. Zugleich haben sich wesentliche Schritte der Verselbstständigung, wie beispielsweise der Auszug aus dem Elternhaus, der Berufseinstieg und die Familiengründung, deutlich in das dritte Lebensjahrzehnt verschoben (ebd.).

Zudem ist der Einstieg in den Beruf in Deutschland von prekären Arbeitsverhältnissen geprägt: Zwischen 1997 und 2007 ist

»Der öffentliche Diskurs über junge Menschen, die in Armut oder von Sozialtransfers leben, ist oft von Abwertung, Zurückweisung und Integrationsforderungen geprägt.«

der Anteil der jungen Menschen, der befristet, in Teilzeit oder in Leiharbeit sogenannten atypischen Beschäftigungen nachgeht, von 20 auf 40 Prozent gestiegen (Hans-Böckler-Stiftung 2010). Junge Menschen werden für die gleiche Arbeit auch deutlich schlechter bezahlt als ältere. Dass diese Benachteiligungen gesellschaftlich kaum problematisiert werden, beeinflusst politische Entscheidungen. Dies zeigt sich beispielsweise in Ausnahmeregelungen für junge Menschen im Hinblick auf den Mindestlohn und im weitgehenden Ausblenden von Problemen der Jugendarmut (Ploetz 2013). Im Vergleich zu anderen Altersgruppen sind junge Menschen am stärksten von Armut und materieller Deprivation bedroht (Deutscher Bundestag 2017). Prekäre Berufseinstiege erhöhen die Abhängigkeit insbesondere junger Erwachsener von ihren Eltern. Je nach sozialer Lage der Herkunftsfamilie wird soziale Ungleichheit damit verstärkt.

Familiäre Herkunft, Migration und Geschlecht bestimmen die soziale Teilhabe junger Menschen

Mit der familiären Herkunft von jungen Menschen gehen weitere strukturelle Benachteiligungen einher: So bleiben Bildungserfolge und Ausbildungswege von Jugendlichen in den hoch selektiven deutschen Bildungsinstitutionen enger an die Bildungsabschlüsse der Eltern gekoppelt als in jedem anderen europäischen Land (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016). Mit der sozialen Lage eng verbunden sind darüber hinaus der Gesundheitszustand von Jugendlichen (Richter 2005), Zugänge zu kultureller Bildung in der Freizeit oder zur Mitwirkung in politischen Institutionen (Solga/Dombrowski 2009). Der öffentliche Diskurs über junge Menschen, die in Armut oder von Sozialtransfers leben, ist oft von Abwertung, Zurückweisung und Integrationsforderungen geprägt. Wie die Bedingungen des Aufwachsens und die Teilhabe von jungen Menschen sozial gerecht gestaltet werden können, sodass sie alterstypische Herausforderungen eigenständig und erfolgreich meistern können, wird hingegen kaum gefragt.

In besonderem Maße von institutioneller Diskriminierung und Rassismus betroffen sind in Deutschland junge Menschen aus zugewanderten Familien. Dies gilt nicht nur für das Bildungssystem, sondern etwa auch für den Arbeitsmarkt oder für die Vergabe von Wohnungen. Migration und sozialstrukturelle Lage sind in Deutschland eng verbunden: Der Verbleib junger Migrantinnen und Migranten in unteren sozialen Schichten basiert unter anderem auf schlechteren Zugängen zu Bildung und Arbeit, auf der mangelnden Anerkennung von Mehrsprachigkeit und auf schulischen Selektionspraktiken (Geißler 2012). Gerade Asylsuchende im Jugend- und jungen Erwachsenenalter können aufgrund ihres ungeklärten rechtlichen Status nur sehr eingeschränkt am sozialen und kulturellen Leben teilhaben. Ihre international vereinbarten Rechte auf gleichberechtigten Zugang zu Institutionen und Ressourcen sowie eine mittel- und langfristige Zukunftsplanung werden diesen jungen Menschen in Deutschland nicht zugestanden.

Ähnliches gilt für junge Menschen, denen gesundheitliche und körperliche Einschränkungen oder Förderbedarfe zugeschrieben werden. Sie lernen noch immer mehrheitlich in Förderschulen und spezifischen Segmenten des Ausbildungsmarkts (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016). Auch in Institutionen der Jugendarbeit ist das in der UN-Behindertenrechtskonvention verankerte Recht auf Inklusion bislang nur in Ansätzen umgesetzt (Deutscher Bundestag 2017). Dass schließlich in der BRD nach wie vor geschlechtsbezogene Benachteiligungen bestehen, zeigt sich darin, dass junge Frauen inzwischen höhere Bildungsabschlüsse erreichen als junge Männer und die Berufswahl nach wie vor geschlechtsspezifisch geprägt ist (BMBF 2016). Die beschriebenen Benachteiligungen sind dabei nicht isoliert an die genannten Merkmale geknüpft, sondern überlagern sich in komplexer Weise. So sind beispielsweise männliche, jugendliche Migranten in besonderer Weise von Ausgrenzungsprozessen und negativen Zuschreibungen betroffen.

Bildungs- und Arbeitsmarktchancen variieren je nach Land, Region und Stadtteil

Dass Ungleichheit mit dem Wohnort zusammenhängt, zeigt sich zum Beispiel in unterschiedlichen Bildungs- und Arbeits-

»Akteurinnen und Akteure aus Politik und Wirtschaft weisen häufig dem Einzelnen die Verantwortung für seine soziale Teilhabe und seine Gestaltungsmöglichkeiten zu.«

marktchancen junger Menschen, im Bezug von Sozialleistungen, aber auch in verschiedenen kulturellen Erfahrungsräumen und politischen Gestaltungschancen. Viele Städte sind durch wohnräumliche Segregation und damit verbundene ungleiche Lebensbedingungen gekennzeichnet, zum Beispiel im Hinblick auf die Verteilung von weiterführenden Schulen im sogenannten Sekundarbereich (Terpoorten 2014). Bei den Chancen auf höhere Schulabschlüsse bestehen in Deutschland große regionale Unterschiede. Aber auch die Arbeitslosenquote sowie der Anteil junger Menschen, der staatliche Transferleistungen bezieht, sind beispielsweise in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern deutlich höher als in Bayern und Baden-Württemberg (Deutscher Bundestag 2017). Gerade mit Blick auf den Zugang zum Arbeitsmarkt für junge Menschen bestehen außerdem starke Differenzen im Vergleich der europäischen Länder: Während in einigen Ländern Südeuropas fast jeder zweite junge Erwachsene von Arbeitslosigkeit betroffen und von Transferzahlungen abhängig ist bzw. wäre, galt dies in der BRD im Juli 2016 nur für etwa sieben Prozent der 15- bis 24-Jährigen (Bundesagentur für Arbeit 2016). Auch bezogen auf Armut im Jugendalter bestehen große Unterschiede in Europa.

Die Rechte und Interessen junger Menschen müssen stärker berücksichtigt werden

Die beschriebenen Ungleichheiten im Zugang zu wichtigen gesellschaftlichen Ressourcen haben Auswirkungen auf die Möglichkeiten junger Menschen, in unserer Gesellschaft selbstständig und autonom zu leben, sich zu qualifizieren und zu positionieren. Akteurinnen und Akteure aus Politik und Wirtschaft weisen dabei häufig dem Einzelnen die Verantwortung für seine soziale Teilhabe sowie für seine Gestaltungsmöglichkeiten zu. Damit blenden sie institutionelle Mechanismen der (Re-)Produktion von Ungleichheit aus. Sozial- und Bildungspolitik und pädagogische Institutionen müssen dazu beitragen, Lebenslagen der Familien von den Chancen junger Menschen zu entkoppeln: Dazu sind Diskriminierungen in Institutionen aufzudecken und abzubauen sowie die Rechte und Interessen junger Menschen stärker in den Mittelpunkt politischen Handelns zu rücken. Soziale Dienste müssen zur Unterstützung von jungen Menschen in prekären Lebenslagen befähigt werden. Kurzum: Allen Jugendlichen ist unabhängig von ihren individuellen und familialen Ressourcen, ihrem Rechtsstatus in der BRD und ihrer sozialen sowie regionalen Lage Jugend zu ermöglichen (Deutscher Bundestag 2017). ×

DIE AUTORIN

Prof. Dr. Nicolle Pfaff arbeitet als Professorin für Migrations- und Ungleichheitsforschung an der Fakultät für Bildungswissenschaften der Universität Duisburg-Essen und war Mitglied der Sachverständigenkommission des 15. KJB. Sie forscht und lehrt in den Bereichen der Schul- und Jugendforschung mit Fokus auf bildungsbezogene Ungleichheiten, Migrationspädagogik und politische Teilhabe junger Menschen.
Kontakt: nicolle.pfaff@uni-due.de

LITERATUR

↗ AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2016): Bildung in Deutschland 2016
↗ BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.; 2016): Arbeitsmarkt in Kürze: Arbeitsmarktstatistik im europäischen Vergleich. Nürnberg
↗ BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG UND FORSCHUNG (BMBF, Hrsg.; 2016): Berufsbildungsbericht. Bonn
↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Der 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050
↗ GEISSLER, RAINER (2012). Verschenkte Bildungsressourcen durch Unterschichtung und institutionelle Defizite. In: Pielage, Patricia/Pries, Ludger/Schultze, Günther (Hrsg.): Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren. Tagungsdokumentation im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung (WISO Diskurs). Bonn, S. 12–28
↗ HANS-BÖCKLER-STIFTUNG (2010): Viele Hürden vor dem ersten sicheren Job. In: Böckler Impuls, Heft 12/2010, S. 2
↗ PLOETZ, YVONNE (Hrsg.; 2013): Jugendarmut. Beiträge zur Lage in Deutschland. Opladen/Berlin/Toronto, S. 11–17
↗ RICHTER, MATTHIAS (2005). Gesundheit und Gesundheitsverhalten im Jugendalter. Der Einfluss sozialer Ungleichheit. Wiesbaden
↗ SOLGA, HEIKE / DOMBROWSKI, ROSINE (2009): Soziale Ungleichheiten in schulischer und außerschulischer Bildung. Stand der Forschung und Forschungsbedarf. Arbeitspapier der Hans-Böckler-Stiftung 171. Düsseldorf
↗ TERPOORTEN, TOBIAS (2014): Räumliche Konfiguration der Bildungschancen. Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet. Bochum

Im Ungewissen: junge Erwachsene

Berufsausbildung, Partnersuche, Auszug aus dem Elternhaus: Viele Lebensereignisse, die das Jugendalter zeitlich markieren, fallen heute ins junge Erwachsenenalter. Dennoch endet die staatliche Unterstützung oft schlagartig mit der Volljährigkeit – und ohnehin benachteiligte junge Menschen werden sich selbst überlassen.

Von Wolfgang Schröer

Eigentlich haben es die Akteure der Sozialen Dienste am Arbeitsmarkt und des Berufsbildungssytems längst begriffen: Jobcenter ziehen beispielsweise seit Jahren in der Beratung, Begleitung und Förderung von jungen Menschen die Altersgrenze bei 25 Jahren. Hier ist bekannt, was der nationale Bildungsbericht 2016 zusammenfasst: Menschen beginnen heute ihre berufliche Ausbildung erst im jungen Erwachsenenalter. Im Durchschnitt sind sie bereits 20 Jahre alt, wenn sie eine Lehre im sogenannten dualen System der Berufsbildung starten (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016). ›

Gleichzeitig hat sich ein umfassendes Übergangssystem herausgebildet und normalisiert, das den Weg in die berufliche Ausbildung und Erwerbsarbeit von – oft weniger erfolgreichen – Schulabgängerinnen und -abgängern sichern soll. Dieses System mit zahlreichen verschiedenen Bildungsangeboten wird vielfach als »Übergangsdschungel« beschrieben (Zentrum Eigenständige Jugendpolitik 2013). In diesem Dschungel beginnt ein großer Teil der jungen Menschen seine berufliche Bildung, um die Brücke ins junge Erwachsenenalter und je nach Möglichkeit in eine reguläre Berufsausbildung zu schlagen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2016). Der Abschluss der Berufsausbildung und andere Lebensereignisse, die das Jugendalter zeitlich markieren, verschieben sich mittlerweile weit in das dritte Lebensjahrzehnt. Das trifft auf den Auszug aus dem Elternhaus ebenso zu wie auf die Gründung einer Lebenspartnerschaft und die Aufnahme einer regulären Beschäftigung.

Das junge Erwachsenenalter ist heute entscheidend für den weiteren Lebensweg und den »positionalen Wettbewerb« (Brown 2004) in unserer Gesellschaft (Stauber/Walther 2016). In diesem Lebensabschnitt haben soziale Unterschiede einen großen Einfluss auf den weiteren Lebensweg und die sozialen sowie beruflichen Teilhabechancen. Nicht alle jungen Menschen können auf die gleiche soziale und materielle Unterstützung und Förderung setzen. Darum ist das junge Erwachsenenalter stärker in das Blickfeld der Jugendpolitik zu rücken.

> Ein großer Teil der jungen Menschen beginnt seine berufliche Bildung in einem »Übergangsdschungel«.

Die Lebensphase wird nicht nur länger, sondern auch anspruchsvoller

In den 1950er-Jahren und auch noch später war der Prototyp des Jugendlichen der männliche 15-jährige Schulabgänger, der erste Erfahrungen im Berufsleben sammelt. An diesem Bild hat sich die damalige Jugendpolitik sowie die Kinder- und Jugendwohlfahrt orientiert. Der Soziologe Helmut Schelsky (1912 – 1984) prägte den Begriff der »Skeptischen Generation« und stützte sich dabei vor allem auf die berufstätige Jugend, »weil uns der junge Arbeiter und Angestellte, und nicht der Oberschüler oder Hochschüler, die strukturierende und verhaltensprägende Figur dieser Jugendgeneration darzustellen scheint« (Schelsky 1975, S. 7). Für die ganz überwiegende Mehrheit der Jugendlichen in dieser Zeit war die Schule eine schnell vorübergehende biografische Episode. Dies hat sich inzwischen grundlegend geändert: Das Jugendalter ist heute zu einem beträchtlichen Teil durch Bildungsinstitutionen strukturiert. Schulen, Weiterbildungs- und berufliche Qualifizierungseinrichtungen sowie Hochschulen sind lernintensiv und leistungsorientiert. Sie setzen stabile Strukturen von sozialen Beziehungen zur Unterstützung voraus.

Wenn heute in diesem Zusammenhang von einer »Entgrenzung von Jugend« (Schröer 2004) gesprochen wird, dann wird damit auf zweierlei verwiesen: Einerseits ist die zeitliche Ausdehnung und Unbestimmtheit der Lebensphase Jugend gemeint, die bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hineinreicht, aber kein klares Ende hat. Andererseits wird mit dem Begriff der Entgrenzung aber auch darauf hingewiesen, dass die Jugendphase nicht einfach verlängert wird, sondern dass sich die Grenzen zwischen Arbeit, Bildung, Familienleben und Freizeit im individuellen Leben des jungen Menschen verschoben haben. Sie werden gegenwärtig neu und sehr unterschiedlich austariert.

Jugendliche werden heute mitunter viel früher mit den Ansprüchen und Logiken der Erwerbsarbeitswelt konfrontiert, jobben und arbeiten vielfach schon während Schule und Studium, auch wenn sie erst viel später einer regulären Beschäftigung nachgehen oder gleichzeitig noch die Schule besuchen (Deutscher Bundestag 2017). Weiterhin haben sich die Erwartungen gegenüber jungen Menschen im privaten Leben, in der beruflichen Ausbildung und in den Bildungsinstitutionen verändert. Das einstige Bild vom Jugendmoratorium, das eine zeitlich begrenzte Freisetzung und Entpflichtung Heranwachsender von gesellschaftlichen Aufgaben umschreibt, ist vielfach aufgebrochen. Stattdessen kann »von einer neuen Form des Übergangs« in das Erwachsenenalter ausgegangen werden, »deren bestimmende Merkmale ihre Offenheit und Ungewissheit« (Walther 2000, S. 59) sowie die soziale Ungleichheit sind.

Die Entgrenzung von Jugend fordert die Wissenschaft heraus, die Jugendphase neu zu definieren (Lange 2003). Das bedeutet, jenseits der bisherigen zeitlichen Sortierungen des Lebenslaufs die Kernherausforderungen des Jugendalters – Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung – neu zu rahmen (siehe auch S. 40 in dieser Ausgabe). Auch der Horizont der Jugendpolitik ist entsprechend zu erweitern. Denn letztlich ist beispielsweise das berufliche Übergangssystem, wie es sich bis heute ausdifferenziert hat, ein Ergebnis einer Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, deren Kernziele eigentlich waren, soziale Benachteiligung abzubauen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Längst hat dieser dif-

fuse Übergangsbereich keine transparente oder konsistente Struktur mehr, die sich jugendpolitisch fassen ließe und die von jungen Menschen begriffen werden kann. Aus diesem Grund ist zu bezweifeln, dass er den gegenwärtigen gesellschaftlichen Herausforderungen gerecht werden kann, wie etwa der Inklusion oder der beruflichen Qualifizierung von jungen Geflüchteten.

Im jungen Erwachsenenalter wachsen die sozialen Unterschiede

In der Kinder- und Jugendhilfe ist ebenfalls großer politischer Handlungsbedarf erkennbar, der einerseits mit den Veränderungen im Jugendalter und andererseits mit den gesellschaftlichen Herausforderungen zusammenhängt. Bisher wird beispielsweise die Forderung nach Inklusion vor allem auf die Schule bezogen. Kinder und Jugendliche sollen unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten und ihrer sozialen oder kulturellen Zugehörigkeit gemeinsam lernen können. Was eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe bei den Übergängen ins Erwachsenenalter und in der Jugendsozialarbeit zu leisten hat, wird oft außer Acht gelassen. In diesem Zusammenhang wird beispielsweise auch das erhöhte Armutsrisiko von jungen Menschen mit Behinderungen und deren Übergänge in das junge Erwachsenenalter nur wenig berücksichtigt.

Darüber hinaus kann die Kinder- und Jugendhilfe in Bezug auf junge Menschen, die als Geflüchtete in Deutschland leben, ihre Zuständigkeit nicht einfach mit der Volljährigkeit beenden. Auch für sie gilt, dass sich im jungen Erwachsenenalter berufliche Wege und die persönliche Zukunft entscheiden. Gleichzeitig sind häufig kaum oder nur wenige – manchmal allein transnationale – Unterstützungsressourcen vorhanden. Auch hier ist eine Übergangslücke, eine sogenannte Transition-Gap zu beobachten. Diese erleben vor allem junge Menschen, die durch die Kinder- und Jugendhilfe betreut werden und beispielsweise in stationären Erziehungseinrichtungen – wie in Wohngruppen oder Pflegefamilien – aufgewachsen sind. Beim Berufseinstieg, in den ersten Jahren in der eigenen Wohnung, beim weiteren Fachschulbesuch, in Krisen oder während der ersten Schwangerschaft können sie nicht mit jener alltäglichen sozialen und finanziellen Unterstützung rechnen, die bei anderen Jugendlichen und jungen Erwachsenen vielfach die Familien oder andere private Bezugspersonen gewährleisten. Vor allem junge Erwachsene, die in öffentlicher Verantwortung aufgewachsen sind, werden dadurch auf ihre mitunter prekären familialen Beziehungen zurückgeworfen. Sie werden, wie es in den Erziehungshilfen heißt, verselbstständigt und so früh – häufig zu früh – zu Care-Leavern gemacht.

Verselbstständigung im Jugendalter kann nicht bedeuten, dass junge Erwachsene keine Unterstützung mehr erhalten und bisherige soziale Beziehungen abgebrochen werden. Verselbstständigung ist ein Prozess der Transformation von sozialen Beziehungen und nicht der Entkopplung. »Independency« ist eine Qualität der »Interdependency«, sagt die englischsprachige Fachszene. Dies lässt sich nur schwer übersetzen: Unabhängigkeit im jungen Erwachsenenalter ist eine Qualität der sozialen Beziehungen und der sozialen und materiellen Abhängigkeiten, in die junge Menschen eingebunden sind. Verselbstständigung darf nicht bedeuten, ohne professionelle Hilfe und ohne soziale sowie materielle Unterstützung leben zu müssen. ×

DER AUTOR

Prof. Dr. Wolfgang Schröer lehrt und forscht am Institut für Sozial- und Organisationspädagogik der Universität Hildesheim und war Mitglied der Sachverständigenkommission des 15. KJB. Seine Forschungsschwerpunkte sind Kinder- und Jugendhilfe, Übergänge und Migration.
Kontakt: schroeer@uni-hildesheim.de

LITERATUR

↗ AUTORENGRUPPE BILDUNGSBERICHTERSTATTUNG (2016): Bildung in Deutschland 2016. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Berlin

↗ BROWN, PHILLIP (2004): Gibt es eine Globalisierung positionalen Wettbewerbs? In: Mackert, Jürgen (Hrsg.): Die Theorie sozialer Schließung. Wiesbaden, S. 233–256

↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Der 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050

↗ LANGE, ANDREAS (2003): Theorieentwicklung in der Jugendforschung durch Konzeptimport. Heuristische Perspektiven des Ansatzes »Alltägliche Lebensführung«. In: Mansel, Jürgen/Griese, Hartmut M./Scherr, Albert (Hrsg.): Theoriedefizite der Jugendforschung. Weinheim/München, S. 102–118

↗ SCHELSKY, HELMUT (1975): Die skeptische Generation. Frankfurt am Main

↗ SCHRÖER, WOLFGANG (2004): Befreiung aus dem Moratorium. Zur Entgrenzung der Jugend. In: Lenz, Karl/Schefold, Werner/Schröer, Wolfgang: Entgrenzte Lebensbewältigung. Weinheim/München, S. 17–73

↗ STAUBER, BARBARA / WALTHER, ANDREAS (2016): Junge Erwachsene. In: Schröer, Wolfgang/Struck, Nobert/Wolff, Mechthild (Hrsg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim/München, S. 135–163

↗ WALTHER, ANDREAS (2000): Spielräume im Übergang in die Arbeit. Junge Erwachsene an den Grenzen der Arbeitsgesellschaft in Großbritannien, Italien und Deutschland. Weinheim/München

↗ ZENTRUM EIGENSTÄNDIGE JUGENDPOLITIK (Hrsg.; 2013): Empfehlungen einer Expertengruppe des Zentrums Eigenständige Jugendpolitik (unter Leitung von Birgit Reißig und Elke Schreiber): Gelingende Übergänge im Jugendalter: Unterstützen – Befähigen – Beteiligen – Begleiten. Berlin

Bilder der Jugend

Die eine Jugend gibt es nicht: Zu unterschiedlich sind die Lebensbedingungen und zu vielfältig die individuellen Möglichkeiten. Dennoch muss die Wissenschaft die Jugend wieder stärker als eigenständige Lebensphase erforschen.

Von Karin Bock

Der 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB) setzt sich unter anderem mit der Frage auseinander, was der Begriff Jugend gegenwärtig in unserer Gesellschaft eigentlich genau beschreibt und wie er in den unterschiedlichen Sphären verwendet wird. Nach einer Betrachtung vorliegender Jugendbilder in Politik und Schule, Ökonomie und Medien, Sozialen Diensten, der Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in der Jugendforschung und den Jugendberichten wurde für die Sachverständigenkommission schnell deutlich, dass der Begriff von »der Jugend« in den letzten Jahren nicht selten nur noch als Schlagwort verwendet wurde oder teilweise dem der »jungen Menschen« gewichen ist.

Von der Jugend zu den Jugendlichen

In nahezu allen Teilbereichen der Gesellschaft existieren Bilder darüber, was unter Jugend zu verstehen ist, wie Jugendliche sind, welche Erwartungen sie zu erfüllen haben und wie sie ihr Leben gestalten sollen. Legt man diese Bilder über Jugendliche und ihre Jugend aus Politik, Ökonomie, Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und Wohlfahrtsstaat nebeneinander, erscheinen sie als paradoxe Adressierungen. Denn in diesen öffentlich gezeichneten Jugendbildern werden Jugendliche und junge Erwachsene vor allem nach ihren Qualifikationen bewertet, über ihre politischen Haltungen identifiziert, nach ihrer sozialen Zugehörigkeit sortiert und am Grad ihrer sozialen Integration gemessen. Es entsteht der Eindruck, dass unterschiedliche »Jugenden« existierten, je nach sozialem Status und milieuspezifischer Zugehörigkeit. Betont wird in all diesen Bildern die Eigenverantwortlichkeit von Jugendlichen, die jeweils ihr Leben und ihre Biografie selbst in die Hand nehmen könnten, sollten und müssten, um erfolgreich einen Platz in der Gesellschaft zu finden. Diese Betonung von Eigenverantwortlichkeit gesteht Jugendlichen zwar einerseits zu, dass sie sich individuell positionieren, erzeugt andererseits jedoch vielfach Druck auf Jugendliche zur biografischen Selbstoptimierung. Durch

die gesellschaftlichen Pluralisierungs- und Individualisierungsdiskurse seit Anfang der 1990er-Jahre wurden solche Bilder noch verstärkt.

Dagegen sind Bilder nahezu vollständig verschwunden, die »die Jugend« als eigenständige Lebensphase einer Generation mit ganz spezifischen gesellschaftlichen Herausforderungen beschreiben. Diese Herausforderungen müssen (und können nur) von der jeweils jungen Generation bewältigt werden. Hierzu gehört unter anderem, als Angehöriger der jeweiligen Jugendgeneration eigene Ausdrucksformen zu finden, sich selbst in der Gesellschaft als junge Generation zu positionieren und die nötigen Qualifikationen zu erwerben, um nicht nur an der Gesellschaft teilzuhaben, sondern sie eines Tages als Erwachsener weiterdenken, verändern und übernehmen zu können.

Das heißt, Jugend ist nie nur eine individuelle »Durchgangsphase« zum Erwachsenenalter, sondern immer auch ein sozialer »Integrationsmodus demokratischer Gesellschaften« (Deutscher Bundestag, S. 42), also ein eigenständiges Lebensalter mit zentralen Herausforderungen, die gesellschaftlich zugewiesen und reguliert werden. Diese sind abhängig von der jeweiligen generationalen Lagerung von Jugend in der gesellschaftlichen Gegenwart. Anders formuliert: Keine Jugendliche und kein Jugendlicher kann sich aussuchen, vor welchem gesellschaftlichen Hintergrund sie beziehungsweise er die Jugend gestalten kann. Dieser Aspekt ist sowohl politisch als auch wissenschaftlich weitgehend aus dem Blick geraten. Vielmehr legen die vorherrschenden Jugendbilder die These nahe, dass sich die Argumentationen von »der Jugend« zu den einzelnen Jugendlichen und ihrer jeweiligen Jugend (also zu den »Jugenden«) hin verschoben haben.

Die Einsicht, dass die individuellen Lebensbedingungen zentral für die biografischen Lebenswege und Zukunftsentwürfe von Jugendlichen als »nachwachsende Generation« sind, ging zulasten des Entwurfs einer jeweils eigensinnigen Jugendgeneration, die als sozialstrukturelle Größe mit ihrer »eigenen historischen Gestalt« die künftigen Belange der Gesellschaft irgendwann übernehmen muss und zu gestalten hat. Diese Idee, dass jede Jugendgeneration eine »eigene historische Gestalt« besitzt, stammt von dem Soziologen Karl Mannheim. Mannheim hatte im Jahr 1928 herausgearbeitet, dass zwei aufeinanderfolgende Generationen ein anderes Verständnis für historisch-sozialgeschichtliche Probleme entwickeln. Sie »bekämpfen einen jeweils anderen Gegner in der Welt und in sich. Während die Alten etwas noch in sich oder in der Außenwelt bekämpften und alle ihre Gefühls- und Willensintentionen, aber auch die Begriffserklärungen auf diesen Gegner hin orientierten, ist dieser Gegner für die Jugend verschwunden« (Mannheim 1928, S. 181). Anders formuliert: Diese Einsicht in den (anthropologisch wie biologisch unumgänglichen) »gesellschaftlichen Personalwechsel« ist den Diskursen um Jugendliche und ihre Jugenden im Hier und Jetzt gewichen.

Von den Jugendlichen zurück zu der Jugend?

Nun kann es nicht darum gehen, die individuelle Perspektive auf jugendliche Lebensbedingungen einfach wieder durch die Idee zu ersetzen, dass eine einheitliche Jugend existiert. Vielmehr scheint es geboten, die diskursiven Entwicklungen genauer zu untersuchen und daraus die notwendigen Schlüsse zu ziehen. Der 15. KJB wirbt dafür, dass die Perspektive auf Jugend als eigenständige Lebensphase wieder stärker ins Zentrum gerückt werden sollte. Jugend wird als gesellschaftlicher Integrationsmodus verstanden, der durch zentrale Herausforderungen an das Jugendalter reguliert wird. Diese Kernherausforderungen lassen sich mit den Begriffen Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung beschreiben (Deutscher Bundestag 2017).

Zwar sind dies schon immer mehr oder weniger die zentralen Aufgaben für Jugendliche gewesen, aber sie müssen gegenwärtig anders bewältigt werden als noch vor zehn oder zwanzig Jahren. Es zeigt sich, dass die gegenwärtige Jugendgeneration nicht nur aufgrund des demografischen Wandels eine marginalisierte Gruppe ist, sondern dass die »Scholarisierung des Jugendalters« (Fraij/Maschke/Stecher 2015) weiter vorangeschritten ist. Gegenwärtig ist die Jugend auch immer eine »Lernjugend« – eine ganze Jugendgeneration verbringt einen Großteil ihres Alltags in Bildungseinrichtungen, oft bis ins dritte Lebensjahrzehnt. Damit entstehen neue Konstellationen für die Prozesse der Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung, die nicht für jede Jugendliche und jeden Jugendlichen gleichermaßen zu bewerkstelligen sind: Zu unterschiedlich sind die Lebensbedingungen und zu vielfältig die individuellen Möglichkeiten der Gestaltbarkeit und Anschlussfähigkeit, um den Kernherausforderungen einheitlich und zeitgleich begegnen zu können.

Insbesondere vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Erwartungen an Jugendliche mit unterschiedlichen Voraussetzungen zeigt sich dies eindrücklich: Innerhalb der Jugendfor-

schung finden sich sensibel nachgezeichnete Jugendbiografien, individuelle Lebenslagenbeschreibungen, Studien zu Cliquen-, Peer- und Freundschaftsbeziehungen oder lebenslagenspezifische wie regionale Untersuchungen, die zum Teil sehr aufschlussreich den Alltag und das Leben von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund, aus verschiedenen sozialen Herkunftsmilieus und mit differenten Erziehungs-, Lern- und Bildungsgeschichten rekonstruieren. Zudem existieren groß angelegte Jugendstudien, die sowohl im nationalen als auch im internationalen Rahmen politische Einstellungen, interkulturelle Weltsichten und individuelle Lebensentwürfe, Bildungserfolge und Berufseinmündungen, Zeiten von Arbeitslosigkeit und Arbeitssuche, Lebensbedingungen in Armut und Unsicherheit, ungleiche Arbeits-, Lebens- und Wohnverhältnisse erfassen. Und dort, wo generationelle Zusammenhänge konstruiert oder Jugendbilder erzeugt werden, treten je nach Blickwinkel hedonistische, nihilistische, familienorientierte oder abgehängte und selbstvergessene, politisch aktive, gewaltbereite und verdrossene Einstellungsmuster hervor.

Allerdings wird auch in diesen Studien letztlich ein Bild von eigenverantwortlichen jugendlichen Subjekten produziert, die als Gestaltende ihrer persönlichen Lebensführung agieren. Dagegen finden sich kaum noch Diskurse, die Jugend als historischen Generationszusammenhang im Kontext einer »generationalen Ordnung des Sozialen« (Alanen 1992) ausweisen, wie dies bis Mitte der 1990er-Jahre in der Jugendforschung der Fall war (ausführlicher Nave-Herz 1989).

Plädoyer für eine neue Diskussion über Jugend

Wenn es stimmt, dass die Lebensphase Jugend ein eigenständiges Lebensalter und zugleich ein gesellschaftlicher Integrationsmodus ist, dann ist politisch wie wissenschaftlich viel zu tun: Zunächst geht es um die Suche nach Antworten auf die Frage, wie Jugendlichen gegenwärtig ihre Jugend ermöglicht wird beziehungsweise wie für die jeweilige Jugendgeneration das Jugendlich-Sein im Horizont von Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung möglich wird. Für die Jugendforschung eröffnen sich in diesem Kontext neue Fragen, etwa danach, ob es noch zeitgemäß ist, eine Kindheits- und eine Jugendforschung zu postulieren, die sich der markanten Differenz zwischen Kindheit und Jugend nicht konsequent stellen und deren Übergänge nur unzureichend beschreiben. Zunächst wäre zu klären, worin sich Kindheitsforschung und Jugendforschung unterscheiden – nicht zuletzt, um sich darüber zu vergewissern, welche Bilder von Kindheit und von Jugend vorliegen. Zudem wären die veränderten Bedingungen von Jugend, etwa die Folgen des demografischen Wandels oder der Scholarisierung des Jugendalters, wieder verstärkt ins Zentrum zu rücken. Bezugspunkte dieser Perspektive wären dann nicht nur die einzelnen Jugendlichen beziehungsweise deren individuelle Lebensentwürfe. Vielmehr stünde Jugend als Lebensphase wieder stärker im gesellschaftlichen (inter-)generationalen Zusammenhang. Damit rückten weitere Fragen ins Zentrum, etwa wie Jugend für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen gegenwärtig sozial gerecht ermöglicht und als eigenständige Lebensphase gestaltet werden kann, welche sozialen Handlungsspielräume sich für die Jugendgeneration eröffnen und wie diese genutzt werden können, ohne dass gruppenbezogene Differenzen nivelliert werden.

Die vorliegenden Jugendstudien müssten wieder stärker dahingehend analysiert werden, wie sich Jugend als eigenständige Lebensphase insgesamt beschreiben lässt. Darauf hat auch der Erziehungswissenschaftler Heinz-Hermann Krüger jüngst hingewiesen, wenn er für die Kindheits- und Jugendforschung empfiehlt, »theoretische Brückenkonzepte (zu) entwickeln«, mit denen die Forschung (wieder) in die Lage versetzt wird, interdisziplinär anschlussfähige Denk- und Diskursmuster über die Lebensphasen von Kindheit und Jugend zu führen (Krüger 2016, S. 332). ×

DIE AUTORIN

Prof. Dr. Karin Bock ist Professorin für Sozialpädagogik an der Technischen Universität Dresden und war Mitglied in der Sachverständigenkommission des 15. KJB. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Kindheits-, Jugend-, Familien- und Generationenforschung, Kinder- und Jugendhilfeforschung, Theorien Sozialer Arbeit und qualitative Methoden der Sozialforschung.
Kontakt: karin.bock@tu-dresden.de

LITERATUR

↗ ALANEN, LEENA (1992): Modern childhood? Exploring the »child question« in sociology. Jyväskylä
↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Der 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050
↗ FRAIJ, AMINA / MASCHKE, SABINE / STECHER, LUDWIG (2015): Die Scholarisierung der Jugendphase – ein Zeitvergleich. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jahrgang 10, Heft 2, S. 167–182
↗ KRÜGER, HEINZ-HERMANN (2016): Bilanz und Zukunft der Kindheits- und Jugendforschung. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung, Jahrgang 11, Heft 3, S. 325–337
↗ MANNHEIM, KARL (1928): Das Problem der Generationen. In: Vierteljahreszeitschrift für Soziologie, Band 6, S. 157–185
↗ NAVE-HERZ, ROSEMARIE (1989): Jugend: Historische Gestalt, Generation. In: Nave-Herz, Rosemarie/Markefka, Manfred (Hrsg.): Handbuch der Familien- und Jugendforschung, Band 2. Frankfurt/Neuwied, S. 135–144

Jugend ermöglichen

Die Sachverständigenkommission des 15. Kinder- und Jugendberichts nimmt die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Blick und formuliert Herausforderungen an Politik und Gesellschaft – ein Werkstattbericht.

Von Sabrina Hoops, Christian Lüders und Liane Pluto

Der 15. Kinder- und Jugendbericht (KJB) ist einer von vielen Kinder- und Jugendberichten, die geschäftsführend vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) begleitet wurden. Von der Berufung der Sachverständigenkommission über die einzelnen Arbeitssitzungen mit ihren vielen Beratungen, Diskussionen, Textentwürfen und Entscheidungsprozessen bis hin zu den schlussendlich finalen Manuskripten – die Geschäftsstelle kennt nicht nur das fertige »Produkt«, sondern auch dessen gesamten Erstellungsablauf: wie es zu inhaltlichen Fokussierungen gekommen ist und was mit guten Gründen verworfen wurde.

Die Kinder- und Jugendberichte enthalten in der Regel keine Hinweise auf diese Aushandlungsprozesse, auch wenn deren Argumentationslinien wichtig für das Gesamtkonzept des KJB sind. Dieses Dossier geht daher nicht nur auf dieses Konzept und die zentralen Aussagen des Berichts ein, sondern beleuchtet gleichsam das Making-of, um das Ringen um Positionen nachvollziehbar zu machen und somit eine »andere« Sicht auf die über 500-seitige Publikation zu ermöglichen.

Annäherung an ein Verständnis von Jugend

Im Mittelpunkt des 15. KJB steht die Lebensphase Jugend, die die Bundesregierung in ihrem Auftrag an die Sachverständigenkommission zunächst einmal recht vage mit »Aufwachsen nach dem Grundschulalter« umschrieben hat (BMFSFJ 2014). Das Themenspektrum wurde inhaltlich eingegrenzt, indem der Sachverständigenkommission das Thema »Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagsschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter« als zentrale Rahmenfaktoren des Aufwachsens« mit auf den Weg gegeben wurde (ebd.). Mit Bezug auf diese Vorgabe wird verständlich, warum bestimmte Kapitel so konzipiert sind, wie sie sind, und naheliegende Aspekte nur am Rande oder gar nicht im Bericht vorkommen. Dennoch finden sich diese in der einen oder anderen Expertise wieder, welche die Sachverständigenkommission in Auftrag gegeben hat (im Internet verfügbar unter www.dji.de/15_kjb).

> ALTERSGRENZEN, WIE ETWA DIE VOLLJÄHRIGKEIT, SIND FÜR DIE DEFINITION DER LEBENSPHASE JUGEND WENIG HILFREICH.

Die Vorgabe, sich auf die Altersphase Jugend zu konzentrieren, führte innerhalb der Sachverständigenkommission zunächst zu der Debatte, was unter Jugend überhaupt zu verstehen ist. Die Überlegungen hierzu bilden den Kern Kapitels 1. Dabei bestand erstens Einigkeit darüber, dass formale Altersgrenzen, wie etwa die Volljährigkeit, als Abgren-

zung wenig hilfreich sind. Der Bericht selbst belegt dies mit einer Fülle von empirischen Hinweisen: »Wenn in diesem Bericht (…) davon ausgegangen wird, dass sich das Jugendalter mit zentralen Schritten der Verselbstständigung bis zum Teil weit in das dritte Lebensjahrzehnt ausdehnt, dann basiert diese Annahme auf Befunden zur Entwicklung von Erwerbstätigkeit, Teilnahmezahlen an Maßnahmen der formalen Bildung und der Veränderung des Verhältnisses von Berufsausbildung, Studium und Erwerbstätigkeit im Jugendalter seit den 1960er-Jahren« (Deutscher Bundestag 2017, S. 93). Diese Einsicht führte dazu, dass der 15. KJB sich keineswegs nur auf jene Altersgruppe bezieht, die üblicherweise als Jugend beziehungsweise Jugendliche bezeichnet wird, sondern auch die jungen Erwachsenen einschließt. Es ist daher nur folgerichtig, dass eine ganze Reihe von Datensätzen die Gruppe der 12- bis 25-Jährigen in den Blick nimmt.

DIE JEWEILIGEN ALTERSGRUPPEN HABEN UNGLEICHE MÖGLICHKEITEN DER EINFLUSSNAHME UND TEILHABE.

Die drei Kernherausforderungen der Jugend

Weil damit fixe Altersgrenzen als Definitionskriterium für die Jugendphase entfallen, unternahm die Sachverständigenkommission den Versuch, zentrale Merkmale des Jugendalters zu bestimmen. Jugend wurde dabei als ein »Integrationsmodus« verstanden (siehe auch S. 40 in dieser Ausgabe). Mit diesem Begriff ist die Vorstellung verbunden, dass gesellschaftliche Integrationsprozesse, also das Hineinwachsen in die Gesellschaft, gestaltet werden müssen. »Jugend als Integrationsmodus meint (…), dass moderne Gesellschaften über die generationale Ordnung der Lebensalter das Verhältnis von Individuen und Gruppen zur gesellschaftlichen Entwicklung arrangieren« (Deutscher Bundestag 2017, S. 84).

Die Strukturen moderner Gesellschaften sind demnach auch durch die Differenzierung nach Altersgruppen und Generationenzugehörigkeiten geprägt. Dabei werden den jeweiligen Altersgruppen nicht nur unterschiedliche Aufgaben und Funktionen zugeschrieben, sondern sie sind hierarchisch angelegt und folglich mit ungleichen Möglichkeiten der Einflussnahme und Teilhabe ausgestattet. Diese Perspektive, die es verdienen würde, auch im Kontext der Jugendforschung stärker beachtet zu werden, findet an verschiedenen Stellen im 15. KJB ihren Widerhall. Die Sachverständigenkommission lässt zumindest punktuell Kohortenvergleiche einfließen, um damit zu zeigen, dass Jugend nicht nur eine Altersphase darstellt, sondern eingebettet ist in einen Generationenzusammenhang, der diese Lebensphase gesellschaftlich und sozialpolitisch mitprägt (Maschke/Stecher 2017).

Angesichts dieser beiden konzeptionellen Vorentscheidungen lautet eine leitende Frage des 15. KJB, »welche Kernherausforderungen den gesellschaftlichen Integrationsmodus Jugend innerhalb der generationalen Ordnung charakterisieren, wie diese institutionell arrangiert werden, mit welchen Zuschreibungen, sozialstrukturellen Unterschieden und Erwartungen sie verbunden sind und wie Jugendliche in ihren jeweiligen sozialen Handlungsspielräumen agieren und diese (mit-)gestalten« (Deutscher Bundestag 2017, S. 96).

Als Kernherausforderungen des Jugendalters in diesem Sinne benennt der 15. KJB drei Anforderungen: Qualifizierung, Verselbstständigung und Selbstpositionierung. Mit Qualifizierung wird verknüpft, dass junge Menschen eine soziale und berufliche Handlungsfähigkeit erlangen sollen. Mit Verselbstständigung wird beschrieben, dass junge Menschen individuell Verantwortung übernehmen sollen. Mit den Prozessen der Selbstpositionierung wird verbunden, dass junge Menschen eine Balance zwischen subjektiver Freiheit und sozialer Zugehörigkeit ausbilden sollen (Deutscher Bundestag 2017, S. 96). Die Frage, wie Jugendliche und junge Erwachsene heute diese Kernherausforderungen bearbeiten (können/müssen), zieht sich als roter Faden durch den Bericht (siehe auch S. 4 in dieser Ausgabe).

Die Rolle von Schule, Jugendarbeit und virtuellen Welten

Vergegenwärtigt man sich einerseits die Vorgaben vonseiten der Bundesregierung und andererseits die konzeptionellen Vorentscheidungen der Sachverständigenkommission, wird der Aufbau des Berichts nachvollziehbar. Diskutiert wurde, ob die virtuellen Welten als Querschnittsthema behandelt werden sollten, da sie für die Gesellschaft insgesamt und für Jugendliche im Besonderen in allen Lebensbereichen veränderte Rahmenbedingungen markieren. Schließlich entschied die Kommission, dem Thema ein eigenes

DIE VIRTUELLEN WELTEN SCHAFFEN FÜR DIE GESELLSCHAFT IN ALLEN LEBENSBEREICHEN VERÄNDERTE RAHMENBEDINGUNGEN.

Kapitel zu widmen, um die große Bedeutung von Jugend und Digitalisierung auch auf der Ebene der Gliederung sichtbar zu machen (Kapitel 4 des Berichts, siehe auch S. 16 in dieser Ausgabe).

Ebenso unstrittig war von Beginn an, dass es entsprechend der politischen Vorgaben ein eigenes Kapitel zur Ganztagsschule geben soll (Kapitel 5, siehe auch S. 20 in dieser Ausgabe). Was die Sachverständigenkommission länger beschäftigt hat, war die Frage, ob man der Ganztagsschule und der Kinder- und Jugendarbeit ein gemeinsames Kapitel – ein »handlungsfeldbezogenes Kapitel« widmen sollte. Am Ende überwog die Einschätzung, dass bei einer Zusammenführung das Risiko bestünde, die Kinder- und Jugendarbeit nur als ein Anhängsel der (Ganztags-)Schule erscheinen zu lassen. Entstanden ist auf diese Weise das bislang ausführlichste Kapitel zur Kinder- und Jugendarbeit in ihren vielfältigen Facetten, das jemals in einem der Kinder- und Jugendberichte publiziert wurde (Kapitel 6, siehe auch S. 23 in dieser Ausgabe).

Lebenslagen Jugendlicher, ihr Alltagsleben und Hilfsangebote

Der gesetzliche Auftrag »Bericht über die Lage junger Menschen« (§84 SGB VIII), der Auftrag der Bundesregierung und die konzeptionellen Vorentscheidungen der Sachverständigenkommission legten es zudem nahe, dass der 15. KJB sich ausführlich mit den Lebenslagen Jugendlicher und junger Erwachsener befassen sollte. Entstanden sind daraus zwei Kapitel: Das Kapitel 2 zielt dabei anhand »ausgewählter Gegenstandsbereiche und Indikatoren [auf] eine empirische Beschreibung der aktuellen Bedingungen, unter denen Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland Qualifizierung, Selbstpositionierung und Verselbstständigung institutionell ermöglicht wird« (Deutscher Bundestag 2017, S. 135). Im Mittelpunkt stehen die Themenkomplexe Demografie, sozioökonomische Bedingungen, Qualifizierung, Verselbstständigung und ungleiche Lebenslagen (siehe auch S. 34 in dieser Ausgabe).

Ergänzend dazu nimmt das Kapitel 3 »Alltagsleben, Ausdrucksformen und Handlungsräume Jugendlicher« (Deutscher Bundestag 2017, S. 197) die Akteursperspektive ein. Die Sachverständigenkommission führt in das Kapitel deshalb ein: »Während (…) im vorhergehenden Abschnitt ›der Blick von außen‹ auf Jugendliche und ihre Lebenslagen im Zentrum stand, soll nun der Fokus stärker auf das Alltagsleben, die Aktivitätsräume und Ausdrucksformen der Jugendlichen und ihre Perspektiven gelegt werden. Damit richtet sich der Blick vor allem darauf, wie Jugendliche sich zu gesellschaftlichen Anforderungen und Adressierungen positionieren, über welche Formen und Themen sie dies tun und wie sie eigene Positionierungen und gesellschaftliche Erwartungen ausbalancieren. Wie Jugendliche ihren Alltag und ihre darin eingelassenen sozialen Beziehungen gestalten (können), was ihnen wichtig ist und wofür sie sich einsetzen (können), verweist nicht zuletzt darauf, wie Jugendliche gesellschaftliche Erwartungen wahrnehmen und wie sie die Kernherausforderungen des Jugendalters bearbeiten (können)« (Deutscher Bundestag 2017, S. 197). Zentrale Inhalte, die hier mit Schwerpunkt auf die Perspektive Jugendlicher vertieft werden, sind zum Beispiel Beziehungen zur Familie und zu Gleichaltrigen, Jugendkulturen und -szenen, zu Politik, Religion und Mobilität (siehe auch S. 12 in dieser Ausgabe).

> DIE ANGEBOTE DER KINDER- UND JUGENDHILFE WERDEN ALS MOMENTE DES INSTITUTIONELLEN GEFÜGES DES AUFWACHSENS VERSTANDEN.

Dieser Fokus auf die Lebenslagen Jugendlicher, ihr Alltagsleben, die Rolle der virtuellen Welten, der Ganztagsschule und der Jugendarbeit führte schließlich zu der Frage, welcher Stellenwert den Unterstützungs- und Hilfeangeboten der Kinder- und Jugendhilfe im Bericht zukommen soll. Nachdem der 14. KJB ausführlich die Strukturen und Diskurse der Kinder- und Jugendhilfe aufbereitet hatte (Deutscher Bundestag 2013, Kapitel C, S. 251), entschied man sich, dies nicht in dieser Ausführlichkeit zu wiederholen. Dennoch müssen auch die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe, beispielsweise der Hilfen zur Erziehung oder der Jugendsozialarbeit, als Momente des institutionellen Gefüges des Aufwachsens und insofern auch der generationalen Ordnung verstanden werden. Entstanden ist daraus das Kapitel 7, das vor dem Hintergrund der großen Zahl an jungen Menschen, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland geflüchtet sind, auch einen längeren Abschnitt zum Thema Flucht enthält. Das Kapitel 8 bündelt die zentralen Ergebnisse des Berichts in Form von 22 Thesen.

Das Ringen um Freiräume ist ein Kristallisationspunkt

Wer an dieser Stelle die oben zitierte thematische Vorgabe der Bundesregierung für den Bericht mit der Kapitelstruktur vergleicht, wird möglicherweise annehmen, dass zwei Themen scheinbar an den Rand gerückt sind: Familie und Freiraum. Dies ist jedoch mitnichten der Fall: Der 15. KJB thematisiert Familie bezogen auf Jugendliche und junge Erwachsene in dreifacher Weise: als Herkunftsfamilie im Sinne des sozioökonomischen Hintergrunds, als neu zu gründende Familie in der Phase der Ver-

selbstständigung sowie unter der Perspektive familialer Alltagspraxis in den Kapiteln 2 und 3.

Das zweite vorgegebene Thema Freiraum führte im Rahmen der Kommissionsarbeit zu langen Debatten, die die vielen Lesarten des Begriffs zutage förderten und die Entscheidung, wie man sich diesem Begriff angemessen nähern könnte, erschwerten. Zunächst galt es deshalb, den Gegensatz von Ganztagsschule und Freiraum zu vermeiden, den die thematische Vorgabe suggeriert. Bei genauerer Betrachtung konnte auch die Kinder- und Jugendarbeit nicht einfach zu einem Hort des Freiraums stilisiert werden – selbst wenn sie dies in ihren Selbstbeschreibungen immer wieder nahelegt. Man musste also von Beginn an die Relativität des Begriffs mitdenken und sich auf das Glatteis der Gegenwartsdiagnosen begeben: »Während (…) auf der einen Seite die Bewältigung der Kernherausforderungen des Jugendalters

ZIEL IST ES, DEN GEGENSATZ VON GANZTAGSSCHULE UND FREIRAUM ZU VERMEIDEN UND DIE JUGENDARBEIT NICHT ZU EINEM HORT DES FREIRAUMS ZU STILISIEREN.

zeit- und ressourcenaufwendig ist, scheinen auf der anderen Seite die dafür notwendigen Handlungsspielräume für junge Menschen zu schrumpfen – mit der Folge, dass es mindestens subjektiv für viele junge Menschen zu einem Charakteristikum der Gegenwart geworden ist, weder ausreichend Zeit für sich selbst noch ausreichend Gestaltungsräume zur Verfügung zu haben. In vielen Fällen handelt es sich dabei nicht nur um eine individuelle Wahrnehmung, sondern um unabweisbare Bedingungen des Jugendalters. Weil typischerweise Jugendlichen und jungen Erwachsenen häufig die Ressourcen fehlen, sich Auszeiten zu nehmen, wurde die Forderung nach Freiräumen und das Ringen um Freiräume in ihren verschiedenen Varianten zu einem jugendpolitischen Kristallisationspunkt. Dabei wird unter ›Freiräumen‹ jeweils sehr Unterschiedliches verstanden und Forderungen nach Gestaltungsräumen kommen nicht ohne immanente Ambivalenzen und mitunter Paradoxien aus« (Deutscher Bundestag 2017, S. 111; siehe auch S. 26 in dieser Ausgabe).

Jugendbeteiligung als Selbstversuch

Zwischen dem ersten und zweiten Kapitel enthält der 15. KJB einen in mehrfacher Hinsicht interessanten Exkurs. Unter der Überschrift »Jugendliche im 15. Kinder- und Jugendbericht – Ergebnisse der Beteiligung Jugendlicher an der Berichterstattung« (Deutscher Bundestag 2017, S. 117) fasst die Kommission die Aussagen junger Menschen zusammen, mit denen Sachverständige am Rande der Kommissionsarbeit Gespräche führten. Gespräche führten. Diese für Kinder- und Jugendberichte der Bundesregierung neue Komponente der Einbeziehung junger Menschen kam auf ausdrücklichen Wunsch der verantwortlichen Bundesministerin zustande und war ebenfalls im Berichtsauftrag verankert (BMFSFJ 2014). Angesichts des ohnehin thematisch breiten Berichtsauftrags, eines begrenzten Zeitraums und überschaubarer Ressourcen hat die Sachverständigenkommission lange mit sich gerungen, wie sie das Anliegen, junge Menschen »als Expertinnen und Experten in eigener Sache« zu beteiligen, umsetzen kann: In vielen Sitzungen wurde erörtert,

»JUGEND ERMÖGLICHEN« BEDEUTET AUCH, JUGEND ALS EIN GESTALTUNGSPROJEKT DER NACHWACHSENDEN GENERATION ZU BEGREIFEN.

wo junge Menschen bei der Berichterstellung beteiligt werden können, welchen Stellenwert ihren Äußerungen zum Beispiel im Vergleich zu empirischen Studien zukommt und wie unter anderem ein möglichst breites Spektrum an Beteiligung gesichert werden kann. Die auf diese Weise sichtbar gewordenen Herausforderungen und Ambivalenzen hat die Sachverständigenkommission in einem eigenen Abschnitt in Kapitel 1 unter dem Stichwort »Beteiligungsdilemma« auf einer grundsätzlichen Ebene (Deutscher Bundestag 2017, S. 113) und in Bezug auf die konkreten Anforderungen ausführlich diskutiert.

Die Leitidee »Jugend ermöglichen«

Anders als eine Reihe von Sachverständigenkommissionen für die jüngeren Kinder- und Jugendberichte hat die Kommission für den 15. KJB kein leitendes Motto festgelegt. Und doch enthält der Bericht ein informelles Motiv, das wie ein roter Faden die Diskussionen in der Kommission und viele Passagen des Berichts geprägt hat: »Jugend ermöglichen!«

Viele Gliederungspunkte und Inhalte im 15. KJB wären ohne Bezugnahme auf diese Denkfigur kaum nachvollziehbar. Als ein Beispiel sei auf das Konstrukt der »jugendorientierten Ganztagsschule« verwiesen. Jugendorientierung bedeutet dabei, dass die Frage »in den Mittelpunkt gerückt (wird), welchen Gesichtspunkten eine Ganztagsschule im Jugendalter gerecht werden muss, die den Herausforderungen des Jugendalters im Horizont jenseits von Betreuung und im Lichte einer wachsenden Verselbstständigung, Qualifizierung und Selbstpositionierung folgt« (Deutscher Bundestag 2017, S. 330).

Die immer wieder im Bericht anklingende Formel »Jugend ermöglichen« zielt auf etwas Ähnliches: »Die Auseinandersetzung mit dem Thema Jugend bedeutet einerseits, die in der Gesellschaft vorhandenen Vorstellungen von Jugend in ihren Implikationen zu hinterfragen und andererseits, die Lebenslagen und das institutionelle Gefüge, in dem junge Menschen heute aufwachsen, dahingehend zu überprüfen, ob und inwieweit sie den Anforderungen an das Jugendalter und an das junge Erwachsenenalter zu Beginn des 21. Jahrhunderts entsprechen. Schaffen sie sozial gerechte Bedingungen des Aufwachsens für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen? (….) Wenn das Jugendalter nicht einfach die Fortsetzung des Kindesalters unter anderen Vorzeichen, sondern sehr viel mehr von den Übergängen in das Erwachsenenalter geprägt ist, verbunden mit der Erwartung einer am Ende uneingeschränkten gesellschaftlichen und politischen Teilhabe sowie einer individuellen und ökonomischen Autonomie, dann müssen für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen soziale Bedingungen vorhanden sein, die es ihnen ermöglichen, zu verantwortlichen, eigenständigen und demokratischen Bürgerinnen und Bürgern dieser Gesellschaft zu werden. ›Jugend ermöglichen‹ ist der Schlüsselbegriff, der das damit verbundene gesellschaftspolitische Anforderungsprofil zum Ausdruck bringen soll« (Deutscher Bundestag 2017, S. 461).

»Jugend ermöglichen« bedeutet auch, Jugend als ein gemeinsames, also Jugendliche beteiligendes, gesellschaftspolitisches Gestaltungsprojekt der nachwachsenden Generation zu begreifen. Nicht allein die Frage, was Entwicklungsaufgaben, Herausforderungen, funktionale Anforderungen, Bedürfnisse und Interessen von Jugendlichen sind, wäre dann von Bedeutung, sondern auch die Frage, was bedeutet Jugend heute und morgen, und wie ermöglichen wir dies. Jugendpolitik nicht nur in Bezug auf den einzelnen Jugendlichen und seine Teilhabechance, sondern auch als intergenerational eingebettete Lebenslage und als gesellschaftlicher Integrationsmodus – das wäre die Perspektive und eine Einladung zu einem entsprechenden gesellschaftlichen Dialog. ×

DIE AUTORINNEN, DER AUTOR

Dr. Sabrina Hoops ist wissenschaftliche Referentin in der Abteilung »Jugend und Jugendhilfe« am Deutschen Jugendinstitut (DJI). Zum ersten Mal an einem Kinder- und Jugendbericht beteiligt war sie 1997. Seit dem 14. KJB ist sie in der Geschäftsführung der Jugendberichte tätig. Ihre Arbeits- und Forschungsgebiete sind Abweichendes Verhalten, Kinder- und Jugenddelinquenz, Jugendhilfe, Prävention und Evaluation.
Kontakt: hoops@dji.de

Dr. Christian Lüders leitet die Abteilung »Jugend und Jugendhilfe« am DJI. Er begleitet seit dem 10. KJB die Kinder- und Jugendberichte. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählen unter anderem die Adressatinnen und Adressaten, Institutionen und Verfahren der Kinder- und Jugendhilfe, Evaluation, Theorien pädagogischen Wissens sowie Wissenschaftsforschung.
Kontakt: lueders@dji.de

Dr. Liane Pluto ist wissenschaftliche Referentin in der Abteilung »Jugend und Jugendhilfe« am DJI. Sie arbeitet im Projekt »Jugendhilfe und sozialer Wandel – Leistungen und Strukturen« und hat auch in der Geschäftsführung des 15. KJB mitgewirkt. Ihre Arbeits- und Forschungsgebiete sind Strukturen und Leistungen öffentlicher und freier Kinder- und Jugendhilfe, Institutionenforschung, Partizipation, Hilfen zur Erziehung und Kinderschutz.
Kontakt: pluto@dji.de

LITERATUR

↗ BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ; 2014): Berichtsauftrag 2014. Unveröffentlichtes Manuskript. Berlin

↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2013): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 14. Kinder- und Jugendbericht. Deutscher Bundestag, Drucksache 17/12200

↗ DEUTSCHER BUNDESTAG (2017): Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. 15. Kinder- und Jugendbericht. Deutscher Bundestag, Drucksache 18/11050

↗ MASCHKE, SABINE / STECHER, LUDWIG (2017): Jugend im Blick der empirischen Forschung 1950 – 2015. Expertise im Rahmen des 15. Kinder- und Jugendberichts der Bundesregierung. Im Internet verfügbar unter: www.dji.de/15_kjb

AKTUELLES

DJI KOMPAKT

Erste »DJI Winter School« für Promovierende

An der ersten »DJI Winter School« im Februar 2017 haben etwa 20 hausinterne Doktorandinnen und Doktoranden teilgenommen. Sie erhielten fachliche Beratung von der Forschungsdirektorin des Deutschen Jugendinstituts (DJI) Sabine Walper sowie von den Methodenspezialisten Ulrich Pötter und Herwig Reiter. Außerdem waren vier externe Professorinnen und Professoren zu Gast: Leonie Herwartz-Emden (Universität Augsburg), Johanna Mierendorff (MLU Halle-Wittenberg), Thorsten Schneider (Universität Leipzig) und Mark Stemmler (FAU Erlangen). Nach einem einführenden Plenumsvortrag über quantitative Methoden boten drei parallel laufende Themenforen den DJI-Nachwuchsforscherinnen und -forschern an den beiden Tagen Gelegenheit, ihre Promotionsvorhaben aus den Bereichen »Kinderschutz und Prävention«, »Bildung und Soziale Arbeit« sowie »Familie und Lebenswelt« vorzustellen und zu diskutieren.

EFZA legt Bestandsaufnahme zum deutschen Adoptionswesen vor

Das Expertise- und Forschungszentrum Adoption (EFZA) am DJI hat das geltende Adoptionsrecht und die Adoptionsvermittlungspraxis in Deutschland analysiert und die Erkenntnisse in einem Dossier mit dem Titel »Adoptionen in Deutschland« zusammengefasst. Ziel ist es, zu einem besseren Verständnis des deutschen Adoptionswesens beizutragen und die Perspektive aller Beteiligten angemessen zu berücksichtigen. Auf der Grundlage internationaler Forschungsbefunde gibt das EFZA einen Überblick über förderliche und hinderliche Faktoren für gelingende Adoptionen. Dabei erkennt es durchaus Reformbedarf im deutschen Adoptionswesen: Beispielsweise fehlen nach den Ergebnissen der Analyse einheitliche und verbindliche Standards für die Vorbereitung und Begleitung der abgebenden Eltern, der Adoptiveltern und der Kinder selbst. Die Forscherinnen und Forscher von EFZA gehen außerdem der Frage nach, inwieweit sich sogenannte (halb)offene Adoptionen förderlich auf die Beteiligten auswirken und wie diese gegebenenfalls unterstützt werden können. Bei dieser Form der Adoption, die in Fachkreisen vielfach befürwortet wird, stehen Adoptiv- und Herkunftsfamilie in Kontakt zueinander. Das Expertise- und Forschungszentrum Adoption am DJI wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) seit Frühjahr 2015 gefördert. Es bündelt Expertenwissen, führt wissenschaftliche Untersuchungen zur Adoptionsvermittlungspraxis durch und entwickelt Empfehlungen für Adoptionsrecht und -praxis.
www.dji.de/efza

DJI unterzeichnet Kooperationsvertrag in Seoul

Das Korea Institute of Child Care and Education (KICCE) und das DJI haben im November 2016 eine Kooperationsvereinbarung für die Dauer von zehn Jahren geschlossen. Seit einigen Jahren gibt es zwischen den Forschenden beider Institute einen intensiven Austausch zu Fragen der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung.

DJI nimmt Stellung zum Thema Kinderarmut

Auf Anfrage des Sozialpolitischen Ausschusses des Landtags Rheinland-Pfalz hat das DJI eine Stellungnahme zum Thema Kinderarmut formuliert. Die Wissenschaftlerin Birgit Riedel betonte vor dem Ausschuss, dass Armut von Kindern nicht nur deren unmittelbaren Beteiligungsmöglichkeiten an Aktivitäten in Schule und Freizeit beeinträchtigt, sondern auch ihr Wohlbefinden. Andauernde Armutserfahrungen wirkten sich nachteilig auf die Entwicklungs- und ildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus – mit Folgen, die sich bis in das Erwachsenenalter nachzeichnen lassen. Von Anfang an gerechte Teilhabechancen für alle Kinder zu gewährleisten, stellt daher eine zentrale politische Aufgabe und einen wichtigen Ansatzpunkt zur Armutsbekämpfung dar, heißt es in der Stellungnahme, die eine Verbesserung der Qualität von Kindertageseinrichtungen fordert. In Stadtvierteln und Regionen mit besonderem Entwicklungsbedarf sei zudem eine überdurchschnittliche Ausstattung der Kindertageseinrichtungen mit finanziellen und personellen Ressourcen notwendig.
www.dji.de/medien-und-kommunikation/stellungnahmen.html

Weniger Personen in der Kindertagespflege tätig

Knapp 43.500 Personen haben im Jahr 2016 Kinder in der Tagespflege betreut. Nach einer längeren Wachstumsperiode von 2006 bis 2014 ist die Anzahl der Tagesmütter und -väter das zweite Jahr in Folge rückläufig. Prozentual fällt die Abnahme der Tagespflegepersonen allerdings mit nur einem Prozent im Jahr 2016 und zwei Prozent im Vorjahr moderat aus. Der Rückgang ist bundesweit zu beobachten: Seit 2014 ist die Anzahl der Tagespflegepersonen in allen Bundesländern, ausgenommen Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt, zurückgegangen. Das zeigen Auswertungen des Fachkräftebarometers Frühe Bildung der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF). Dieses liefert auf Basis der amtlichen Statistik ausführliche Informationen über Personal, Arbeitsmarkt, Erwerbssituation sowie Qualifizierung in der Frühpädagogik.
www.fachkräftebarometer.de

PERSONELLES

↗ Alexander Leistner mit Max-Weber-Preis ausgezeichnet

Der DJI-Wissenschaftler Alexander Leistner hat im Januar 2017 den Max-Weber-Preis für seine Dissertation erhalten. Der Soziologe, der seit dem Jahr 2012 am DJI arbeitet, ist derzeit wissenschaftlicher Referent in einem Projekt der DJI-Außenstelle in Halle, das das Bundesprogramm »Demokratie leben!« evaluiert. Seine mehr als 400 Seiten starke Dissertation »Soziale Bewegungen. Entstehung und Stabilisierung am Beispiel der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR« reichte er an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie der Universität Leipzig ein. Sie ist 2016 im Konstanzer UVK Verlag erschienen. Richard Rohrmoser (Universität Mannheim) würdigte sie in seiner Rezension als »scharfsinnige historische Fallstudie zur Entstehung und Entwicklung der staatsunabhängigen DDR-Friedensbewegung«.

Bild: Hartmut Rosa, Direktor des Max-Weber-Kollegs, gemeinsam mit den Preisträgern Christoph Henning und Alexander Leistner (von links).

↗ Björn Milbradt ist neuer Leiter der Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung«

Björn Milbradt hat die Leitung der DJI-Fachgruppe »Politische Sozialisation und Demokratieförderung« in Halle übernommen. Milbradt hat Soziologie, Philosophie und Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg studiert. Nach Forschungsaufenthalten im israelischen Haifa und in London schloss er 2013 seine Promotion ab mit der Arbeit »Stereotypie – Syndrom – Autoritarismus. Eine sprachtheoretische Untersuchung zum Stereotypiebegriff«. Von 2011 bis 2014 arbeitete er an der Universität Kassel als wissenschaftlicher Mitarbeiter in einem Projekt zu »Wissensbasierten Deutungs- und Handlungskompetenzen von pädagogischen MitarbeiterInnen in Kindertageseinrichtungen«, das im Rahmen der Förderlinie »Ausweitung der Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte« (AWiFF) vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wurde. Anschließend war er wissenschaftlicher Leiter des Forschungsprojekts »Umgang mit und Deutungen von Armut in Kindertageseinrichtungen«. Sein Forschungsinteresse gilt insbesondere Bildungs- und Sozialisationsprozessen, ihren politischen und gesellschaftlichen Hintergründen und Gelingensbedingungen sowie methodischen und methodologischen Aspekten ihrer Erforschung.

PERSONELLES

↗ Laura Castiglioni leitet die Fachgruppe »Familienpolitik und Familienförderung«

Laura Castiglioni hat die Leitung der DJI-Fachgruppe »Familienpolitik und Familienförderung« übernommen. Die Arbeitsschwerpunkte der Soziologin und Politologin liegen im Bereich der quantitativ-methodologischen Familienforschung. Nach dem Diplom in Politikwissenschaft an der Universität Mailand promovierte Laura Castiglioni dort im Fachbereich Soziologie mit einer Arbeit über politische Kommunikation. Sie war drei Jahre lang wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Zürich, bevor sie von 2005 bis 2017 als methodologische Koordinatorin im Surveymanagement beim deutschen Beziehungs- und Familienpanel »pairfam« tätig war. Laura Castiglioni folgt auf Johanna Possinger, die eine Professur an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg angetreten hat.

↗ Michaela Schier wechselt an die Universität Innsbruck

Michaela Schier hat zum Jahresende 2016 das DJI verlassen und die Vertretung der Professur für Humangeografie an der Universität Innsbruck übernommen. Zehn Jahre lang war die Diplom-Geografin am DJI in verschiedenen Funktionen tätig – zuletzt als kommissarische Leiterin der Fachgruppe »Lebenslagen und Lebensführung von Familien«. Zuvor leitete sie die am DJI angesiedelte und von der VolkswagenStiftung geförderte Schumpeter-Forschungsgruppe »Multilokalität von Familie«. Im Fokus standen hier räumliche Aspekte familialer Lebensführung, insbesondere das Wohnen und die Mobilität aus der Perspektive von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen in räumlich verteilt lebenden Familien. In diesem Zusammenhang untersuchte Michaela Schier in letzter Zeit auch die Bedeutung von digitalen Medien für diese Familien. Michaela Schier promovierte an der TU München im Fach Humangeografie zum Thema »Arbeitsformentscheidungen von Frauen in der Modebranche. Ein geschlechtersensibler Beitrag zur geographischen Arbeitsforschung«.

↗ Tilly Lex geht in den Ruhestand

Nach 31 Jahren hat die Wissenschaftlerin Tilly Lex das DJI verlassen und ist in den Ruhestand gegangen. Mit ihrer immer an der Sache orientierten, konzentrierten und bisweilen auch kämpferischen Art war und ist Tilly Lex dem wissenschaftlichen Nachwuchs im Haus ein großes Vorbild. Im Mittelpunkt ihrer Forschungsaktivitäten standen jungen Menschen, denen es schwerer fällt als anderen, die Hauptschule abzuschließen und danach einen Ausbildungsplatz oder den Einstieg in den Beruf zu finden. Dass der Weg in das Berufsleben nicht geradlinig verlaufen muss, war Tilly Lex aus eigener Erfahrung bekannt: Im Jahr 1951 geboren wuchs sie mit sechs Geschwistern in der Nähe von München auf. Nach Volksschule, Haushaltungsschule und anschließender Mittlerer Reife auf einer Mädchenrealschule machte sie zunächst eine Ausbildung zur Elektroassistentin und arbeitete danach drei Jahre bei Siemens im Bereich Halbleitertechnologie. Mit 23 Jahren wechselte sie zur Berufsoberschule für Technik und Gewerbe in München und schloss auf dem zweiten Bildungsweg die fachgebundene Hochschulreife ab. 1978 schrieb sie sich an der LMU München für das Studium der Soziologie mit dem Schwerpunkt Industrie und Betriebssoziologie ein. Nach dem Studium arbeitete die Diplomsoziologin zunächst ein Jahr bei Infratest-Industria in der Marktforschung, bevor sie sich der Jugendforschung zuwandte. 1985 kam Tilly Lex ans DJI, wo sie unter anderem in die wissenschaftliche Begleitung und Evaluation von Modellprogrammen zur sozialen und beruflichen Integration von benachteiligten Jugendlichen eingebunden war. Auch ihre Dissertation, die sie 1996 an der pädagogischen Fakultät der Universität der Bundeswehr München abschloss, befasst sich mit dem Thema der »Berufswege Jugendlicher zwischen Integration und Ausgrenzung«. Als 1998 der neue DJI-Forschungsschwerpunkt »Übergänge in Arbeit« eingerichtet wurde, übernahm sie die stellvertretende Leitung. Um eine solide Datenbasis für die längerfristige Betrachtung der Wege von Jugendlichen in die Arbeitswelt zu schaffen, startete das DJI im Jahr 2004 das sogenannte DJI-Übergangspanel mit insgesamt zehn Befragungswellen innerhalb von fünf Jahren. An deren Konzeption und Auswertung war Tilly Lex ebenso maßgeblich beteiligt, wie an der Konzeption des nachfolgenden DJI-Surveys AID:A (»Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten). Freiberuflich ist sie seit vielen Jahren als Dozentin in der Erwachsenenbildung tätig.

PERSONELLES

↗ Kuratoriumsmitglied Josef Ziller ist gestorben

Ministerialdirigent a.D. Josef Ziller ist im Januar 2017 im Alter von 57 Jahren gestorben. Er vertrat seit dem Jahr 2011 das »Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration« im Kuratorium und in der Mitgliederversammlung des DJI. Nach Stationen als Referent im Bayerischen Landtag und im Sozialministerium wurde ihm 2014 die Leitung der Abteilung für Familie und Jugend, Bildung und Erziehung im bayerischen Sozialministerium übertragen. Seine Arbeit im Ministerium wie in den Gremien des DJI war von großer Fachkenntnis und einem großen Interesse an den Forschungsarbeiten geprägt. Wegen seiner außerordentlich konstruktiven und verbindlichen Art war er ein sehr geschätztes Mitglied in den Gremien des DJI. Josef Ziller hinterlässt eine Ehefrau und drei Kinder. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des DJI verlieren mit ihm eine besondere Persönlichkeit.

LESE-TIPP

Kommentierte Daten der Kinder- & Jugendhilfe (KomDat) 3/2016

Kostenlos erhältlich unter www.akjstat.tu-dortmund.de

Die KomDat-Ausgabe 3/2016 konzentriert sich auf die Bedeutung des Migrationshintergrunds junger Menschen und deren Familien in der Kinder- und Jugendhilfestatistik (KJH). Die Kategorie »Migrationshintergrund« ist eine soziale Konstruktion, die einen Dualismus erzeugt zwischen den einen mit und den anderen ohne ein solches Etikett. Die KJH-Statistik bedient sich hierzu zweier Merkmale: Die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe beantworten zum einen die Frage nach der ausländischen Herkunft eines Elternteils mit »Ja« oder »Nein« und zum anderen die Frage nach der in der Familie überwiegend gesprochenen Sprache mit »Deutsch« oder »nicht Deutsch«. Auswertungen auf dieser Grundlage stellen immer eine Gratwanderung dar. Zugleich bewegen sie sich zwischen Verallgemeinerungen auf der einen und notwendigen Abgrenzungen auf der anderen Seite. Dennoch stellen die Analysen zum Migrationshintergrund junger Menschen und deren Familien einen wichtigen empirischen Beitrag dar, um mehr über die Bedarfslagen und die Inanspruchnahme von Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe zu erfahren.

Das **Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI)** ist ein zentrales sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene mit den Abteilungen »Kinder und Kinderbetreuung«, »Jugend und Jugendhilfe«, »Familie und Familienpolitik«, »Zentrum für Dauerbeobachtung und Methoden« sowie dem Forschungsschwerpunkt »Übergänge im Jugendalter«. Es führt sowohl eigene Forschungsvorhaben als auch Auftragsforschungsprojekte durch. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Bundesländern. Weitere Zuwendungen erhält das DJI im Rahmen von Projektförderungen vom Bundesministerium für Bildung und Forschung, Stiftungen und anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung. Das DJI hat seinen Sitz in München sowie eine Außenstelle in Halle (Saale).

www.dji.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstraße 2, 81541 München
Presserechtlich verantwortlich:
Prof. Dr. Thomas Rauschenbach

Redaktion:
Birgit Taffertshofer
Telefon: 089 62306-180, Fax: -265
E-Mail: taffertshofer@dji.de

Uta Hofele
Telefon: 089 62306-173, Fax: -265
E-Mail: hofele@dji.de

Brita Maria Köstner und Dr. Patrick Spät (Schlussredaktion)
Telefon: 089 62306-241, Fax: -265
E-Mail: koestner@dji.de

Abonnement und Vertrieb:
Brita Maria Köstner
Telefon: 089 62306-241, Fax: -265
Dido zu Dohna
Telefon: 089 62306-257, Fax: -265

E-Mail: impulse@dji.de

Gestaltung:
FunkE Design
Sandra Koch, Julia Kessler
www.funk-e.de

Druck und Versand:
Pinsker Druck & Medien GmbH, Mainburg

Auflage: 8.000

Fotonachweis:
Titelseite: iStockphoto;
S. 3: David Ausserhofer; S. 9: ddp images;
S. 4, 15, 16, 18, 23, 24, 25, 26, 28, 31, 34, 37: iStockphoto; S. 11: picture alliance/dpa; S. 12: Imago;
S. 20, 23, 25, 26: Shutterstock; S. 22: Fotolia;
S. 40: Photocase

ISSN 2192-9335

DJI Impulse erscheint viermal im Jahr. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Ein kostenloser Nachdruck ist nach Rücksprache mit der Redaktion sowie unter Quellenangabe und gegen Belegexemplar gestattet.

DJI Impulse können kostenlos bestellt und auf Wunsch auch abonniert werden (impulse@dji.de). Die Adressen der Abonnentinnen und Abonnenten sind in einer Adressdatei gespeichert und werden zu Zwecken der Öffentlichkeitsarbeit des DJI verwendet.

Download und Bestellung:
www.dji.de/impulse

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C014255

Deutsches Jugendinstitut

Die Gegenwart erforschen, die Zukunft denken

Forschung über Kinder, Jugendliche und Familien an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis

Unser Lesetipp

Christine Entleitner-Phleps

Zusammenzug und familiales Zusammenleben von Stieffamilien

Wiesbaden: Springer VS 2017
268 Seiten | ISBN: 978-3-658-17126-1

Neue Erkenntnisse zur Stieffamilienforschung in Deutschland stellt die DJI-Forscherin Christine Entleitner-Phleps in ihrer Dissertation vor, die bei Springer VS erschienen ist. Anhand der Daten des DJI-Surveys »Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten« (AID:A) werden Faktoren untersucht, die von Bedeutung sind, wenn eine Stieffamilie entsteht, das heißt, Mutter oder Vater mit einem neuen Partner beziehungsweise einer neuen Partnerin zusammenziehen. Besonderes Augenmerk wird in den Analysen auf das sogenannte Coparenting gelegt: Wie wird die gemeinsame Erziehung durch die leiblichen und die »sozialen« Eltern organisiert und wie gut funktioniert sie? Christine Entleitner-Phleps weist nach, dass die ökonomische Situation der Stiefeltern und des leiblichen Elternteils eine maßgebliche Rolle dabei spielt, ob das Coparenting gelingt.